



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

97. Sitzung

Hannover, den 4. Mai 2016

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten 9703
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 9703

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde 9703

a) **Keine Sozialhilfe für EU-Ausländer!** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5663 9703
Reinhold Hilbers (CDU) 9703
Holger Ansmann (SPD)..... 9704
Thomas Schremmer (GRÜNE) 9705
Jörg Bode (FDP)..... 9707
Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 9708

b) **Zukunftsoffensive Bildung wirkt - das Land kommt voran: Mehr und bessere Ganztagschulen in Niedersachsen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/5662 9708
Stefan Politze (SPD)..... 9709
Kai Seefried (CDU) 9710
Björn Försterling (FDP) 9712
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)..... 9713
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin..... 9715

c) **Enthüllungen zeigen: TTIP und CETA gefährden heimische Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5659 9716
Miriam Staudte (GRÜNE) 9716
Dirk Toepffer (CDU)..... 9718
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)..... 9720

Christian Dürr (FDP) 9721, 9725
Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 9723, 9724, 9725
Karl-Heinz Bley (CDU) 9724

d) **„Kalter Ausstieg“? - Wie ernst ist es der Landesregierung mit den Islam-Verträgen?** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/5660 9726
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 9726, 9729, 9733
Johanne Modder (SPD) 9727, 9729
Anja Piel (GRÜNE) 9730
Björn Thümler (CDU) 9731, 9735
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin 9732, 9734
Stephan Weil, Ministerpräsident 9734

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Einsetzung eines 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - „Mögliche Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen“ - Antrag der Abgeordneten Jens Nacke (CDU) und Christian Grascha (FDP) und 48 weiterer Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5502 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5562 - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 17/5639 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5682 9736
Jens Nacke (CDU)..... 9736, 9742, 9749
Grant Hendrik Tonne (SPD) 9739, 9743
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 9743, 9748

Helge Limburg (GRÜNE)	9745, 9746, 9749
Jörg Bode (FDP)	9746
<i>Beschluss</i>	9750
(Erste Beratung: 94. Sitzung am 13.04.2016)	

Tagesordnungspunkt 4:

Dringliche Anfragen	9751
----------------------------	------

a) **Unterrichtsversorgung: Reichen die angekündigten Lehrereinstellungen aus?** - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 17/5664

Kai Seefried (CDU)	9751, 9756, 9758, 9759, 9761, 9762, 9764
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin	9752 bis 9764
Björn Försterling (FDP)	9755, 9757, 9760, 9762
Uwe Strümpel (SPD)	9755
Stefan Politze (SPD)	9756
Susanne Menge (GRÜNE)	9758
Belit Onay (GRÜNE)	9760
Karin Logemann (SPD)	9761
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)	9763
Ottmar von Holtz (GRÜNE)	9764

b) **VW-Vorstandsvergütungen: Wie hätte das „erforderliche Demutszeichen“ (Fraktionsvorsitzende Anja Piel Bündnis 90/Die Grünen, „Hallo Niedersachsen“ vom 27. April 2016) wirklich ausfallen müssen?** - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 17/5661

Jörg Bode (FDP)	9765, 9769, 9770, 9771, 9772
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	9766 bis 9773
Dirk Toepffer (CDU)	9769, 9771, 9772
Stephan Weil, Ministerpräsident	9770, 9772

Persönliche Bemerkung:

Anja Piel (GRÜNE)	9773
Jörg Bode (FDP)	9773

Tagesordnungspunkt 5:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/5645	9774
--	------

(Die Antworten zu den Anfragen sind in der Drucksache 17/5675 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

TTIP: Niedersachsens Chancen nutzen - Europäische Standards wahren - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5634	9774
Dirk Toepffer (CDU)	9774, 9776, 9778
Susanne Menge (GRÜNE)	9776
Jörg Bode (FDP)	9776
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)	9777, 9778
Maaret Westphely (GRÜNE)	9778
Christian Dürr (FDP)	9779
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	9781
<i>Ausschussüberweisung</i>	9781

Nächste Sitzung	9781
-----------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Twesten (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
---	--

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
--	--

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	Staatssekretärin Daniela Behrens, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
--	---

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	Staatssekretärin Stefanie Otte, Justizministerium
---	--

Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea Hoops, Ministerium für Wissenschaft und Kultur
---	---

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 14.02 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums. Sie haben bereits Ihre Plätze eingenommen. Gemeinsam mit dem Präsidium wünsche ich Ihnen einen guten Tag!

(Zurufe: Guten Tag, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 97. Sitzung im 35. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Das Plenum ist hervorragend besetzt, sodass wir bereits die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen können.

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages und der Informationen zu den von den Fraktionen umverteilten Redezeiten liegen Ihnen vor. Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen geänderten Redezeiten fest.

Die heutige Sitzung soll bzw. kann gegen 19.30 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Onay als Schriftführer mit.

Schriftführer Belit Onay:

Es haben sich entschuldigt von der CDU-Fraktion Frau Heidemarie Mundlos und Herr Ulf Thiele - Herr Thiele wird allerdings im Laufe des Nachmittags eintreffen -, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Heiner Scholing und von der FDP-Fraktion Frau Gabriela König.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Onay. - Meine Damen und Herren, ich gehe über zum

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

Für diesen Tagesordnungspunkt sind mir vier Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie der Tagesordnung entnehmen können.

Die in unserer Geschäftsordnung für den Ablauf der Aktuellen Stunde geregelten Bestimmungen setze ich bei allen Beteiligten, auch bei der Landesregierung, als bekannt voraus.

(Unruhe)

- Da es gerade Unruhe gibt, halte ich inne - solange Sie es wünschen; der Tag ist lang.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Besprechung zu Punkt

a) **Keine Sozialhilfe für EU-Ausländer!** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5663

Ich erteile dem Kollegen Hilbers das Wort. Bitte sehr!

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Ende April gibt es einen Referentenentwurf der Bundesministerin Nahles, der sich auf Bundesebene in der Ressortabstimmung befindet, dessen Kernelement darin besteht, eine angemessene Reaktion auf das Urteil des Bundessozialgerichts aus dem vergangenen Jahr zu zeigen, nach dem allen EU-Bürgern nach sechs Monaten Sozialhilfe gewährt werden muss. Hartz IV kann sehr wohl verweigert werden; nach dem Gerichtsurteil kann aber Sozialhilfe nicht verweigert werden.

Der Städte- und Gemeindebund und andere kommunale Institutionen, die diese Last zu tragen haben, gehen davon aus, dass diese zusätzlichen Leistungen zukünftig 600 Millionen bis 1 Milliarde Euro kosten werden. Daher ist es zwingend erforderlich, auf diese Rechtsprechung zu reagieren und einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen.

Das hat Frau Nahles getan. Das betrifft auch unser Land und zahlreiche Kommunen in unserem Land. Dazu hat es in Niedersachsen entsprechende Stimmen auch von der kommunalen Seite gegeben. Deshalb sollten wir alle auch hier in diesem Hause die Politik, die dieser Gesetzentwurf in sich trägt, unterstützen und grundsätzlich befürworten. Er sieht vor, dass erst nach fünf Jahren die sogenannte Verfestigung eintritt, d. h. nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland für EU-Bürger Sozialhilfe gezahlt werden kann. Gleichzeitig soll das mit einer Nothilfe ausgestattet werden, die dann greift, wenn jemand überbrückungsweise das Notwendige zum Lebensunterhalt braucht, um sich dann

wieder in sein Heimatland zu bewegen und dort soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz wird auf der einen Seite die Freizügigkeit gewährleistet, auf die wir auch als Christdemokraten großen Wert legen. Die Freizügigkeit in der Europäischen Union ist ein Kernelement europäischer Politik. Dies soll auch gewahrt bleiben. Auf der anderen Seite muss verhindert werden, dass es Integration und Immigration in Sozialsysteme gibt; denn unsere Sozialsysteme sind so ausgerichtet, dass sie subsidiär wirken. Deswegen müssen immer Fördern und Fordern im Mittelpunkt stehen. Daher muss es immer so sein, dass diejenigen, die zu uns kommen, nicht deshalb kommen, weil wir das vermeintlich bessere Sozialsystem haben, als es vielleicht in einigen anderen europäischen Staaten ausgeprägt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dies ist auch ein Kernelement dafür, dass wir weiter Akzeptanz für die Freizügigkeit, weiter Akzeptanz für ein durchlässiges Europa und weiter große Akzeptanz für ein Europa der offenen Grenzen und des offenen Miteinanders haben. Wenn wir diese Grundsätze verletzen und die Menschen den Eindruck haben, dass es sich mehr lohne, nicht zu arbeiten, statt etwas zu verrichten, dann werden sie die Sorge haben, ob dieses Europa noch auf dem richtigen Weg unterwegs ist.

Insofern kann ich es nicht verstehen - deswegen sprechen wir das heute an, weil uns das große Sorgen macht -, dass dieser Gesetzentwurf seitens der Opposition im Bundestag, ganz vornan durch die Fraktion der Grünen, kritisiert wird. Wir hoffen nicht, dass Niedersachsen in dieser Frage blockiert ist und deswegen diese Politik nicht unterstützt. Daher appellieren wir hier und heute an die Niedersächsische Landesregierung, sich nicht der Argumentation der Grünen hinzugeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es kommt jetzt darauf an, dass Frau Nahles frühzeitig den notwendigen Rückhalt und die notwendige Unterstützung für diese Politik bekommt und dass die Große Koalition unter Führung von Angela Merkel dafür auch entsprechende Rückmeldungen aus den Ländern bekommt. Das können Sie hier und heute tun, meine Damen und Herren. Eine solche Erklärung kann auch die Regierung hier und heute abgeben, dass sie sich eben nicht auf die Seite der Grünen schlägt, die das für ver-

fassungswidrig und mit dem Grundsatz der sozialen Existenzsicherung nicht vereinbar hält.

Der Vorschlag der Grünen im Deutschen Bundestag ist geradezu absurd, meine Damen und Herren, wie man mit der Kritik der kommunalen Seite umgeht. Da wird gesagt: Dann sollen das nicht die Kommunen bezahlen, sondern dann soll der Bund das bezahlen! - Meine Damen und Herren, dann zahlt es wieder der Steuerzahler! Das Problem, dass in Sozialsysteme immigriert wird, wird damit nicht behoben. Das ist Augenwischerei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen werbe ich hier dafür und appelliere ich an Sie: Geben Sie heute hier in diesem Hause ein deutliches Bekenntnis dafür ab, dass Frau Nahles und Frau Merkel für diese Politik die Unterstützung dieses Hauses haben, dass wir an ihrer Seite stehen, damit dieser Gesetzentwurf Wirklichkeit wird, und dass nicht wieder wenige Linke unter den Grünen hier in Niedersachsen eine sinnvolle Politik verhindern, meine Damen und Herren!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Hilbers. - Für die Fraktion der SPD hat sich der Kollege Holger Ansmann gemeldet. Herr Ansmann, ich erteile Ihnen das Wort.

Holger Ansmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Kollege Hilbers bereits angesprochen hat, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der letzten Woche bekannt gegeben, die Sozialhilfeansprüche für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in Deutschland gesetzlich klar zu regeln. Hintergrund hierfür sind die genannten, gegenüber der bisher geltenden Praxis abweichenden Urteile des Bundessozialgerichts.

Seit Anfang 2014 ist es im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit fast allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern freigestellt, in welchem Land der Union sie leben und arbeiten wollen. Es ist ein Fortschritt des europäischen Gedankens, dass seit diesem Zeitpunkt jeder Arbeitnehmer ohne eine explizite Arbeitsgenehmigung in jedem Land der Union eine Beschäftigung suchen und aufnehmen kann.

Nach Daten der zur Arbeitsagentur gehörenden Forschungseinrichtung IAB kommen jährlich über eine Millionen Menschen vorrangig aus Ost- und Südeuropa, oftmals aufgrund der zugespitzten Arbeitsmarktsituation in ihren Heimatländern, nach Deutschland. Die Gesamtbilanz ist dabei eindeutig: Arbeitsmarkt und Sozialstaat profitieren aufgrund der günstigen Altersstruktur der zugewanderten Menschen von der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU.

Vor den Urteilen des Bundessozialgerichts war Folgendes gängige Praxis: EU-Bürgerinnen und -Bürger sind von Leistungen für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe grundsätzlich ausgeschlossen. Grundlage hierfür ist die Verantwortlichkeit der jeweiligen Heimatländer für Sozialleistungen zur Existenzsicherung nach der Europäischen Sozialcharta.

Angesichts weiterhin hoher unterschiedlicher Wohlstands- und Lohnniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten soll diese Regelung die sozialen Sicherungssysteme schützen. Denn die Sicherungssysteme sind davon abhängig, dass Leistungen nur erhält, wer auch zu ihrer Finanzierung beiträgt. Im Bereich der Sozialhilfe bekämen ohne den nun vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegten Gesetzentwurf die bereits von der Integration der Flüchtlinge stark geforderten Kommunen erhebliche zusätzliche Belastungen.

Aufgrund des höchstrichterlichen Urteils ist es daher notwendig und folgerichtig, die Leistungsausschlüsse im SGB II und im SGB XII für Unionsbürgerinnen und -bürger gesetzlich klar zu regeln. Der Gesetzentwurf sieht dabei zur Sicherung des Existenzminimums der von Leistungen ausgeschlossenen Personengruppe einen Anspruch auf eine einmalige Überbrückungsleistung der Sozialhilfe und ein Darlehen für die Kosten der Rückreise in das Heimatland vor.

Für nichterwerbstätige Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich dennoch auch ohne staatliche Unterstützung dauerhaft in Deutschland aufhalten, wird erst nach einem Zeitraum von fünf Jahren von einer Verfestigung des Aufenthalts ausgegangen und ein neuer Leistungsanspruch eingeführt. Erwerbsfähige Personen und ihre Familienmitglieder erhalten unter diesen Voraussetzungen bei Hilfebedürftigkeit Anspruch auf Leistungen der Grundversicherung nach dem SGB II.

Für die Zukunft wünschen wir uns natürlich eine Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der Europäischen Union. Dann wären solche Regelungen entbehrlich. Aber bis dahin ist es noch ein beschwerlicher Weg.

Wir freuen uns auch zukünftig auf die vielen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die nach Niedersachsen kommen, um hier zu arbeiten. Sie bereichern mit ihrer kulturellen Vielfalt das gesellschaftliche Leben in unserem Land. Wir werden weiter daran arbeiten, dass gerade auch für diesen Personenkreis die Prinzipien guter Arbeit verwirklicht werden.

Vorerst warten wir gespannt auf den Verlauf der Gesetzesberatung in den zuständigen Gremien der Bundesrepublik - ich hoffe, Herr Kollege Hilbers, die Aussagen von mir zur Unterstützung dessen, was Frau Nahles vorhat, sind deutlich angekommen -, und dabei sollte eine zeitnahe und rechtssichere Entscheidung das Ziel sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank auch Ihnen, Herr Kollege Ansmann. - Es folgt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Thomas Schremmer. Bitte!

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer heute Morgen die Zeitung aufgeschlagen hat und das von der CDU zur Aktuellen Stunde angemeldete Thema sieht, fragt sich doch: Was diskutieren wir hier eigentlich angesichts der erneuten groß angelegten Steuerhinterziehung u. a. der Commerzbank? - Herr Hilbers, dadurch entsteht ein viel größerer Schaden für die Kommunen und für den Steuerzahler als durch das, was Sie hier thematisiert haben. Das ist kaum auszuhalten, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Reden Sie einmal über Porsche!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viele nach Deutschland einreisende arbeitssuchende EU-Bürger kann es doch gar nicht geben, dass auch nur ein annähernd so großer Schaden oder eine annähernd so hohe Belastung entsteht, wie durch den aktuell vermeintlichen Steuerbetrug der Bank-

institute an gesellschaftlichem Schaden angerichtet wird.

(Christian Grascha [FDP]: Welches Rechtsstaatsverständnis haben Sie?)

Hier wird massiv an unserem Verständnis von Staat und Gesellschaft gekratzt. Wir reden dabei nicht von Peanuts, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern davon, dass unser Staat und damit auch der Sozialstaat gerade diese Bank mit 18 Milliarden Euro vor der Pleite gerettet hat.

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe angesichts dieser Aktualität wirklich keine Lust mehr, mir von Ihnen eine Debatte über virtuellen Sozialhilfemissbrauch aufdrängen zu lassen,

(Christian Grascha [FDP]: Dann setzen Sie sich doch einfach!)

aber gerade von Herrn Hilbers nichts zu den Machenschaften der Finanzwirtschaft zu hören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Aber sei's drum.

Ich will zwei Punkte sagen, Herr Grascha, weil Sie mich so freundlich angucken. Ich bin ausgesprochenermaßen ein Anhänger unserer Verfassung und der Grundrechte, wie wir alle hier.

(Jens Nacke [CDU]: Nee! Sie wollen doch Verfassungsbruch begehen! Dann können Sie doch nicht so etwas sagen!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, halten Sie sich bitte zurück!

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Wir sind ausgesprochenermaßen Anhänger der Verfassung und der Grundrechte. Das kann ich für meine Fraktion und, wie ich glaube - ich sage das einmal zu Ihren Gunsten -, auch für Ihre Fraktion und für alle anderen hier im Hause sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das Bundessozialgericht hat doch lediglich eines getan: Es hat das verfassungsmäßige Grundrecht auf Existenzsicherung bekräftigt. - Ich kann nur sagen: Das ist gut so.

Zu den einzelnen Punkten! Ich denke, dass es der falsche Weg ist - ich betone das ausdrücklich -, arbeitssuchenden Unionsbürgerinnen und -bürgern Sozialhilfe zu zahlen und damit die Kommunen zu belasten. Soweit besteht Einigkeit.

Aber der entscheidende Unterschied zur Position des Bundes - den will ich auch nennen - ist: Ich halte es für deutlich sinnvoller, diesen Menschen einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II zu gewähren und insbesondere auf Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt und sie dadurch bei der Eingliederung zu unterstützen, statt sie sich selber zu überlassen - mit unkalkulierbaren Folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schaffen das Problem nicht aus der Welt. Unabhängig davon, was der Gesetzentwurf aus dem BMAS vorsieht, muss man sich doch fragen, was diese Menschen tun, die keinerlei Anspruch mehr auf Existenzsicherung hierzulande haben. In ihre Heimatländer zurückgehen? - Wohl kaum. Ich glaube, einige Kolleginnen und Kollegen von Ihnen waren in der vorletzten Woche selber in Bulgarien und Rumänien. Ich frage Sie: Welchen Eindruck haben Sie denn vor Ort gewonnen? Können Sie sich denn in der Tat vorstellen, dass es ein geeignetes Mittel ist, diese Menschen sozusagen wieder vor vollendete Tatsachen zu stellen?

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sollen die jetzt alle zu uns kommen?)

Ich sage Ihnen einmal, was passieren wird: Diese Menschen werden versuchen, sich ohne staatliche Unterstützung durchzuschlagen. Das wird zwangsläufig zu mehr Schwarzarbeit und zu mehr sozialen Problemen führen, und das wird die Kommunen dann in der Tat sehr stark belasten.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Ich will zum Schluss kommen. Die einzige Lösung - das hat der Kollege Ansmann richtigerweise schon gesagt - besteht meiner Ansicht nach darin, die Lebensverhältnisse in den ärmeren EU-Staaten zu verbessern. Dafür hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Das würde der europäischen Freizügigkeit wesentlich mehr nutzen als dieses Thema, das hier von der CDU zur Aktuellen Stunde angemeldet worden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Es folgt jetzt für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Bode. Bitte sehr!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schremmer, als Sie eben nach vorne kamen und über die aktuelle Berichterstattung und über Betrug gesprochen haben, habe ich gedacht, dass Sie im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU zur Aktuellen Stunde den Fall in Landshut haben ansprechen wollen, der gerade aktuell ist. Dort sind nämlich rumänische Briefkastenfirmen angesiedelt worden, und dort prüfen - das fällt unter der Überschrift „Sozialbetrug/Sozialtourismus“ - einige wenige Rumänen für Hunderte andere Anträge bzw. Post vom Amt zu ihren Sozialhilfeleistungen. Sie holen die Rumänen dann, wenn Termine beim Amt anstehen, nach Deutschland, damit sie sich dort rechtzeitig melden können.

Ich habe gedacht, dass Sie diesen aktuellen und echten Betrugsfall ansprechen und die Realität nicht so ausblenden, wie Sie es in Ihrer Rede gerade getan haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl Briefkastenfirmen in Panama zum Zwecke der Steuerhinterziehung als auch Briefkastenfirmen in Landshut zum Zwecke des Sozialhilfebetruges sind zu verurteilen und mit der ganzen Härte des Gesetzes zu ahnden. Wenn es Regelungslücken gibt, die so etwas möglich machen, dann müssen wir hiergegen vorgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herr Kollege Schremmer, im Gegensatz zu dem, was in Landshut passiert ist und eindeutig den Tatbestand des Betruges erfüllt, geht es in dem Beispiel, das Sie gebracht haben - auch ich finde schlimm, wie von den Banken Steuerverkürzung betrieben wird -, nicht um einen Betrugsfall, sondern das ist legal und durch das Recht gedeckt und von den Banken im Gesetzgebungsprozess übrigens bereits angesprochen worden. Die Bundestagsabgeordneten haben es aber nicht berücksichtigt und diese Lücke erst geschaffen. Deshalb sollten Sie vorsichtig sein, wem Sie hier Betrug unterstellen und welchen Betrug Sie ausblenden und nicht wahrnehmen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Man sollte - das muss man ebenfalls sagen; deshalb freue ich mich, dass der Kollege Hilbers das hier in seiner Rede so sehr sachlich und unaufgeregt, sage ich einmal, vorgetragen hat - bei diesem Thema nicht die Vorteile vergessen, sondern sie immer wieder betonen. Die Freizügigkeit in der Europäischen Union ist ein hohes Gut, das wir über Jahre erreicht haben. Auch wir, auch wir Deutschen, können in der gesamten Europäischen Union - insbesondere im Schengen-Raum - nicht nur reisen ohne Grenzkontrollen, sondern wir können dort auch Arbeit aufnehmen und unseren Wohnsitz und unsere Arbeitsstätte überall frei wählen.

So ein hohes Gut muss man natürlich beschützen, damit es seine Akzeptanz in der Gesellschaft behält. Diese Akzeptanz erfordert selbstverständlich auch klare und strikte Regeln. Arbeitnehmerfreizügigkeit - das sagt schon das Wort - ist dafür da, dass jemand eine Arbeit wahrnimmt und nicht seinen Wohnort wechselt, nur weil es in dem einen Staat bessere Sozialleistungen gibt als in einem anderen Staat. Deshalb sind diese Regeln, wenn sie in Deutschland, wie es das Bundessozialgericht gesagt hat, nicht richtig greifen, anzupassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage ist, wie schnell das Ganze passieren kann. Nun: Wir werden die Landesregierung bei ihren Beratungen im Bundesrat unterstützen, damit möglichst schnell ein Ergebnis erzielt wird. Denn letzten Endes zahlen es auch in Niedersachsen die Kommunen, die heute schon über ihre Maßen belastet sind, und zwar auch deshalb, weil sie von dieser Landesregierung und von Ihnen die erforderlichen Mittel nicht in dem Umfang zur Verfügung gestellt bekommen - beispielsweise im Rahmen der Flüchtlingskrise -, wie wir es gewünscht hätten.

Deshalb freue ich mich darüber, dass an dieser Stelle auch die SPD eine zügige Beschlussfassung begrüßt und unterstützt. Einmal mehr sehen wir, dass zwischen Rot und Grün bei sehr vielen Themen inhaltlich Welten liegen, weshalb es für das Land wirklich schlimm ist, dass Sie gemeinsam versuchen, es zu regieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Meine Damen und Herren, es hat sich sodann für die Landesregierung die Sozialministerin gemeldet. Frau Rundt, bitte sehr, ich erteile Ihnen das Wort.

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, Sozialbetrug ist genauso verwerflich wie Steuerbetrug, weil beides zulasten benachteiligter Menschen in unserem Land geht. Deswegen darf beides nicht sein.

(Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Aber zur Sache: Das Bundesministerium für Arbeit hat dem Bundeskanzleramt am 28. April einen Gesetzentwurf zur sogenannten Frühkoordinierung begleitet, in dem es darum geht, Sozialhilfeansprüche für EU-Bürgerinnen und -Bürger in Deutschland gesetzlich klarzustellen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass hier aufgrund des schon zitierten Urteils des Bundessozialgerichts, das an dieser Stelle von seiner bisherigen Rechtsprechung abgewichen ist, wirklich eine Klarstellung erforderlich ist.

Das Bundessozialgericht hat nämlich erwerbsfähigen EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die vom Leistungsbezug des SGB II ausgeschlossen waren, Leistungen nach dem SGB XII zu gesprochen. Damit ist hier das eigentlich klare Abgrenzungsmerkmal zwischen beiden Gesetzen, nämlich die Frage der Erwerbsfähigkeit, aufgegeben worden.

Durch diese Entscheidung wurde erwerbsfähigen Personen völlig unvermutet der Rechtskreis des SGB XII zugeordnet, der eigentlich für nicht erwerbsfähige Personen gedacht ist. Dieser Systemfehler soll nun mit dem Gesetz wieder aufgehoben werden.

Die Niedersächsische Landesregierung steht daran besteht kein Zweifel - positiv zur Zuwanderung, positiv zur kulturellen Vielfalt in unserer Gesellschaft, weil dies eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellt und weil Vielfalt in unserer Gesellschaft auch den wachsenden Fachkräftebedarf positiv beeinflusst. Bei all dem dürfen wir aber nicht außer Acht lassen, dass eine Folge der nun angesprochenen aktuellen Rechtsprechung vorhersehbar ist, nämlich dass die Kommunen hier besonders belastet würden.

Wir haben uns mit den anderen Bundesländern bereits in den vergangenen Monaten dafür eingesetzt, dass wir hier zu einer Klarstellung gelangen, u. a. mit dem Beschluss des Bundesrates vom 18. März 2016. Natürlich teilen wir die Hoffnung, dass eine solche Gesetzgebung irgendwann nicht mehr notwendig sein wird, weil das Wohlstands- und Lohnniveau innerhalb der Europäischen Union

angeglichen sein wird. Das muss unser Ziel sein. Dieses Ziel wird aber, realistisch betrachtet, kurzfristig kaum zu erreichen sein.

Die Bundesregierung plant eine Klarstellung dahingehend, welcher Personenkreis von den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende ausgeschlossen ist. Die bisherigen Regelungen in der Sozialhilfe werden ergänzt, und die Leistungsausschlüsse werden denen des SGB II angepasst. Neu geschaffen wird für diesen Personenkreis ein Leistungsanspruch nach fünf Jahren, nach einem sogenannten verfestigten Aufenthalt, und zwar im SGB II und im SGB XII.

Daneben sollen hilfebedürftige EU-Bürgerinnen und -bürger, die von den Leistungen ausgeschlossen wären, zukünftig Überbrückungsleistungen der Sozialhilfe für einen Zeitraum von maximal vier Wochen bis zu ihrer Rückreise und ein Darlehen für die Reisekosten erhalten.

Mit diesem Gesetzentwurf sichert der Bund auch die Akzeptanz und die Weitergeltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die für uns alle, so denke ich, wesentlich ist. Die damit einhergehenden Potenziale, was die kulturelle, die wirtschaftliche, die demografische und die gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes betrifft, sehen wir als Chance. Das ist uns ein zentrales Anliegen.

Hier aber geht es um die Frage, ob man den Ort der Auszahlung der Sozialhilfe europaweit frei wählen kann. Die vorliegende Novelle soll hierfür eine klare und rechtssichere Grundlage schaffen und die Kommunen nicht weiter belasten. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Ankündigung von Bundesministerin Nahles, hier eine gesetzliche Klarstellung herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin Rundt. - Meine Damen und Herren, damit kann ich die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 2 a beenden.

Wir wenden uns nun der Besprechung des Tagesordnungspunktes 2 b zu:

b) Zukunftsoffensive Bildung wirkt - das Land kommt voran: Mehr und bessere Ganztagschulen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/5662

Dieser Antrag zur Aktuellen Stunde wird eingebracht durch den Kollegen Politze, SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Politze!

Stefan Politze (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Die Ganztagsstunden auf Höchststand und fast 90 neu genehmigte Ganztagschulen: Das ist ein guter Grund, im Landtag noch einmal über dieses Thema zu sprechen.

(Zustimmung bei der SPD)

Mit der Zukunftsoffensive Bildung haben wir als Regierungsfractionen gemeinsam mit der Landesregierung im Bereich der Ganztagschulen einen Quantensprung vollzogen. Wir haben mit diesem Paket dafür Sorge getragen, dass Ganztagschule endlich auch Ganztagschule ist, was vorher im Land Niedersachsen auf jeden Fall nicht so war. Das hat auch etwas mit ordentlicher Ausstattung zu tun.

Dabei haben wir uns von unserem Verständnis von Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern am Bildungssystem leiten lassen. Die Antwort der Opposition war stets ein reflexartiges Kritisieren, ohne überhaupt ansatzweise ein bildungspolitisches Gesamtkonzept zu haben. Manchmal erinnert einen das so ein bisschen an den pawlowschen Hund, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben mit unserem Konzept des Ganztags ganz klar die Qualität in den Vordergrund gestellt und nun wieder einmal die Bestätigung bekommen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Die Anzahl der „richtigen“ Ganztagschulen in Niedersachsen ist auf mehr als 1 700 angestiegen. Das sind immerhin mehr als die Hälfte aller Schulen in Niedersachsen. Während der ehemalige Kultusminister und Hoffnungsträger der Union Bernd Althusmann die Schulen mit einer durchschnittlichen Zuweisung von 25 % abgespeist hat, hat unsere Kultusministerin dafür Sorge getragen, dass es mittlerweile einen Ganztagszuschlag von 75 % gibt. Das kann sich wirklich sehen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind weggekommen von einer Gruppenförderung hin zu einer Pro-Kopf-Förderung - so wie sich das auch gehört, wenn viele Kinder im Ganztags sind. Das nennt man „richtigen“, das nennt man „guten“ Ganztags.

Wir haben den Ganztags in Niedersachsen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ weiter ausgebaut und gestärkt. Von dem Ganztagszuschlag und den erweiterten pädagogischen Möglichkeiten profitieren aber nicht nur die Schulen, sondern insbesondere die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen. Das ist eigentlich der wichtigste Punkt bei Ganztagschulen.

Die Zukunftsoffensive Bildung fußt auf zwei Säulen: mehr Ressourcen und mehr pädagogisch gestaltende Zeit für eine nachhaltige Lehr- und Lernkultur, wie es in dem 2014 in Kraft getretenen Erlass zur Arbeit in der Ganztagschule dargelegt ist. So formuliert es die Kultusministerin. Dieser Weg ist richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen muss er auch weiter verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darin bestätigen uns eine Studie und ein Gutachten. Die Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG) belegt den gesellschaftlichen und den individuellen Nutzen von Ganztagschulen. Ganztags dient dem sozialen Lernen und der psychosozialen Förderung. Die Motivation der Schülerinnen und Schüler nimmt deutlich zu. Sie entwickeln Sozialverhalten und ihr Selbstkonzept. Somit war und ist die Entscheidung der rot-grünen Landtagsmehrheit richtig, einen Schwerpunkt der Kultuspolitik auf den Ausbau der Ganztagschulen zu legen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In dem Gutachten des Aktionsrates Bildung, das am Dienstag in München präsentiert wurde, wird ausgeführt, dass Kinder mit ausländischen Wurzeln so rasch wie möglich in Regelklassen integriert und so wenig wie möglich separiert werden sollten, dass Kinder Sprache am besten in Alltagssituationen erlernen können, dass diese Kinder im Ganztags die beste Möglichkeit haben, Kontakte zu hier aufgewachsenen Kindern zu knüpfen und soziale Netzwerke auszubauen.

Diese beiden fachlichen Expertisen belegen, dass wir mit unserem Ganztags den richtigen Weg gewählt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist gut, dass wir das mit unserer Mehrheit auch mit den notwendigen Mitteln, nämlich mit 486 Mil-

lionen Euro bis 2019, hinterlegt haben. Die Anzahl der Ganztagsstunden ist von 51 000 im Schuljahr 2013 auf 73 000 in diesem Schuljahr und damit um 43 % angestiegen.

Es ist gut, dass wir von Ihrem starren Verständnis von Reglementierung im Ganztage weg und hin zu einem Ermöglichen des Ganztages gekommen sind, so wie wir uns das vorstellen. Während Herr Althusmann nur einen rechtlich fragwürdigen offenen Ganztage genehmigungsfähig gemacht hat, hat Frauke Heiligenstadt für einen rechtlichen sauberen Ganztage in Niedersachsen gesorgt und den Rechtsstreit mit der Rentenversicherung beilegen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir ermöglichen einen offenen, teilgebundenen und gebundenen Ganztage so, wie es vor Ort nötig ist und in einem Flächenland wie Niedersachsen benötigt wird. Auch der Bereich der Integration ist durch die Kultusministerin in den Blick genommen und gestärkt worden. Es gibt die Möglichkeit, auch im Ganztage Schulsozialarbeit stattfinden zu lassen und aus dem Budget da umzuwidmen, wo es notwendig ist.

Wir sind weg von Ihren rechtlich fragwürdigen Ausgestaltungsmöglichkeiten hin zu einer Ermöglichungsstruktur. Die Nachfrage nach dem Ganztage gibt uns da recht. Wir glauben, dass der Weg so weiterbeschritten werden sollte, wie wir das als Regierungsfraktion nach Regierungsübernahme im Jahre 2013 auf den Weg gebracht haben. Wir werden den Ganztage hier in Niedersachsen immer weiter ausbauen - qualitativ und auch quantitativ.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Politze. - Es folgt für die CDU-Fraktion der Kollege Kai Seefried. Bitte sehr!

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf der Internetseite des Kultusministeriums steht bis heute zu Ihrer sogenannten Bildungsoffensive geschrieben:

„Mehr Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder, eine bessere Ausstattung der Ganztage-schulen und weitere deutliche Qualitäts-

verbesserungen im Bildungsbereich - das sind die Schwerpunkte der ‚Zukunftsoffensive Bildung‘ ...“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie der Applaus schon zeigt, meinen SPD und Grüne tatsächlich, dass sie bzw. das Land hier vorankommen würden. Deshalb schauen wir uns doch einmal an, wie diese sogenannte Offensive wirklich wirkt.

Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen sagen: Ich hätte mir an der Stelle der SPD sehr gut überlegt, ob ich diese Diskussion hier heute wirklich angefangen hätte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD: Oh! Oh!)

Für den ersten Schwerpunkt, der Finanzierung zusätzlicher Krippenplätze, stehen in dieser Zukunftsoffensive 79,2 Millionen Euro zur Verfügung. 83 Millionen Euro hingegen brauchte das Kultusministerium bereits im letzten Jahr, um den eigenen Berechnungsfehler bei der Finanzhilfe für die Krippen auszugleichen.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist sehr gut angelegtes Geld!)

Der Fehler, der dort gemacht worden ist, ist also schon größer als das, was in der „Zukunftsoffensive Bildung“ geleistet werden soll.

(Zustimmung bei der CDU)

Weiter steht dort: Rund 5 000 Krippenplätze sollen mit dem Geld bis 2017 finanziert werden. Und was hören wir heute im Jahr 2016? - Das Geld ist alle, und Investitionsmittel stehen nicht mehr zur Verfügung, wenn Anträge gestellt werden.

(Björn Thümler [CDU]: Was? Unglaublich! - Christian Dürr [FDP]: Aha!)

Dann steht dort, es solle die Qualität erhöht werden. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich frage einmal: Was ist denn die Grundvoraussetzung für gute Qualität in der Bildung? - Die Grundvoraussetzung für gute Qualität ist eine gesicherte Unterrichtsversorgung. Und wie sieht es in Niedersachsen da aus? - Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt eben keine gesicherte Unterrichtsversorgung. Wir haben eine historisch schlechte Unterrichtsversorgung in Niedersachsen. Es kommt zu massivem Unterrichtsausfall.

Meine Damen und Herren, unter dieser Regierung mit ihrer sogenannten Zukunftsoffensive hat sich die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen im Durchschnitt um 2,5 % und bei den Gymnasien sogar um 4 % reduziert!

(Zustimmung bei der CDU)

Selbst die eigene SPD-Basis hat erkannt, dass es so nicht weitergehen kann, und auf dem Landesparteitag entsprechende Anträge an die Regierung gerichtet. Aber die Verantwortung dafür trägt auch das muss hier einmal klargestellt werden - die Kultusministerin mit ihren falschen Entscheidungen und einer falschen Einstellungspolitik, die nicht ausreicht, um die jetzige Situation tatsächlich wieder sicherzustellen. Um hier wirklich nachhaltig etwas zu erreichen, bräuchten wir deutlich mehr Lehrerstellen als die, die derzeit zur Verfügung gestellt werden. Wir reden über eine Dimension von 2 000 Lehrerstellen, die durch das falsche Handeln bei uns derzeit fehlen. Das wären pro Jahr 120 Millionen Euro. Das geht weit über das hinaus, was in dieser sogenannten Offensive zur Verfügung gestellt wird.

(Zuruf von der CDU: Das muss doch einmal gesagt werden! - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wer, wie Herr Politze, so etwas als „Offensive“ verkauft, hat in Mathe wohl nicht richtig aufgepasst.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Aber hallo!)

Sie haben angekündigt, dass mit dieser Offensive die Schulen besser unterstützt werden sollen. Da frage ich einmal: Was geschieht denn bei der Schulsozialarbeit? Was passiert mit unseren Schulsozialarbeitern? Was passiert mit den Mitteln, die derzeit im Haushalt zur Verfügung stehen? Was passiert, wenn das Hauptschulprofilierungsprogramm Ende dieses Jahres ausläuft? - Außer Ankündigungen gibt es vonseiten der Landesregierung nichts - außer dass diese Ankündigungen immer nur neue Verunsicherung schaffen, dass wir eben nicht wissen, ob alle, die heute in der Schulsozialarbeit tätig sind, weiterbeschäftigt werden können. Wir wissen nicht, ob die freien Träger zukünftig dort auch tätig sein können, und wir wissen auch nicht, ob die Berufsorientierung zukünftig so erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, ich kann es wirklich nicht begreifen,

(Detlef Tanke [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

wie etwas, was im Ansatz, Herr Tanke, vielleicht gut gemeint ist - nämlich die Schulsozialarbeit auszubauen -, so dermaßen falsch gemacht werden kann, wie Sie das hier angehen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch von Detlef Tanke [SPD])

Genau so, Herr Tanke, sieht es auch beim Ganztags aus. Dort machen Sie die gleichen Fehler: Gute bestehende Konzepte, Kooperation von Schule und Wirtschaft, Kooperation von Schule mit Vereinen, gerade das, was uns im Ganztags wichtig ist, all diese Konzepte gefährden Sie mit Ihrer derzeitigen Umsetzung durch neue bürokratische Auflagen.

(Johanne Modder [SPD]: Quatsch!)

Ein leuchtendes Beispiel ist gerade erst kürzlich das Kooperationsverbot von Schulen mit Vereinen mit FSJ-lern gewesen. Das ist ein leuchtendes Beispiel dafür, dass diese Regierung fernab der Realität an unseren Schulen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Politze, noch eine letzte Bemerkung. Sie haben gesagt, dass das in der Vergangenheit alles nicht gut gewesen ist. Wir standen immer für das Konzept der offenen Ganztagschule. Und jetzt schauen Sie sich bitte einmal Ihre neu genehmigten Ganztagschulen an! Von 87 neu genehmigten Ganztagschulen haben 71 selber das Modell der offenen Ganztagschule beantragt, weil genau das ein gutes Konzept für Niedersachsen ist.

(Glocke des Präsidenten - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident, ich fasse zusammen:

Die sogenannte Zukunftsoffensive wirkt - die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen ist auf einem Tiefstand.

Die sogenannte Zukunftsoffensive wirkt - es gibt kein Geld mehr für Investitionsmittel für Krippen.

Ihre Offensive wirkt - Sie bringen die gute Schulsozialarbeit in Niedersachsen in Gefahr.

Das ist die Situation im Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Seefried. - Jetzt ist für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Björn Försterling dran. Herr Försterling, bitte sehr!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gar nicht auszudenken, was hier in der letzten Legislaturperiode los gewesen wäre, wenn wir uns angemäht hätten, 87 neue Ganztagschulen als großen bildungspolitischen Erfolg zu verkaufen!

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Jetzt bleibt Ihnen anscheinend überhaupt nichts anderes übrig.

1 300 Schulen gibt es in Niedersachsen, die noch ohne Ganztagsbetrieb arbeiten. Von diesen 1 300 haben sich jetzt sage und schreibe 87 dafür entschieden, im nächsten Schuljahr als Ganztagschule zu arbeiten. Das sind 6,7 %. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht wirklich die große Welt. Aber solche Prozentzahlen kann man in der SPD anscheinend schon als Erfolg werten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Warum wirkt das nicht? - Sie müssen sich einmal anschauen, was Sie mit dem Ganztagschülerlass gemacht haben: Sie schreiben feste Quoten vor, wie viel Nachmittagsangebote mindestens durch Lehrkräfte gemacht werden müssen, wie viel durch außerschulische Partner gemacht werden müssen. Zahlreiche Schulen wurden von der Landesschulbehörde und vom Kultusministerium gezwungen, bestehende, gut laufende Kooperationsprojekte aufzulösen, aufzugeben. Diese Nachmittagsangebote gibt es in den Schulen nicht mehr. Sie haben den Schulen die Freiheit beschränkt - die wir ihnen gegeben hatten -, verschiedene Verträge abzuschließen.

(Johanne Modder [SPD]: Unter welchen Bedingungen denn?)

Das hätten Sie weiterführen können. Die Verträge waren doch nicht rechtswidrig. Sie wissen doch gar nicht, worum es hier geht.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie hätten den Schulen doch einfach die Sozialversicherungsbeiträge geben können.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Warum haben Sie das denn nicht getan?)

Dann hätten die alle Kooperationsverträge fortsetzen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Stattdessen regieren Sie in die Schulen hinein und verhindern gute Ganztagsangebote.

(Anja Piel [GRÜNE]: Unglaublich! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann haben Sie noch die Dreistigkeit, einen neuen Ganztagschülerlass und eine neue Stundenzuweisung auf den Weg zu bringen, die beinhalten, dass kleine Grundschulen, die sowieso schon wenig Ressourcen haben, weniger Ganztagsstunden bekommen als vorher.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist unredlich, was Sie da machen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt ganz konkrete Beispiele von kleinen Grundschulen, die ihr Angebot im Ganztage deutlich reduzieren mussten, weil Sie ihnen Stunden wegnehmen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist unredlich!)

Das ist die von Ihnen viel beschworene große „Zukunftsoffensive Bildung“.

Und wie finanzieren Sie die? - Das muss man sich einmal ganz genau anschauen. Es ist nicht so, wie Herr Politz es hier kundtun möchte, der sagt: Es gibt jetzt unendlich viel mehr Ressourcen für den Ganztage. - Sie haben kontinuierlich umgeschichtet. Sie haben Lehrerstellen aus dem Unterricht am Vormittag in den Nachmittagsbetrieb, die Ganztagsangebote umgeschichtet. Die Ministerin reist durchs Land und sagt überall: Ganztagschule ist wunderbar, das funktioniert super. - Aber vormittags fällt an den Ganztagschulen der Unterricht aus. Das ist die Realität in Niedersachsens Schulen:

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unterrichtsausfall am Vormittag, Nachmittagsbetreuung im Ganztagsschulbetrieb - das ist keine „Zukunftsoffensive Bildung“.

Ich hätte mir gewünscht, dass die SPD-Landtagsfraktion hier gesagt hätte, welche Probleme aktuell in Niedersachsens Schulen zu lösen sind.

Wozu brauchen wir denn eine „Zukunftsoffensive Bildung“? - Eine „Zukunftsoffensive Bildung“ wäre, wenn Sie die Unterrichtsversorgung in diesem Land sicherstellen würden, wenn Sie die Benachteiligung der Gymnasien aufheben würden,

(Lachen bei der SPD)

wenn Sie nicht neue Beschäftigungsverhältnisse für die Schulsozialarbeiter in Niedersachsen schaffen würden, sondern tatsächlich mehr Stellen.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es!)

Wie wäre es, mit einer „Zukunftsoffensive Bildung“ dafür zu sorgen, dass es genügend Sonderpädagogen für die Inklusion in den Schulen gibt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wie wäre es, mit einer „Zukunftsoffensive Bildung“ dafür zu sorgen, dass es tatsächlich pädagogische Mitarbeiter an weiterführenden Schulen gibt, wie sie im Erlass vorgesehen sind?

Wie wäre es, mit einer „Zukunftsoffensive Bildung“ dafür zu sorgen, dass es genügend Sprachlernklassen, genügend Sprachförderangebote für die Flüchtlingskinder in Niedersachsens Schulen gibt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Mann, Mann, Mann!)

Wie wäre es, mit einer „Zukunftsoffensive Bildung“ dafür zu sorgen, dass es genügend Geld für die SPRINT-Projekte gibt? Das alles kriegen Sie nicht hin.

Wie wäre es, mit einer „Zukunftsoffensive Bildung“ dafür zu sorgen, dass die Lehrgesundheit in Niedersachsen sich verbessert, sodass nicht mehr - wie zum nächsten Einstellungstermin - neun von zehn in den Ruhestand tretenden Lehrern vorzeitig in den Ruhestand gehen?

(Jörg Bode [FDP]: Was?)

Das sind die drängenden Probleme in diesem Land - keine 87 neuen Ganztagschulen, Herr Politz -, das sind die Probleme, die wir lösen müssen. Das ist Ihre Verantwortung.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Machen Sie eine Zukunftsoffensive Bildung, die bei den Schülern, bei den Eltern, bei den Lehrern, in den Schulen endlich einmal ankommt, und hö-

ren Sie auf, sich für irgendwelche statistischen Zahlen abfeiern zu lassen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling.

(Christian Grascha [FDP]: Das nennt man wohl ein Eigentor! Ihr kriegt nichts auf die Reihe! - Christian Dürr [FDP]: Das ist wirklich unfassbar! - Gegenrufe von der SPD)

- Herr Tanke, liebe Kollegen von der FDP, Stimmung ist gut, Aufmerksamkeit ist besser.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommt jetzt Kollegin Julia Willie Hamburg. Bitte sehr!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mir vorstellen, warum Herr Seefried hier nicht über das Thema Ganztagschulen gesprochen hat. Herr Försterling hat vorgebracht, wie komisch es wirkt, wenn jemand, der in der letzten Wahlperiode Verantwortung dafür getragen hat, die Ganztagschulen im Land voranzubringen, zu ebendiesem Thema Ausführungen macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die rot-grüne Landesregierung hat einen Schwerpunkt auf das Thema Ganztagschulen gelegt und damit einen sehr erfolgreichen Weg eingeschlagen. Sie hat viele Baustellen repariert, die uns hinterlassen wurden. Genau damit leisten wir einen elementaren Beitrag zu gleichwertigen Lernbedingungen und somit auch zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die im April vorgelegten neuen Forschungsbefunde der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG) belegen, was wir schon immer betont haben: Ganztagschulen sind wertvoll für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es heißt dort,

„dass Ganztagschulen einen wichtigen Beitrag zur psychosozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leisten, indem sie

das Sozialverhalten, die Motivation und ein positives Selbstbild fördern. Das setzt allerdings eine hohe pädagogische Qualität der Angebote voraus. Unter diesen Umständen können sich diese Effekte auch auf den Schulerfolg auswirken“.

Die rot-grüne Koalition hat deshalb in ihrer Schulpolitik den Schwerpunkt auf den Ausbau, vor allem den qualitativen Ausbau der Ganztagschulen gesetzt. Das war eine Investition in die Zukunft, die sich auszahlt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Programm zum Ausbau der Ganztagschulen ist - entgegen Ihren Aussagen - ein großer Erfolg. Es gibt mehr Ganztagschulen. Jede Ganztagschule bekommt deutlich mehr Mittel.

(Björn Försterling [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! - Gegenruf von der SPD: Das stimmt wohl!)

Das Ergebnis ist eine deutlich bessere Qualität an Niedersachsens Schulen.

Zum kommenden Schuljahr - das haben wir bereits gehört - hat das Kultusministerium 87 weitere Anträge genehmigt, eine Ganztagschule oder einen Ganztagsschulzug zu führen. Seit dem Schuljahr 2012/2013 hat Rot-Grün damit die Zahl der Ganztagschulen in Niedersachsen um 16 % gesteigert.

Noch viel größer ist - das ist die eigentlich relevante Zahl - der Anstieg der zur Verfügung gestellten Mittel. Gegenüber 2013/2014 stehen den Ganztagschulen 43 % mehr Lehrkräftestunden zur Verfügung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Försterling zu?

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Nein, ich möchte erst einmal ausführen. Meine Zeit ist hier sehr begrenzt.

(Christian Grascha [FDP]: Die Zeit kommt ja obendrauf!)

Statt Ihrer Ganztagschule light, für die Sie sich hier eigentlich immer noch verantworten müssten - es wäre Ihre Verantwortung, sich einmal kritisch

damit auseinanderzusetzen, was Sie sich da geleistet haben -, gibt es jetzt eine Ganztagschule mit Qualität und vernünftigen Arbeitsbedingungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Angesichts Ihres Getöses hier komme ich nicht umhin, noch einmal daran zu erinnern, was für eine riesige Baustelle Ihre abgewählte Landesregierung im Bereich der Ganztagschulen hinterlassen hat. Rechtswidrige Honorarverträge, die zu prekären Arbeitsbedingungen an Niedersachsens Schulen geführt haben, haben das Land allein 14 Millionen Euro - lassen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen, was wir damit bildungspolitisch hätten machen können - an Nachzahlungen an die Rentenversicherung gekostet,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ganz richtig!)

ganz zu schweigen von den bereits angesprochenen Arbeitsbedingungen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Zustand gewesen, der in seinem Ausmaß auch heute immer noch ungeheuerlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Die sollten schön ruhig sein!)

Wir haben in diesem Bereich aufgeräumt und den Ganztagschulen mit dem neuen Grundsatzterlass für die Arbeit in der Ganztagschule eine neue Grundlage gegeben. Heute können sie mit festangestelltem Personal arbeiten, statt nur mit prekär beschäftigten Honorarkräften, und somit können auch qualifizierte und gute Angebote gemacht werden.

Und der Aspekt, der uns Grünen besonders wichtig ist: Die Ganztagschulen können als sogenannte gebundene Ganztagschulen mit einem integrierten, rhythmisierenden Konzept arbeiten. Die gebundene Ganztagschule gewinnt mit ebendieser Rhythmisierung pädagogisch ganz neue Möglichkeiten und Freiräume für die Gestaltung des Schulalltags. Somit können deutlich mehr Schülerinnen und Schüler mitgenommen werden.

Der gebundene Ganztags ist eine Bereicherung bei der Arbeit im Bereich der Inklusion, der Sprachförderung und der Teilhabe geflüchteter Kinder und der Attraktivität der Schule sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Eltern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch sind gute Ganztagschulen eine Anpassung an familienpolitische Bedarfe: Eltern wollen ihre Kinder gut betreut und gefördert wissen, und sie wollen sich dafür nicht aufwändig um Betreuungsmöglichkeiten am Nachmittag kümmern, die den Bedarf bei Weitem nicht abdecken.

Und eben diesem Bedarf wird eine qualitativ gute Ganztagschule gerecht - anders als Ihre halbherzige Ganztagschule light es überhaupt versucht hat. Dafür müssen wir viel Geld in die Hand nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber es ist dort auch sehr gut investiert, nämlich in eine gute Pädagogik und die Schaffung von Bildungsgerechtigkeit.

Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass auch in diesem Jahr wieder eine Reihe von neu gegründeten Ganztagschulen von dieser Möglichkeit Gebrauch macht; denn in dieser Form - das haben wir u. a. in der hier eingangs zitierten Studie gesehen - können unsere niedersächsischen Schulen ihr pädagogisches Potenzial voll entfalten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Hamburg. - Meine Damen und Herren, jetzt wird für die Landesregierung die Kultusministerin Frau Heiligenstadt das Wort nehmen. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eine gute Zukunft für die sehr unterschiedlichen Regionen unseres Landes kann nur gesichert werden, wenn wir unseren Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und die bestmögliche Schulbildung einräumen. Daher hat Bildung für diese Landesregierung und für das Land Niedersachsen die absolut höchste Priorität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ausbau der Ganztagschulen - der quantitative, aber auch der qualitative - bietet beste Chancen, unser Bildungssystem zukunftsfest aufzustellen und für mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungschancen für unsere Schülerinnen und Schüler zu sorgen. Der Ganztagschülerlass bietet hierfür die entscheidende Grundlage. Mit ihm er-

halten unsere Schulen mehr Gestaltungs-, aber auch mehr Handlungsspielraum.

(Christian Dürr [FDP]: Das Gegenteil ist der Fall! Die beschweren sich doch gerade alle, Frau Ministerin!)

Auf seiner Grundlage können die Schulen und Schulträger nunmehr offene, teilgebundene und voll gebundene Ganztagschulkonzepte anbieten. Sie können sogar eine Mischform aus unterschiedlichen Angeboten mit verschiedenen Ganztagszügen abweichender Organisationsformen anbieten. Das bietet den Schulen mehrere Optionen zur Erprobung und Entwicklung neuer Konzepte, die den jeweiligen schulischen Möglichkeiten, aber vor allem auch den regionsspezifischen Bedürfnissen entsprechen und entgegenkommen.

Um diesen Prozess personell zu unterstützen, haben wir zum Schuljahresbeginn 2014/15 die Ressourcenzuweisung von dem beschränkten Zuschlag auf einen teilnehmerbezogenen bedarfsgerechten Ganztagszuschlag umgestellt.

Mit dieser Umstellung war bereits zum Stichtag 22. September 2014 ein erheblicher Aufwuchs des Zusatzbedarfs im Ganztage zu verzeichnen. Waren es im Schuljahr 2013/2014 noch 51 000 Ganztagsstunden, so sind wir heute bei rund 73 000 Stunden angelangt. Hier werden also konsequent erhebliche Anstrengungen unternommen, um dem Bedarf und der erfreulich hohen Nachfrage aufseiten der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern nach ganztäglicher Bildung tatsächlich zu entsprechen.

Insgesamt sind bis zum Jahr 2019 allein für den Ausbau der Ganztagschule - ich bitte, auf die Zahlen zu achten - rund 486 Millionen Euro veranschlagt. Ein Wert, meine sehr verehrten Damen und Herren, der zeigt, dass wir es sehr ernst meinen mit dem qualitativen Aufwuchs von Ganztagschulen.

Ganztagschule ist mehr als eine reine Ressourcenzuweisung. Ganztagschule ist ein ganz wichtiger Schulentwicklungsprozess. Deswegen haben wir begleitend die Beratungs- und Unterstützungsangebote, z. B. mit 15 weiteren Fachtagen, im ganzen Land ausgebaut. Ob in Göttingen, Bad Bederkesa, Lüneburg oder Lingen - ich könnte noch einige andere Standorte nennen. Über 758 Ganztagschulen haben von diesen Fachtagen Gebrauch gemacht. Mit über 1 135 Teilnehmenden konnten Schulentwicklungsprozesse nachhaltig unterstützt und fortgesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass dieser Weg fortgesetzt werden muss. Wir werden ihn weiterhin mit der entsprechenden Priorität unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eines ist klar: Die aktuellen Zahlen belegen: Ausgehend von 1 311 Ganztagschulen im Schuljahr 2011/12 arbeiten heute, Stand November letzten Jahres, 1 675 von 2 654 Schulen als Ganztagschule. Das entspricht einem Ausbaustand von 63 %, meine sehr verehrten Damen und Herren. Fast 50 % aller Schülerinnen und Schüler nehmen mittlerweile ein Ganztagsangebot unterschiedlicher Art und Weise wahr.

Ich denke, das ist ein Erfolg, der sich nur drei Jahre nach Regierungsübernahme sehr gut sehen lassen kann. Ich wage überhaupt nicht vorherzusagen, was geworden wäre, wenn weiterhin so ein Chaos geblieben wäre wie zu Zeiten von während Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Warum beschwerten sich die Schulen alle, Frau Ministerin?)

Durch die Erhöhung des Zusatzbedarfs „Ganztag“ ist es möglich, verstärkt Lehrkräfte einzusetzen. Das ist doch etwas Positives! Wir können damit doch auch die Qualität besser ausbauen. Wir lassen natürlich mit immerhin bis zu 40 % auch Kooperationen zu. Kooperationsverträge sind erst unter dieser Landesregierung entwickelt worden. Endlich können die Schulen sich in einem rechtssicheren Raum bewegen

(Petra Tiemann [SPD]: Vor allem rechtssicher! Genauso ist es!)

und müssen nicht mit einem Bein im Strafrecht stehen, wenn sie Verträge abschließen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Zukunftsoffensive Bildung wirkt. Das Wirkungsgefüge aus dem Gestaltungsspielraum, aus den beachtlichen Ressourcen, aus dem Elternengagement, aus dem Schulträgerengagement sorgt dafür, dass Niedersachsen Ganztagschul-land ist.

Darauf können wir alle sehr stolz sein, weil es gut für unsere Schülerinnen und Schüler und für die Familien in Niedersachsen ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin Heiligenstadt. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Besprechung zu Punkt b der Aktuellen Stunde schließen kann.

Ich eröffne sodann die Besprechung zum nächsten Punkt der Aktuellen Stunde:

c) Enthüllungen zeigen: TTIP und CETA gefährden heimische Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5659

Der Antrag wird eingebracht von der Abgeordneten Miriam Staudte. Frau Staudte, bitte sehr!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In den TTIP-Diskussionen der vergangenen Monate mussten wir Kritiker uns ja häufig anhören: „Woher wollt ihr eigentlich so genau wissen, dass da so viel Schlechtes drinsteht? Es ist doch alles geheim! Das bemängelt ihr doch immer.“ Ich erinnere mich an einen Beitrag von, ich glaube, Herrn Birkner, der in diese Richtung ging.

(Jörg Bode [FDP]: Nein, ich war das!)

- Herr Bode war es, Entschuldigung!

Doch seit den Greenpeace-Enthüllungen wissen wir ganz genau: Das, was befürchtet wurde und was durchgesickert ist, ist die Realität.

Es ist wirklich bitter, dass es überhaupt solcher Leaks braucht, um die Öffentlichkeit und die öffentliche Debatte herzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Wir wissen das, was wir vorher auch wussten!)

Ich hoffe sehr, dass unsere Bundestagsfraktion mit der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof Erfolg haben wird und solche Zustände mit Pseudotransparenz in irgendwelchen Leseräumen abgestellt werden.

(Christian Dürr [FDP]: Sagen Sie mal konkret, was Sie verwundert!)

Die Veröffentlichungen haben klar gezeigt, Herr Dürr, dass es eben nicht um bessere Standards, sondern um schlechtere Standards geht.

(Jörg Bode [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! In welchem Dokument steht das denn? - Christian Dürr [FDP]: Solcher Quatsch! Zitieren Sie das bitte, Frau Kollegin! Zitieren Sie das!)

In der Politik muss man sich natürlich sehr genau überlegen - - -

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment! - Meine Herren von der FDP, stören Sie die Rednerin bitte nicht. - Weiter geht's!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Danke schön.

In der Politik muss man sich sehr genau überlegen: Wann macht es Sinn, einen Kompromiss zu schließen, und wann macht es keinen Sinn? Wann schadet er sogar?

(Jörg Bode [FDP]: Man soll ruhig die Wahrheit sagen, wenn man hier spricht!)

Es geht bei all der Harmonisierung nicht um den „größten gemeinsamen Nenner“. Ihn gibt es in der Politik genauso wenig wie in der Mathematik. Vielmehr geht es immer um den „kleinsten gemeinsamen Nenner“. Wenn man betrachtet, was gedealt werden soll, nämlich der leichtere Zugang für die umstrittenen Agrarprodukte aus den USA und im Gegenzug der leichtere Zugang für die europäische Automobilindustrie zum US-Markt, muss man ganz klar sagen: So ist das nicht akzeptabel!

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Was konkret, Frau Kollegin?)

- Ich werde konkret, damit auch Sie das nachvollziehen können.

Schauen wir uns den Agrarbereich an! Es stehen sich zwei vollkommen unterschiedliche Agrarsysteme gegenüber:

(Jörg Bode [FDP]: Es ging um die Steuern im Agrarbereich!)

In den USA liegt die *durchschnittliche* Betriebsgröße bei 180 ha, in Niedersachsen - zum Vergleich - sind es nicht einmal 70 ha.

(Christian Dürr [FDP]: Das steht doch nicht in den Papieren!)

Da ergibt sich die große Frage: Wer wird da wohl billigere Produkte erzeugen können?

Oder sehen wir uns die Milchwirtschaft an! In den USA geht die Entwicklung zu Mega-Mega-Höfen. Es gibt Stallanlagen mit 37 000 Tieren; „Stall“ kann man das wirklich nicht mehr nennen. Aber auch im Durchschnitt haben die meisten Betriebe mehrere Tausend Tiere in den Ställen.

Präsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zusatzfrage von Herrn Dürr zu?

Miriam Staudte (GRÜNE):

Nein, bitte keine Frage.

In Niedersachsen liegt die Durchschnittsgröße bei 75 Tieren. Auch dazu frage ich wieder: Wer wird bei einer Harmonisierung wohl den Kürzeren ziehen?

(Christian Dürr [FDP]: Was stand in den Papieren?)

Was den Verbraucherschutz angeht, z. B. beim Thema Milchwirtschaft: In den USA gilt die Regel: Wenn eine Kuh wegen einer Euterentzündung mit Antibiotika behandelt wird, darf diese Milch genutzt werden. Es kommt nur ein Zettelchen mit „Antibiotika-Milch“ an die Milchkanne.

(Christian Dürr [FDP]: Das steht in den Papieren? - Jörg Bode [FDP]: Das haben wir aus den Papieren gelernt?)

Dann weiß man, dass diese Milch nicht mehr für die Joghurtbereitung verwendet werden kann, weil die Joghurtkulturen das nicht vertragen würden. In Deutschland muss solche Milch natürlich entsorgt werden. Das ist auch gut so. Ich möchte solche Milch auf keinen Fall zu mir nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Es ist so scheinheilig, was Sie hier tun! Unverantwortlich und scheinheilig!)

Auch beim Thema Aflatoxin haben wir diese Debatte schon geführt. Der verschimmelte Mais, der hier nicht einmal in eine Biogasanlage gegeben

werden durfte, wurde in den USA an Bullenkälber verfüttert.

Der Vorsitzende der Geflügelwirtschaft, Herr Friedrich-Otto Ripke, weist z. B. für den Bereich der Geflügelhaltung darauf hin, dass in den USA 90 % der Legehennen in Käfigen gehalten werden. In Deutschland sind es noch 10 % - auch das ist natürlich noch viel zu viel.

(Christian Dürr [FDP]: Das steht in den Papieren? Wann kommen Sie zu den Papieren?)

- Herr Dürr, Sie haben jetzt 50-mal denselben Zuruf gemacht. Ich glaube, Sie können jetzt mal den Mund halten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment! - Herr Dürr, es ist in der Tat so: Stören Sie nicht! - Frau Staudte, bitte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Die Frage ist doch: Sollen in Zukunft in Deutschland und in Europa in den Regalen die Eiernudeln aus den USA, produziert mit diesen problematischen Eiern, liegen? Daneben würden dann die Nudeln liegen, die mit Eiern hergestellt worden sind, die in Europa bei höheren Standards gelegt worden sind. Es ist doch vollkommen klar, welche Wirtschaft dann den Kürzeren ziehen wird.

Wenn Sie jetzt sagen: „Wir sorgen dann für eine bessere Kennzeichnung bei den verarbeiteten Produkten“: Das funktioniert jetzt schon nicht, und dann warne ich: Wenn wir erst einmal TTIP haben, wird es noch schwieriger; denn jede strengere Kennzeichnung kann von den Investoren als Handelshemmnis interpretiert und beklagt werden. Das ist ein ganz, ganz grundsätzliches Problem bei TTIP.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich dachte eigentlich immer, Herr Dürr, wir alle seien für mehr Tierschutz - und nicht für weniger. Ich dachte, wir alle seien für mehr Verbraucherschutz - und nicht für weniger. Aber das scheint wirklich nicht der Fall zu sein.

In ganz Nord- und Südamerika gibt es quasi keine gentechnikfreien Produkte mehr. Wenn Sie den Markt hier öffnen wollen - das steht in den Papieren -, dann können Sie gerne dafür streiten. Wir werden dagegen streiten. Ich bin mir sicher, dass

hier eine Kehrtwende eingesetzt hat. Die Franzosen haben Nein gesagt. Es gab in den letzten Tagen sehr viele Äußerungen, die deutlich machen: In diese Richtung wird es nicht gehen!

Ich möchte zum Abschluss den Bundestagsabgeordneten der SPD Matthias Miersch zitieren:

„Unter solchen Bedingungen macht es keinen Sinn weiterzuverhandeln.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, einen Moment, bleiben Sie bitte hier vorne! Der Kollege Grupe möchte noch eine Zwischenfrage stellen. - Nicht erwünscht. Danke schön.

Meine Damen und Herren, weiter geht's mit der CDU. Kollege Dirk Toepffer, bitte sehr!

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Staudte, was Sie und Greenpeace hier veranstalten, ist das absolute Gegenteil von dem, was Greenpeace und andere immer wieder fordern, das ist das Gegenteil von Transparenz und Ehrlichkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden hier Zeugen einer einzigartigen Manipulation der Öffentlichkeit: Eine Argumentation mit Unrichtigkeiten und Halbwahrheiten. Wir werden Zeugen eines Missbrauchs von Medien- und Meinungsfreiheit, der auch eingefleischten TTIP-Gegnern eigentlich die Tränen in die Augen treiben müsste.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da wird die Wahrheit verdreht, dass sich die Balken biegen! Das geht schon mit der Behauptung los, hier sei irgendetwas enthüllt worden. Kern dieser Enthüllung ist doch folgende Nachricht: Bei den Verhandlungen um TTIP gibt es punktuell völlig unterschiedliche Positionen der Verhandlungspartner.

(Jörg Bode [FDP]: Genau wie zwischen Rot und Grün!)

Beide Verhandlungspartner kämpfen verbissen, um ihre eigene Position durchzusetzen.

Ein Beispiel: Dass die amerikanische Seite das europäische Vorsorgeprinzip ablehnt, ist ein ganz alter Hut.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das macht es aber nicht besser!)

Es ist auch kein Geheimnis, dass die europäische Seite das anders sieht und am Vorsorgeprinzip festhält. Das ist wirklich keine Enthüllung!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Dann geht es weiter mit der Behauptung, aufgrund dieser Enthüllungen sei nun bekannt, was im Vertragstext formuliert sei. Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Es gibt noch gar keinen Vertragstext. Was es gibt, ist ein Papier, in dem unterschiedliche Positionen formuliert werden, und zwar anders, als das Greenpeace in der Öffentlichkeit darstellt.

Schaut man auf die Greenpeace-Website, wird einem wirklich bange. Da werden Ängste formuliert, und anschließend wird festgestellt: Mit diesen Dokumenten haben wir es jetzt schwarz auf weiß. - Liest man dann in den Dokumenten nach, stellt man fest: Stimmt ja gar nicht! Was Greenpeace als einvernehmlich ausgehandelt darstellt, ist eine Passage, die deutlich als Wunsch der US-Delegation gekennzeichnet ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann darüber streiten, welche Folgen die Durchsetzung der amerikanischen Positionen für den deutschen Verbraucher haben wird. Klar! Aber wer hier ehrlich formulieren will, der muss auch sauber formulieren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Er muss nämlich formulieren, dass dies die von ihm angenommenen Folgen sind, wenn sich die amerikanische Seite widerspruchslos durchsetzt. So, und nicht anders!

Was wir diesen Enthüllungen aber tatsächlich entnehmen können, ist doch das exakte Gegenteil dessen. Mit jeder Seite dieser Dokumente wird deutlich gemacht, dass sich die europäischen Verhandlungsführer an genau die Linien halten, die Europas Politik und auch die Öffentlichkeit formuliert haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es stimmt schon: Wir als CDU wollen dieses Freihandelsabkommen - aber nicht um jeden Preis.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ach so!)

Wir wollen bessere Wirtschaftsbedingungen für unsere Unternehmen und damit Arbeitsplatzsicherheit. Wir wollen Wohlstand für uns alle, aber ohne dass dabei europäische Standards aufgegeben und möglicherweise Verbraucher- oder Arbeitnehmerrechte verraten werden.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: „Rückzugsgefechte“ - so nennt man das, glaube ich!)

Ja, der Weg zu einem solchen Abkommen ist verdammt schwierig. Auch das belegen die veröffentlichten Dokumente. Aber was für eine Politik ist das eigentlich, die den Abbruch von Verhandlungen fordert, weil auf zwei Seiten unterschiedliche Positionen vertreten werden? Sich einzumauern, ist das Gegenteil von Gestaltungswillen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zurück zum Titel Ihres Antrages zur Aktuellen Stunde: Was man mit *Gestaltungswillen* erreichen kann, zeigt das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada. Ich weiß nicht, ob sie es überhaupt gelesen haben. Mit CETA wurde kein einziger europäischer Standard aufgegeben, übrigens auch kein kanadischer Standard. Stattdessen hält sich jedes exportierende Land an die Standards des importierenden Landes.

Selbst zu den lang umstrittenen Schiedsgerichtsverfahren wurde eine gute Lösung gefunden. Daher ist CETA das beste Beispiel, dass auch TTIP funktionieren kann.

Ich schließe mit einem wunderbaren Zitat des deutschen Journalisten und Satirikers Martin Morlok - es passt, wie ich finde, wie die Faust aufs Auge -:

„Demagogie betreibt, wer bei günstiger Gelegenheit öffentlich für ein politisches Ziel wirbt, indem er der Masse schmeichelt, an ihre Gefühle, Instinkte und Vorurteile appelliert, ferner sich der Hetze und Lüge schuldig macht, Wahres übertrieben oder grob vereinfacht darstellt, die Sache, die er durchsetzen will, für die Sache aller Gutgesinnten ausgibt, und die Art und Weise, wie er sie durchsetzt oder durchzusetzen vorschlägt, als die einzig mögliche hinstellt.“

Frau Staudte, bei TTIP ist es an der Zeit, die Demagogen endlich auszublenden - übrigens auf beiden Seiten des Atlantiks!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Toepffer. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Kollegin Petra Emmerich-Kopatsch. Bitte sehr!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werter Kollege Toepffer, das Gute bei Ihnen ist ja, dass Sie nie zur Demagogie neigen würden. Insofern war das sicherlich ein besonderer Ansatz, den Sie hier gebracht haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits 2013 haben Rot und Grün hier einen Antrag mit dem Titel „Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Interessen Niedersachsens wahren, europäische Standards sichern“ vorgelegt, der bis heute nichts an Aktualität verloren hat. An diesem Antrag messen wir das Freihandelsabkommen mit den USA. Denn im Moment scheinen die TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA noch nicht sehr viel weiter als damals zu sein.

Wie die Greenpeace-Veröffentlichungen zeigen - da haben Sie in Teilen sicherlich recht -, sind alle altbekannten Forderungen beider Verhandlungsseiten in den konsolidierten Papieren noch immer vollständig aufgeführt und nebeneinander dargelegt, eben wie zu Beginn der Verhandlungen. Kleine, begrenzte Einigungen bei einigen Zöllen und der Anerkennung einiger Industriestandards können aus unserer Sicht noch nicht das gesamte Ergebnis von zig Verhandlungsrunden sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bislang gibt es auch keine Einigung bei den Arbeitnehmerrechten. Diese sind für uns auf jeden Fall unverzichtbar. Wenn hier keine Einigung erreichbar wäre, würde das für uns auch wirklich einen Abbruch der Gespräche bedeuten.

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Arbeitnehmerrechte sind für uns nicht verhandelbar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch die aufseiten der USA noch immer unverändert bestehende Forderung nach Schiedsgerichten beim Investitionsschutz halten wir für wenig tragbar, da dies unsere eigenen, demokratisch getroffenen Regelungen außer Kraft setzen könnte und man damit staatliche Handlungsfähigkeit aufgeben würde. Das ist ebenfalls ein Punkt, über den man hier ernsthaft sprechen sollte - bei aller nicht vorhandenen Demagogie.

Als wir zusammen mit Frau Pieper und anderen vor zwei Jahren mit der Generalkonsulin gesprochen haben, waren wir meines Erachtens auf dem gleichen Stand wie heute. Die anderen wollten die Schiedsgerichte; wir wollten sie nicht.

Bislang ist nicht zu erkennen, wie deutsche und europäische Forderungen nach der Sicherung von Standards bei Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, Verbraucherschutz, Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Lebensmittelsicherheit, Gesundheitsschutz und Industriestandards überhaupt verhandelt und aufgenommen wurden.

Sollte dies nicht signifikant verändert werden können, wird es auch seitens der SPD keine Zustimmung geben können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für Verhandlungen bis Ende dieses Jahres wird sehr knapp. Ob es überhaupt noch zu dem Freihandelsabkommen kommen wird, wird sich zeigen. Präsident Obama ist sehr daran interessiert. Seine möglichen Nachfolger, die potenziellen Präsidentschaftskandidaten der USA,

(Jens Nacke [CDU]: Nachfolgerin! -
Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Das wäre auch besser!)

haben sich zu TTIP jedenfalls negativ bis hin zu komplett ablehnend geäußert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist Freihandel grundsätzlich etwas Positives - da halte ich es mit Herrn Toepffer -, aber nicht um jeden Preis.

Dass man sich im Bereich der Landwirtschaft, um die es hier in der Aktuellen Stunde ja eigentlich gehen sollte, nicht einigen konnte, lässt sehr zweifeln. Für uns ist nicht verhandelbar, dass z. B. die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel aufgegeben werden sollte oder unbemerkt hormonbehandeltes Fleisch in den Verkehr gebracht werden könnte. Dies gilt auch für den Einsatz von hier nicht erlaubten Antibiotika, gen-

technisch veränderten Organismen sowie bestimmten Pflanzenschutzmitteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verbraucherschutzstandards können und sollen hier in der EU nicht angetastet werden. Unser Vorsorgeprinzip - es wurde schon erwähnt, dass nur Produkte zugelassen werden, die auch wirklich sicher sind - soll unsererseits beibehalten werden. Es muss klar anerkannt werden, dass es hier keinen Systemwechsel geben kann.

Auch im Tierschutz sind wir gut aufgestellt. Die Landwirtschaft Niedersachsens ist zu Recht auf die erreichten Standards in der Tierhaltung stolz.

(Christian Dürr [FDP]: Oh! Danke schön! - Beifall bei der FDP)

Man muss den bäuerlichen Betrieben hier die Sorge nehmen, dass Massenimporte aus anderen und weitaus größeren Betrieben ihre Existenz gefährden könnten. Wir jedenfalls stehen an der Seite der Landwirte und nehmen ihre Sorgen sehr ernst.

Wir erwarten, dass die Kommission die hiesige Auffassung zur Angleichung der Standards auf das jeweils höchste Niveau mit Nachdruck vertritt und möglichst durchsetzt. Die Kommission muss nun liefern. Wir werden sie aufmerksam dabei begleiten.

Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Emmerich-Kopatsch. - Nunmehr folgt die FDP. Kollege Dürr, bitte sehr!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Staudte, von großen Enthüllungen war die Rede - auch gerade, als Sie hier vorne gesprochen haben. Ich will einmal deutlich sagen: Das, was Sie hier präsentiert haben, war Internetwissen. Das steht in allen Statistiken der Vereinigten Staaten und Deutschlands.

Die Art der Kampagnenmache gegen dieses Abkommen ist mittlerweile nur noch scheinheilig und unehrlich - um das an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Wahrheit ist: Die Bundesrepublik Deutschland hat 130 solcher Abkommen bereits abgeschlossen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Die muss man auch einmal hinterfragen!)

Die Wahrheit ist, dass zu rot-grüner Regierungszeit zwischen 1998 und 2005 allein 19 solcher Abkommen geschlossen worden sind, übrigens u. a. mit der Volksrepublik China - um das auch deutlich zu sagen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Es geht um Staaten, die kein Justizsystem haben, das funktioniert! Das wissen Sie wohl nicht! Sie haben ja nicht einmal Internetwissen!)

Schiedsgerichte sind in diesen Abkommen die Regel.

Zum Thema Transparenz will ich Ihnen eines sagen, Frau Kollegin Staudte: Wenn man die Interessen schützen will - die Papiere haben gezeigt, dass keineswegs europäische Interessen aufgegeben worden sind -, dann braucht man auch einen geschützten Raum für die Diskussion mit dem Verhandlungspartner. Das kennen wir von Tarifverhandlungen und von Koalitionsverhandlungen. Letztere haben Sie gerade in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geführt.

Spannend ist übrigens Folgendes: Die Grünen haben 1985 einmal versucht, öffentliche Koalitionsverhandlungen zu führen, nämlich damals in Hessen mit Joschka Fischer. Das hat super geklappt. Tagsüber haben sie öffentlich getagt, und nachts haben sie dann, wie jetzt herausgekommen ist, in der Staatskanzlei weiter mit der SPD verhandelt.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sprechen Sie doch mal zur Sache, Herr Dürr!)

Das ist die Art, wie Sie Politik machen. Wissen Sie was? Das ist alles vorgeschoben. Alles vorgeschoben!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wer jetzt in dieser Art und Weise gegen TTIP polemisiert, dem geht es nicht um Aufklärung und mehr Transparenz. Frau Staudte, es mag ja total populär sein, die Amerikaner als diejenigen hinzustellen, die aus Profitgier unsere Verbraucher gefährden wollen. Ich will Ihnen eines sagen: Ich halte das nicht für populär, sondern für populistisch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei den Enthüllungen beim Fußball-Weltverband, bei der FIFA, waren es die Amerikaner, die als Erste juristisch tätig geworden sind. Beim Thema Dieselgate und Volkswagen waren es die Amerikaner, die tätig geworden sind und das aufgedeckt haben. Mittlerweile werden die Verbraucher dort mehr entschädigt, als es hier in Deutschland und Europa der Fall ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Genau!
Das soll auch noch abgesenkt werden!)

Ich will Ihnen noch einen weiteren Punkt nennen. Zu behaupten, in den Leaks gehe es jetzt um gentechnisch veränderte Lebensmittel, ist hochgradiger Quatsch.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist sogar gelogen!)

- Das ist sogar die Unwahrheit. Danke, Herr Kollege.

Es geht an der Stelle um niedrigere Zölle. Auch das steht in den Papieren. Darin steht nämlich, dass wir niedrigere Zölle auf Autoexporte, also Importe in die USA, wollen. Umgekehrt wollen die Amerikaner niedrigere Zölle auf Agrarprodukte. Es geht um Produkte, die längst in deutschen Supermärkten stehen. In den Papieren ist von gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht mit einem einzigen Wort die Rede.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hier wird mittlerweile bewusst mit Ressentiments gespielt, meine Damen und Herren. Ich habe großes Verständnis und teile die Forderung vieler Menschen, die die hohen Standards der EU und Deutschlands durchgesetzt wissen wollen. Genau das ist nämlich das Ziel deutscher und europäischer Politik bei diesen Verhandlungen. Aber wissen Sie was? Ich habe kein Verständnis für Politiker, die diese Forderung ausnutzen, um im Grundsatz gegen ein Freihandelsabkommen zu Felde zu ziehen.

Diese Renationalisierung und Globalisierungskritik ist nicht nur unehrlich; sie ist am Ende des Tages auch gefährlich. Niedersachsen hat eine Außenhandelsquote, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 70 %. Über 70 % des Bruttoinlandsprodukts sind vom Außenhandel abhängig, meine Damen und Herren.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ohne TTIP!)

Das ist eben nicht nur VW. Das sind auch die Mittelständler in Niedersachsen. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Familien, meine Damen und Herren. 70 %!

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sie springen auf jeden Zug auf!)

Ich halte es für unehrlich, wenn diejenigen, die heute die „Stop TTIP“-Demonstrationen anführen, verschweigen, was morgen für die Menschen auch hier bei uns in Niedersachsen auf dem Spiel steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Den Grünen geht es in Wahrheit um etwas anderes. Ich will einmal von der Webseite von Bündnis 90/Die Grünen zitieren. Da steht:

„Wir GRÜNE haben kein grundsätzliches Problem mit dem Welthandel, allerdings muss er demokratisch kontrolliert sein und darf unseren politischen Zielen nicht entgegenwirken.“

(Jörg Bode [FDP]: Ach so!)

Das sind gleich zwei interessante Informationen auf einmal. Zum einen: Nicht die Menschen, nicht die Mittelständler, nicht die Unternehmen sollen entscheiden, mit wem und wann sie Handel treiben, sondern das sollen Politiker für sie tun. Wissen Sie was? Kuba ist gerade auf dem Weg, sich von einem solchen System zu entfernen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist ja albern, was Sie da konstruieren!)

Mit dem zweiten Teil des Satzes entlarven Sie sich dann endgültig: Der Welthandel „darf unseren politischen Zielen nicht entgegenwirken.“ Das ist die Steigerung von „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Die Überheblichkeit, die in diesen Worten steckt, ist nicht zu ertragen. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Ich halte diese nationale Arroganz der Grünen für brandgefährlich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn ich mir dieser Tage auch die Debatten vom Bundesparteitag der sogenannten Alternative für Deutschland angucke, die fordert, es dürfe nicht die EU verhandeln, sondern das müssten wieder die Nationalstaaten tun, muss ich sagen: Diese

Renationalisierung von Politik können wir wahrlich nicht gebrauchen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Dieses „Zurück“ einiger TTIP-Gegner in eine Zeit, die von Abschottung und krassem Misstrauen der Staaten untereinander geprägt war, ist eine echte Gefahr. Wir sollten es besser wissen! Wir haben die erfolgreichste Freihandelszone der Welt vor unserer Haustür - den europäischen Binnenmarkt, die Europäische Union, den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und vor allem die Freizügigkeit innerhalb der EU. Dagegen richtet sich Ihre Politik in Wahrheit. Wenn Sie so über Freihandel sprechen, dann ist das populistische Stimmungsmache. Das darf nicht die Leitlinie europäischer Politik werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Schließlich spricht jetzt für die Landesregierung der Landwirtschaftsminister. Herr Minister Meyer, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat macht sich die Landesregierung Sorgen über die Forderungen insbesondere vonseiten der US-Landwirtschaft nach Aufweichung europäischer Verbraucherschutzstandards. Solche Forderungen sind nicht nur in den jetzt veröffentlichten Papieren zu finden, sondern auch in aktuellen Interviews, z. B. des US-Landwirtschaftsministers in der *Welt* vom 8. April. Es wird weiter versucht, die bewährten Standards wie die Kennzeichnung von GVO oder das Verbot der Chlorung von Lebensmitteln aufzuweichen. Es wird z. B. gefordert, Hormonfleisch in die EU einführen zu können.

Die Landesregierung hat dazu eine klare Haltung: Verbraucherschutz, Umweltschutz und Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte sind für uns im Rahmen eines Freihandelsabkommens nicht verhandelbar. Jede Seite muss weiterhin demokratisch Grenzwerte, Kennzeichnungen und Verbote von Verfahren, etwa in der Landwirtschaft, festlegen.

Lieber Herr Dürr, natürlich braucht ein Markt Regeln. Sie haben ja gefordert, überhaupt kein Handelsabkommen abzuschließen.

(Christian Dürr [FDP]: Ich habe das Gegenteil gesagt!)

Nicht die Politik soll entscheiden, wie ein fairer Handel aussieht, sondern Sie wollen entscheiden; das soll die Wirtschaft entscheiden.

(Christian Dürr [FDP]: Ihre Nase wird gerade immer länger, Herr Minister!)

Sowohl der europäische Binnenmarkt als auch die übrige Welt braucht faire Handelsregeln, die demokratisch beschlossen werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Ihr seid für Abschottung! Ihr seid für Renationalisierung!)

Deshalb ist unsere Position ganz klar: Hormonfleisch, GVO und Chlorhühner dürfen auch weiterhin nicht auf die Teller der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher gelangen. Die FDP in Niedersachsen - daran erinnere ich noch einmal; und möglicherweise schämen sie sich ja für diesen Antrag - hat in diesem Landtag beantragt, das Chloren von Hühnern zuzulassen. Den Antrag haben Sie am Ende wieder zurückgezogen; das kann man in den Drucksachen nachlesen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie sind für Abschottung und Renationalisierung! Und die Salmonellen-Toten sind Ihnen vollkommen egal, oder Herr Minister? - Diese Arroganz ist grün!)

Das ist Ihnen heute peinlich; das war auch der CDU peinlich.

Der Landtag hat dazu eine Anhörung mit der Geflügelwirtschaft gemacht, die Ihnen noch einmal erklärt hat, wie gut unsere Standards in Europa sind, wie stolz die anderen auf unsere Verfahren ist. Und dann haben Sie den Schwanz eingezogen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir nehmen die Sorgen unserer Landwirtschaft - vielleicht hören Sie ja darauf - sehr ernst. Erst kürzlich hat das Landvolk in Cloppenburg, Vechta, Emsland von der Bundeskanzlerin „klare Kante“ gegen TTIP gefordert. Die niedersächsische Geflügelwirtschaft, vertreten durch Herrn Ripke, hat ihr klares Nein zu TTIP bekräftigt.

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, einen Moment, bitte! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es laufen diverse Randgespräche im Hintergrund, auch an der Regierungsbank. So geht das nicht! Alle, die sich der Debatte widmen wollen, nehmen bitte Platz. Wer das nicht tun möchte, kann gerne rausgehen.

Bei dieser Gelegenheit, Herr Minister, frage ich Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bley zulassen.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ja.

Präsident Bernd Busemann:

Dann hat jetzt Herr Bley das Wort. - Ihre Redezeit, Herr Minister, wird angehalten.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Meyer, Sie haben unsere Region genannt und gesagt, sie habe sich gegen TTIP ausgesprochen. Können Sie das differenziert darstellen? Und können Sie auch bestätigen, dass sich Herr Ripke nicht pauschal gegen TTIP ausgesprochen hat, sondern nur gesagt hat, dass es in einzelnen Passagen Verbesserungen geben muss und nicht das passiert, was von der Presse verkündet wurde?

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Vielen Dank, diese Frage beantworte ich Ihnen gern.

Mir liegt die Ausgabe der *Oldenburgischen Volkszeitung* vom 23. April 2016 vor - das ist die regionale Zeitung bei Ihnen vor Ort.

Die Überschrift des Artikels lautet: „Agrarbranche bangt um Standards.“ Ich zitiere:

„Der Cloppenburgener Kreislandvolkschef Hubertus Berges forderte gestern Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, bei ihrem Treffen mit Obama ‚klare Kante‘ zu zeigen.“

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

„Die Kanzlerin solle das ‚klare Nein‘ des Landvolks zu TTIP deutlich machen, hieß es in einer Mitteilung der Landvolkverbände Cloppenburg, Oldenburg und Emsland. Sie

befürchten eine Aufweichung der hohen EU-Standards in der Nutztierhaltung und in der Lebensmittelerzeugung. Berges: ‚Eine Amerikanisierung der Tierhaltung ist für uns undenkbar. Deswegen lehnen wir TTIP ab.‘“

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

In demselben Artikel äußert sich auch Herr Dierkes von der ISN. Wortwörtlich wird dann auch der Vorsitzende der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft zitiert, den Sie ja gut kennen:

„Friedrich-Otto Ripke lehnt TTIP ab. Deutschland liege bei den Tierschutzstandards in der Geflügelhaltung ‚um Längen vor den USA‘, sagte Ripke.“

Ich habe bislang kein Dementi zu diesen Aussagen gefunden. Sie können die Pressemitteilungen der Landvolkverbände auf deren Homepages nachlesen. Wir nehmen diese Äußerungen sehr ernst. Vielleicht sollten Sie sich einmal mit Ihrem Parteifreund Herrn Ripke auseinandersetzen. Ich habe nur das zitiert, was dazu in der *Oldenburgischen Volkszeitung* gesagt wurde.

Dieser Haltung schließen wir uns an. Wir sind stolz auf unsere hohen Tierschutzstandards in Niedersachsen und in Europa. Wir sind stolz auf unsere hohen Verbraucherschutzstandards.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sind stolz darauf, dass wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern keine Gentechnik und kein Hormonfleisch unterjubeln und dass genmanipulierte Lebensmittel gekennzeichnet werden müssen.

Wenn der US-Agrarminister sagt, die Verbraucher sollen mit ihrem Handy über den Strichcode auf Lebensmittelverpackungen auch Informationen zur gentechnischen Veränderung von pflanzlichen Zutaten scannen - das hat er wortwörtlich so gesagt, und auch der Bundeslandwirtschaftsminister hat das begrüßt -, dann sage ich jetzt als Minister für den ländlichen Raum: Es ist doch eine Illusion, dass man mit einem Handy in einen Laden geht und mittels einer App herausfindet - in manchen Regionen ist der Empfang gar nicht gut genug -, ob genmanipulierte Zutaten enthalten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Frau Emmerich-Kopatsch hat auf die Drucksache 17/1462 hingewiesen: Dort hat der Landtag der Landesregierung ganz klare Maßstäbe für Freihandelsabkommen - Plural - mit auf den Weg gegeben: Erstens geht es darum, dass die Transparenz der TTIP-Verhandlungen verbessert werden muss. - Das sehen wir doch hoffentlich gemeinsam so. Es kann doch nicht sein, dass wir über TTIP-Leaks von Greenpeace oder über Material, das man nur in abgeschotteten Leseräumen lesen darf und worüber man danach nicht sprechen darf, über die Verhandlungsstände informiert werden. Wir haben Transparenz gefordert. Wir haben gefordert, dass der Datenschutz nicht aufgeweicht wird - gerade im Hinblick auf die NSA-Affäre.

(Astrid Vockert [CDU]: Was sagt denn Minister Lies dazu?)

Wir haben eine ganz klare Position: In Europa gültige Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards müssen gewahrt bleiben und dürfen nicht aufgeweicht werden.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, lassen Sie eine Frage von Herrn Dürr zu?

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ja.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich wollte nur sichergehen, dass Sie für die gesamte Landesregierung sprechen. Sie haben gerade deutlich gemacht, dass Sie das Freihandelsabkommen ablehnen. Gilt das für alle Ministerinnen und Minister des Kabinetts?

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Das hat er mit keinem Wort gesagt!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich habe gesagt: Dieser Landtag hat auf Antrag von SPD und Grünen klare Kriterien und Maßstäbe - und daran hält sich die Landesregierung - an Freihandelsabkommen gelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der FDP: Aha! - Astrid Vockert [CDU]: Das war keine Antwort!)

Wir nehmen Landtagsbeschlüsse ernst. Anhand dieser Bedingungen werden wir das natürlich prüfen.

(Zurufe von der FDP: Ah! - Christian Dürr [FDP]: Sie vertreten also nicht das Nein der Grünen!)

- Sie haben doch zu Recht gesagt, dass noch kein TTIP-Abkommen vorliegt. Wir können jetzt lange darüber philosophieren. Wir werden das Abkommen an der Vorgabe messen, dass keine Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards in irgendeiner Form aufgeweicht und keine demokratischen Rechte ausgeschaltet werden. Die Unterschiede im Agrar- und Lebensmittelsektor zwischen der EU und den USA müssen besonderes berücksichtigt werden.

Der Landtag hat uns noch einmal den Auftrag gegeben - und das sollte doch gemeinsames Ziel sein -, dass unsere bäuerlichen Strukturen nicht gefährdet werden dürfen.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, auch Herr Bode möchte noch eine Zwischenfrage platzieren.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Nein, jetzt nicht mehr. Ich will ja gerade ausführen, welche Maßstäbe wir haben. Vielleicht hört er ja zu.

Der Landtag hat fünftens beschlossen, dass ein spezieller Investorenschutz angesichts der ausgebildeten Gerichtssysteme der USA und der EU verzichtbar ist und der Rechtsstatus nicht durch Sonderklagerechte von Konzernen ausgehöhlt werden darf. Und: Durch die Parlamente beschlossene Gesetze und Standards für den europäischen Binnenmarkt dürfen nicht durch Freihandelsabkommen infrage gestellt werden. Es dürfen keine neuen Barrieren entstehen für Erhöhungen von umwelt- und sozialpolitischen Standards sowie Gebühren, Steuern, Abgaben oder Konzessionen, z. B. auf CO₂ und andere Schadstoffe.

(Christian Dürr [FDP]: Sie wollen also weiter verhandeln, das beruhigt mich!)

Der Antrag bzw. der Beschluss, der gefasst wurde, geht noch viel weiter. Die USA müssen endlich - das ist ganz wichtig; darauf hat auch Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch hingewiesen - die grundlegenden Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte der ILO anerkennen; da geht es u. a. um Streiks und um gewerkschaftliche Organisationen. Das ist in den USA nicht überall gewährleistet; deshalb müssen wir das einfordern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Genauso kann es für die Kommunen keinen Zwang zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen geben.

An diesen Maßstäben wird die gesamte Landesregierung Freihandelsabkommen messen. Der Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft, der Arbeitnehmerrechte und der Verbraucherschutz dürfen und werden nicht auf einem Basar im Gegenzug zu Erleichterungen in anderen Sektoren aufgegeben werden. Das ist die ganz klare Haltung der Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 2 c liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich die Besprechung schließen kann.

Wir kommen zu

d) **„Kalter Ausstieg“? - Wie ernst ist es der Landesregierung mit den Islam-Verträgen?** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/5660

(Unruhe)

- Herr Dürr, Sie wollen, dass wir weitermachen?

(Jörg Bode [FDP]: Das ist unsere Aktuelle Stunde!)

- Eben, Herr Bode!

Das Wort hat Herr Dr. Birkner. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Dezember 2014 von Ministerpräsident Weil in einem Zeitungsinterview im Hinblick auf die beabsichtigten Verträge mit DITIB, Schura und der Alevitischen Gemeinde gehört „Wir

planen eine Unterzeichnung Anfang des Jahres“, also im Frühjahr 2015. Im Dezember 2015 hieß es dann, dass die Entwürfe der Verträge nun nur noch durch das Kabinett zur Kenntnis genommen werden sollten, weil man sich nicht mehr ganz sicher war. Denn der Abgeordnete Pantazis hatte sich ja zu Wort gemeldet und laut Zeitungsartikeln vorsorglich an die Einstimmenmehrheit erinnert.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Frau Kollegin Wernstedt hat sich zu Wort gemeldet und vor einer Privilegierung des Islam gewarnt. So wurde offensichtlich die Unsicherheit innerhalb des Regierungslagers größer.

Frau Heiligenstadt hat uns, nachdem das Kabinett diese Verträge nur noch zur Kenntnis genommen und eben nicht beschlossen hat, erklärt, dass das Ziel der Verträge die Integration sei, dass die Regelungen vielfach deklaratorischer Natur seien, insbesondere die Gebetsmöglichkeiten und die Bekleidungsregelungen, und dass es am Ende eigentlich nur darum gehe, ein Signal auszusenden und ein Stück Normalität herzustellen. Mit anderen Worten, das alles waren sehr beruhigende Worte: das Ganze sei deklaratorischer Natur. Eine Synopse wurde vorgelegt. Das alles diene dazu, uns zu signalisieren, dass das eigentlich gar nichts Gravierendes und nichts Tiefgreifendes sei, sondern im Prinzip nur das widerspiegeln, was man schon habe.

Es heißt in einer Erläuterung der Landesregierung im Hinblick auf die Vertragspartner - ich zitiere -: „Mit allen drei Religionsgemeinschaften arbeitet das Land Niedersachsen bereits seit Jahren vertrauensvoll zusammen“.

Meine Damen und Herren, mit anderen Worten: Zu diesem Zeitpunkt war der Landesregierung eigentlich klar, dass der Unterschrift unter diese Verträge eigentlich nichts Wesentliches mehr im Wege steht. Erst auf Drängen von FDP und CDU ist es dann zu einer intensiven öffentlichen Debatte über die Verträge gekommen. Dabei haben wir uns als FDP sehr deutlich positioniert. Wir haben sehr deutlich gesagt, was für uns geht und was für uns nicht geht. Unsere Rahmenbedingungen sind klar. Daran werden wir uns auch festhalten lassen, einschließlich der Bereitschaft, grundsätzlich zu diesen Verträgen zu kommen.

Dann haben wir etwas erlebt, meine Damen und Herren, was sehr erstaunlich war. Ohne dass sich die Landesregierung auch nur in einem Punkt in-

haltlich mit der Kritik, die wir in diesem Hohen Haus auch erörtert haben, auseinandergesetzt hatte, erklärte sie Ende April, dass der Wechsel an der Spitze von Schura hin zu einem Mitglied offensichtlich von Milli Görüs nunmehr der Anlass sei, vorerst nicht mehr zu einer Vertragsunterzeichnung zu kommen. Die Presse hat dann durchaus richtig getitelt: Die Verträge wurden auf Eis gelegt.

Meine Damen und Herren, das Ganze wäre ja irgendwie nachvollziehbar, wenn irgendwann einmal von der Landesregierung ein inhaltlicher Punkt genannt worden wäre, wo sie sich von ihrem eigenen Vertragsentwurf, den sie verhandelt hat, distanziert habe. Doch dazu hat sie nicht ein einziges Wort gesagt.

Allein der Umstand, dass es bei Schura in einer turnusmäßigen Wahl des Vorstandes zu einem Wechsel kommt, reichte aus, um Abstand von den Verträgen zu nehmen.

(Jörg Bode [FDP]: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, das ist ein fatales Signal, das Sie hier aussenden. Denn Sie haben immer gesagt, es sei eine große Errungenschaft, dass sich die Vertragspartner, die Verbände zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannt hätten. Im gleichen Zug sagen Sie, weil aufgrund einer demokratischen Wahl eine Person an die Spitze kommt, der Sie offensichtlich misstrauen: Jetzt stellen wir alles auf null und halten uns nicht mehr an das, was wir vorher gesagt haben! - Das halte ich für fatal, weil gerade hier die demokratischen Spielregeln dazu genutzt werden, die eigenen Interessen vordergründig durchzusetzen und das auszuhebeln, indem es zum Anlass genommen wird, etwas infrage zu stellen, obwohl es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, solche Entscheidungen dann auch zu akzeptieren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Meine Damen und Herren, bei dieser Entscheidung sind offensichtlich nicht die Inhalte entscheidend gewesen, sondern Personen. Ihnen musste doch vorher klar gewesen sein, dass diese Verträge nicht mit Personen, sondern mit den Vereinen geschlossen werden und damit natürlich auch Bestand haben müssen. Man fragt sich dann natürlich, was Sie eigentlich machen, wenn die Katholische Kirche einen Papst wählt, der Ihnen nicht passt. Kündigen Sie dann das Konkordat?

(Beifall bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Eine gute Anregung! Wir diskutieren das einmal!)

Wie gehen Sie eigentlich damit um, dass Sie DITIB und Schura in die Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt entsandt haben? Was bedeutet das eigentlich, Herr Ministerpräsident? Bedeutet Ihre Skepsis gegenüber dem neuen Schura-Vorsitzenden auch, dass Sie auch das zurückziehen wollen? Wird das auch „auf Eis gelegt“? - Daran sieht man doch, dass die Tragweite Ihrer Entscheidung überhaupt nicht durchdacht ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, im Ergebnis zeigt das eines: Entweder haben Sie das Ganze leichtfertig verhandelt, Sie haben Verträge mit einer großen Tragweite am Ende von einer Person abhängig gemacht, und nun erkennen Sie, dass Sie das inhaltlich vielleicht gar nicht halten können, wenn plötzlich ein unerwarteter Wechsel nach einer demokratischen Wahl geschieht, oder Sie haben Angst vor der Diskussion, weil Sie merken, dass die Unruhe in Ihren eigenen Reihen steigt, weil Sie eine Kommunalwahl vor Augen haben, oder Sie versuchen den kalten Ausstieg aus dieser Diskussion in einer ungeeigneten und aus meiner Sicht unverantwortlichen Art und Weise.

(Beifall bei der FDP)

Mit beiden Varianten, meine Damen und Herren, haben Sie gezeigt, dass Sie mit dieser Diskussion überfordert sind und dass Sie bei diesem sensiblen Thema ohne Plan und völlig verantwortungslos agieren. Ich hoffe, dass es gelingt, den Schaden, den Sie allein schon auf der bisherigen Strecke angerichtet haben, wieder zu kitten, und dass es uns dann noch gelingt, zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Zu Wort gemeldet hat sich jetzt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Johanne Modder. Bitte schön, Frau Modder!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Warum heute erneut eine Aktuelle Stunde

von der FDP zu den Verträgen mit den muslimischen Verbänden?

(Jörg Bode [FDP]: Das liegt am Ministerpräsidenten! - Christian Grascha [FDP]: Das liegt an der Verwirrung, die Ihr Ministerpräsident schafft!)

Erst während des letzten Tagungsabschnitts haben wir hier miteinander über die Verträge beraten. Wir waren uns auch, glaube ich, alle einig: Wir wollen, wenn auch mit Änderungen, diese Verträge erfolgreich zum Abschluss bringen.

Meine Damen und Herren, was ist in der Zwischenzeit passiert? - Am vorvergangenen Wochenende - ich nenne es einmal das „Obama-Wochenende“ - hat es in einem der drei muslimischen Verbände, in der Schura, einen völlig überraschenden und unerwarteten Führungswechsel - und zwar nicht nur in der Person des Vorsitzenden - gegeben. Das hat bei vielen zu Irritationen geführt bis hin im Verband selber, meine Damen und Herren. Dass eine solche Situation Nachfragen auslöst, ist aus meiner Sicht etwas ganz Normales und völlig klar.

Dass gerade in einer so hochsensiblen Phase der Vertragsverhandlungen - das ist das Entscheidende, Herr Grascha -,

(Christian Grascha [FDP]: War der nicht vorher schon Geschäftsführer? Saß er nicht auch schon am Verhandlungstisch?)

in der wir miteinander um Änderungen ringen - das wissen Sie selber -, Klärungsbedarf über die neue Ausrichtung des Verbandes besteht, ist zumindest aus unserer Sicht völlig richtig und nachvollziehbar.

(Christian Grascha [FDP]: Sie wissen nicht, was Sie wollen! Das ist das Problem! - Gegenruf von Filiz Polat [GRÜNE]: Können Sie nicht einmal zuhören? - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Ich rede in diesem Haus so viel, wie ich will!)

Die Gespräche mit Schura waren von großem Vertrauen und Respekt geprägt. Das hing natürlich auch mit der Persönlichkeit des bisherigen Vorsitzenden, Herrn Avni Altiner, eng zusammen. Das muss natürlich auch mit dem neuen Vorsitzenden, Herrn Recep Bilgen, neu aufgebaut werden; das ist gar keine Frage.

Natürlich steht auch die Frage im Raum: Wird die Schura in Niedersachsen jetzt über Milli Görüs zentral gesteuert?

Dass dieser Führungswechsel weder bei der FDP noch bei der CDU Fragen aufwirft, nehme ich so zur Kenntnis. Wenn heute in dieser Debatte der Eindruck erweckt werden soll, dass die Landesregierung dieses Vorhaben der Verträge mit den muslimischen Verbänden jetzt nicht mehr mit aller Ernsthaftigkeit verfolge und einen kalten Ausstieg plane, dann ist das - das wissen Sie, Herr Dr. Birkner - falsch.

(Beifall bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Da bin ich mir noch nicht so sicher!)

Sehr geehrter Herr Dr. Birkner, ich unterstütze ausdrücklich den Weg der sachlichen Auseinandersetzung, den Sie bei der letzten Debatte eingeschlagen haben, auch am Vertragswerk selber. Das habe ich während des letzten Plenums sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber wenn Sie jetzt diese Unterstellung in den Raum stellen, man plane den kalten Ausstieg, dann frage ich mich wirklich: Warum machen Sie das eigentlich? Welchen Zweck hat das?

(Jörg Bode [FDP]: Weil der Verdacht nahe liegt!)

- Die Verdachtsmomente sollten Sie ein bisschen überdenken.

Wir von der Fraktionsspitze, die Fraktionsvorsitzenden, haben in der letzten Woche mit dem Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei zusammengesessen. Dort hat sich der Ministerpräsident klar geäußert, dass die Landesregierung an den Verträgen festhält. Wir haben uns sogar gemeinsam darauf verständigt, dass die Verhandlungen mit allen Fraktionen dieses Hauses weitergeführt werden sollen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das hat er vergessen!)

Wir haben auch Gespräche vereinbart. Diese Haltung der Landesregierung hat der Ministerpräsident anschließend sogar in einem gemeinsamen Pressestatement auch der Landespresse gegenüber wiederholt. Sie waren dabei, Herr Dr. Birkner. Deswegen verstehe ich Ihr Ansinnen nicht. Ich frage mich wirklich, was Sie persönlich umtreibt.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das kann ich Ihnen sagen!)

Meine Damen und Herren, zu keinem Zeitpunkt war von „Ausstieg“ oder „Abbruch der Vertragsverhandlungen“ die Rede.

(Christian Grascha [FDP]: Sie wissen ganz genau, dass das Unsinn ist!)

Ich gehe nach den Gesprächen der letzten Woche weiterhin davon aus, dass wir gemeinsam an dem Ziel der Vertragsabschlüsse festhalten. Dazu gehört aber auch - und da richte ich meine Worte an die CDU-Fraktion -, dass auch Sie klar äußern, was Sie wollen und wo Sie Veränderungen haben wollen. Sie dürfen sich nicht länger hinter den Prüfaufträgen an den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst verstecken!

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Hahaha!)

Aus meiner Sicht sollten jetzt sehr schnell die Gespräche mit dem neuen Vorstand der Schura geführt werden, um hier für Klarheit zu sorgen. Wir sollten unsere Änderungswünsche zusammentragen und gemeinsam zu einem Ergebnis kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Staatskanzlei gemeinsam festgestellt: Das Thema der Verträge mit den muslimischen Verbänden eignet sich nicht für parteipolitische Spielchen.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es! - Christian Grascha [FDP]: Das nennt man Debatte!)

Das Thema ist zu wichtig, um es in die Kommalkämpfe oder in Wahlkämpfe insgesamt zu ziehen. Das sage ich ausdrücklich.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Modder, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Herr Birkner würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Johanne Modder (SPD):

Gern.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön, Herr Dr. Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Modder, vor dem Hintergrund, dass die Regierungssprecherin, Frau Pörksen, in der *NWZ* vom 28. April damit zitiert wird, dass es jetzt um die Sorge einer zu großen

Nähe von Schura und Milli Görüs zur AKP ginge, frage ich Sie, wie Sie das hinsichtlich DITIB bewerten, bei der ja die Imame direkt aus der Türkei finanziert werden.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

Johanne Modder (SPD):

Herr Dr. Birkner, wenn Sie Fragen an die Landesregierung haben, müssen Sie die auch an die Landesregierung stellen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ich frage, wie Sie das bewerten!)

Ich bewerte das so, dass ich nach wie vor an diesen Gesprächen mit Schura, mit DITIB und mit den Aleviten festhalte und mich nicht durch irgendeine Bewegung in der Türkei sozusagen irritieren lasse. Ich möchte wissen, mit welchen Vertretern wir es hier in Niedersachsen hinsichtlich der Verträge, die das Land Niedersachsen abschließt und denen wir als Parlamentarier zustimmen müssen, zu tun haben. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Meine Damen und Herren, hier geht es um ein übergeordnetes gesellschaftliches Thema, bei dem die Fragen zu beantworten sind, wie wir die Muslime in unsere Gesellschaft und unsere Wertegemeinschaft einbinden wollen, wie wir Rechte und Pflichten miteinander festlegen wollen, wie wir gesellschaftliche Teilhabe als gemeinsames Ziel festlegen wollen und - das füge ich hinzu, weil ja das auch immer wieder Thema gewesen ist - wie wir uns gemeinsam extremistischen Tendenzen entgegenstellen wollen.

Meine Damen und Herren, wir sollten daran festhalten, die ausgehandelten Verträge hier letztlich mit breiter Mehrheit zu verabschieden. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Modder. - Jetzt hat sich die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Piel, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass der heutigen Debatte über die Verträge mit den muslimischen Verbänden die beiden Vorsitzenden der DITIB und der Schura beiwohnen.

Ich möchte nicht verhehlen, dass uns das Ergebnis der Vorstandswahl der Schura ebenfalls überrascht hat. Mit Avni Altiner hatten wir einen erfahrenen und guten Gesprächspartner. Ich danke ihm an dieser Stelle herzlich für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber auch wenn wir überrascht waren, ist für uns klar: Die Schura bleibt unsere Ansprechpartnerin. Wir freuen uns darauf, weiter mit ihr zu kooperieren, um dem Islam in Niedersachsen vertraglich den Platz einzuräumen, den er in der Realität schon lange hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

„Wie ernst ist es der Landesregierung mit den Islamverträgen?“, fragen Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der FDP. Nun, dass es der Landesregierung nach wie vor ernst mit diesen Verträgen ist, sollte spätestens nach den intensiven Verhandlungen und dem Gespräch klar sein, zu dem unser Ministerpräsident Stephan Weil die Vorsitzenden aller vier Landtagsfraktionen in der letzten Woche geladen hat. Ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten noch einmal für die konstruktive Atmosphäre bei diesem Gespräch.

Was mich interessiert, ist aber: Wie ernst ist es der Opposition mit den Islamverträgen? Bisher hat niemand von Ihnen gesagt, dass er die Verträge nicht will. Das ist auch gut so. Das macht mich zuversichtlich. Und ich nehme Ihr grundsätzliches Bekenntnis zu diesen Verträgen ernst, meine Damen und Herren - so wie wir auch Ihre Kritik an einzelnen Punkten, Herr Birkner, ernst nehmen.

(Christian Dürr [FDP]: Was ist denn Ihre Haltung?)

Dass wir als grüne Landtagsfraktion nicht alle Vorschläge, die gemacht werden, zu 100 % teilen, liegt in der Natur der Sache.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ich habe nie etwas Inhaltliches gehört! Nicht ein Wort!)

Uns sind solche Vorschläge aber durchaus willkommen, und wir sind maximal - das kann ich, glaube ich, für die gesamte Fraktion sagen - bereit, mit Ihnen einen guten Kompromiss zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Thümler, sehr geehrter Herr Birkner, berichtigen Sie mich, wenn ich mich irre: Wir haben uns bei dem Gespräch am Donnerstag gemeinsam dafür ausgesprochen, dass wir diese Verträge wollen. Ich hoffe, und ich wage deshalb auch zu glauben, dass wir im Grundsatz über Folgendes einer Meinung sind:

Es ist richtig, dass die Landesregierung mit den muslimischen Verbänden und mit den Aleviten Verträge abschließt.

Es ist richtig, unsere langjährigen Ansprechpartner so zu stärken.

Es ist richtig, dass wir es den Verbänden ermöglichen, ihre Arbeit zu professionalisieren.

Und da schließe ich ausdrücklich auch Sie ein, Herr Thümler. Wenn Sie, wie es in Ihrer Pressemitteilung vom 28. April geschehen ist, darauf drängen, die Verträge mit den Aleviten nun abzuschließen, dann kann doch auch mit den Verträgen mit Schura und DITIB nichts grundlegend verkehrt sein, denn diese Verträge sind nahezu identisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Verträge sind ein wichtiges Signal an die Musliminnen und Muslime in Niedersachsen, aber auch an die gesamte Gesellschaft. Sie bilden ab, was längst gelebt wird: Musliminnen und Muslime sind Teil unserer Gesellschaft.

Die Verträge sind aber nicht das Ende eines Prozesses, sondern ein Meilenstein am Wegesrand. Den Weg werden wir auch nach Vertragsabschluss fortsetzen. Hierfür bietet die Anpassungsklausel im Vertragsentwurf die notwendigen Mittel und die Möglichkeit. Denn diese Klausel sieht einen intensiven Austausch weit über den Tag der Vertragsunterzeichnung hinaus vor und wird es uns dauerhaft möglich machen, gute Impulse aufzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Dieser Prozess, meine Damen und Herren, hat auch nicht erst mit den Vertragsverhandlungen begonnen. Er hat unter Schwarz-Gelb begonnen, etwa mit den Regelungen zum Islamreligionsunterricht und mit den Regelungen zur Justizseelsorge.

Aber, meine Damen und Herren - und da komme ich zu einem Herzensanliegen dieser Landesregierung -, diese Verträge sind auch ein anderes Signal: Sie sind ein Signal an die Rechtspopulisten von der AfD, die Islamfeindlichkeit als Markenkern für sich entdeckt haben.

Darum mein Appell an Sie alle: Lassen Sie uns an dieser Stelle als Demokraten zusammenstehen, lassen Sie uns das vor der Kommunalwahl schaffen, lassen Sie uns ein weiteres Mal beweisen,

(Christian Grascha [FDP]: Was haben Sie immer mit der Kommunalwahl? Die hat damit nichts zu tun!)

dass dieser Landtag, dass diese vier Fraktionen trotz aller wichtigen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Lage sind, gemeinsam ein Zeichen in Richtung derjenigen zu setzen, die einen Keil in die Gesellschaft treiben wollen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie uns ernsthaft beweisen, dass wir gemeinsam für die grundgesetzlich gebotene Gleichberechtigung aller Religionen eintreten!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Piel. - Jetzt hat sich Björn Thümler, Vorsitzender der CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Thümler!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja nun schon häufiger über die Verträge gesprochen. Es geht aber nicht um die Verträge als solche, sondern es geht um die Inhalte der Verträge. Dazu habe ich auch heute wieder nichts von Ihnen gehört. Das irritiert mich, ehrlich gesagt; denn Sie hatten mittlerweile Zeit genug, sich damit zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Wir warten noch auf Ihre Überlegungen!)

- Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen: Wir hier müssen erst einmal gar nichts überlegen; denn die Mehrheit des Hauses sitzt ja bekanntermaßen dort. Und wie das mit der Mehrheit ist, werden Sie uns ja gleich beim nächsten Tagesordnungspunkt demonstrieren. Denn wenn Sie in der Lage sind, mit einer Stimme Mehrheit verfassungswidrige Beschlüsse zu fassen, dann werden Sie solche Verträge möglicherweise auch ohne uns schließen können, um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Ein Zweites. Wenn Frau Pörksen in der Presse feststellt, dass es bei Schura einen Wechsel im Vorstand gegeben hat, dass man völlig überrascht über das ist, was dort passiert ist, und dass man jetzt alles auf Eis legen muss weil das so nicht geht,

(Anja Piel [GRÜNE]: Aber Herr Thümler!)

dann frage ich Sie: Wo ist denn jetzt bitte schön das Problem? - Herr Bilgen war vorher Geschäftsführer von Schura. Er ist doch kein Unbekannter in der ganzen Szene, und er wird sich sicherlich auch in der Vergangenheit mit diesen Verträgen beschäftigt haben. Was beschwert Sie nun also an dieser Personalie - außer, dass Sie jetzt feststellen, dass Herr Bilgen bei Milli Görüs ist? Aber auch das ist nichts Neues, weil das jeder, der es wissen wollte, schon nachlesen konnte. Also: Wo bitte schön ist Ihr Problem? - Das verstehe ich nicht, und das versteht meine Fraktion auch nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Modder, Sie haben hier behauptet, wir würden uns hinter irgendwelchen Prüfaufträgen verstecken. - Das ist aber nicht der Fall. Uns geht es - ich habe es gerade gesagt - um die Formulierung der Inhalte. Wir haben von diesem Pult aus häufig gesagt, welche Kerngedanken wir in diesen Vertrag aufgenommen wissen wollen, damit wir zustimmen können. Das können Sie im Protokoll nachlesen.

Und weil es auf die Formulierungen ankommt, müssen Sie Sorgfalt vor Eile walten lassen. Das ist der Kern der ganzen Geschichte. Aber dass Sie es damit nicht so genau nehmen, können wir am Beispiel anderer Gesetzesvorhaben sehen.

(Johanne Modder [SPD]: Ach, Herr Thümler!)

Das aber ist mit uns nicht zu machen. Entweder ist es ein vernünftiger Vertrag, oder es gibt am Ende gar keinen Vertrag, meine Damen und Herren. Das muss der Maßstab sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ganz sinnvoll wäre im Übrigen auch, wenn sich der Ministerpräsident hier einmal selbst dahin gehend erklären würde, welches Problem er mit Herrn Bilgen als Vorsitzendem von Schura hat. Es kann ja nicht der Umstand sein, dass Herr Altiner Mitglied der SPD gewesen ist.

(Johanne Modder [SPD]: Jetzt wird es ganz komisch!)

Aber wenn das doch der Fall wäre, meine Damen und Herren, wäre das ein Trauerspiel für die Demokratie in diesem Land. Denn Verträge schließt man ja mit Gruppen und Organisationen ab - weil man davon überzeugt ist, dass es richtig ist, mit ihnen Verträge abzuschließen - und bindet sie nicht an einzelne Personen; Herr Dr. Birkner hat auf die Papstwahl hingewiesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Piel, lassen Sie mich jetzt noch einen Satz zu den Aleviten sagen. Ich bin in der Tat der Auffassung, dass wir mit der Alevitischen Gemeinde sehr schnell zu einem Vertragsabschluss kommen können - und zwar auch unter Berücksichtigung der von uns geforderten Punkte -, weil die Alevitischen Gemeinden nämlich all das akzeptieren. Die anderen beiden Verbände werden das aber nicht akzeptieren, weil sie das aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht können.

Uns geht es darum, dass die Aleviten am Ende des Tages nicht darunter leiden müssen, dass Ihre Landesregierung plötzlich der Auffassung ist, dass bei Schura irgendetwas ganz Schlimmes vorgefallen ist. Das hätte man bitte schön schon vorher wissen können; denn es ist bekannt, wer sich bei Schura organisiert. Das ist nichts Neues.

Deswegen haben Sie in dieser Frage maximalen Schaden angerichtet. Das, was Sie gemacht haben, ist unseriös. Auch das, was Sie, lieber Herr Ministerpräsident, haben erklären lassen, ist unseriös. Das geht so überhaupt nicht. Das ist keine gute Grundlage für den Abschluss von Verträgen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thümler. - Jetzt hat sich die Kultusministerin zu Wort gemeldet. Frau Ministerin Heiligenstadt, bitte schön!

(Jens Nacke [CDU]: Na, Herr Weil, wieder mal sprachlos? - So was Armseliges!)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich als Erstes eines deutlich festhalten: Die Landesregierung steht weiterhin zu diesem für unser Land so wichtigen Vorhaben, und sie erhofft sich eine Unterzeichnung der Verträge mit den muslimischen Verbänden und den Aleviten noch in diesem Jahr.

Wir haben transparent und mit zahlreichen Gesprächsangeboten das Unsrige dazu getan. Die Vertragsentwürfe wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und insbesondere auch den beiden großen christlichen Kirchen sowie den jüdischen Landesverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Hintergrund dieses Verfahrens, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Bestreben, möglichst belastbare und von einer - politisch wie gesellschaftlich - breiten Mehrheit getragene Regelungen zu finden. Mit dieser Zielsetzung sind die abgegebenen Stellungnahmen eingehend geprüft worden. Anregungen für eine Optimierung der Vertragstexte wurden aufgegriffen und mit Schura und DITIB erörtert.

Konkrete Änderungsvorschläge der Opposition zu dem Vertragsentwurf liegen auch weiterhin nicht vor, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese substanziellen Vorschläge gilt es nun zunächst abzuwarten und dann mit den Verhandlungspartnern zu erörtern. Die dafür erforderliche Zeit werden wir nutzen, um Gespräche mit dem neuen Vorstand von Schura Niedersachsen zu führen. Ein erster Gesprächstermin ist für die nächste Woche geplant. Die Landesregierung wird auch mit dem neuen Vorstand konstruktive Gespräche führen.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es notwendig, im Rahmen von Vertragsverhandlungen bei umfangreichen personellen Änderungen im Vorstand auf Seiten eines Verhandlungspartners die gegenseitigen Positionen noch einmal zu beleuchten und sich der wechselseitigen Absichten zu versichern. Dies gilt mit Blick auf die bisherigen Verhandlungen.

So muss z. B. natürlich beleuchtet werden, ob der Vertragsentwurf möglicherweise bei einem nahezu vollständig neu besetzten Vorstand noch auf Zustimmung stößt. Vor diesem Hintergrund sind Gespräche auch über die weitere Zusammenarbeit notwendig. Dem neuen Vorstand muss Gelegenheit gegeben werden, sich zu den ausgehandelten Regelungen zu äußern. Dabei ist zu klären, ob die innerislamische Pluralität der in der Schura organisierten Moscheegemeinden weiterhin gewährleistet ist und nicht einseitig dominiert wird.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, Herr Kollege Bode würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Nein, ich möchte gern erst zu Ende ausführen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Nein. - Bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen eines Gesprächs mit den Fraktionen, welches am letzten Donnerstag stattgefunden hat, hat die Landesregierung den Eindruck mitgenommen, dass alle Beteiligten gemeinsam den Abschluss entsprechender Verträge mit den islamischen Religionsgemeinschaften Schura und DITIB sowie mit der Religionsgemeinschaft der Alevitischen Gemeinde Deutschland anstreben. Lassen Sie uns dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren, und lassen Sie uns über die Inhalte des Vertrags sprechen!

Es geht z. B. darum, auf der einen Seite die Rechte und Bedürfnisse der Menschen islamischen bzw. alevitischen Glaubens in Niedersachsen zu benennen und zu bestätigen und auf der anderen Seite auch deren Beiträge und Verpflichtungen im Hinblick auf eine aktive Gestaltung des vielfältigen gesellschaftlichen und religiösen Lebens in Niedersachsen festzuhalten und auch einzufordern.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Ministerin, Herr Kollege Birkner würde Ihnen jetzt gern eine Zwischenfrage stellen wollen.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident, ich habe es schon gesagt: Ich würde gern im Zusammenhang ausführen.

Die mit den Vertragspartnern angestrebten Regelungen beziehen sich auf eine Vielzahl von Regelungstatbeständen bzw. Themen, von religiösen Feiertagen über den Bau und Betrieb von Moscheen bis hin zu Cem-Häusern, zum Bildungswesen oder z. B. auch zum islamischen Religionsunterricht.

Es gibt eine ganze Menge zu erörtern. Vieles ist in den Vertragsentwürfen festgelegt. Die Landesregierung verhält sich weiterhin konstruktiv und hofft auf einen zügigen Abschluss der Gespräche.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich frage noch einmal, Frau Ministerin. Herr Birkner würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. - Das hat sich aber wohl erledigt.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Zusätzliche Redezeit!)

- Okay. Herr Kollege Birkner, FDP-Fraktion, Sie bekommen zusätzliche Redezeit: anderthalb Minuten. Bitte schön!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte von der Landesregierung gerne erfahren, wie sie das, was die Regierungssprecherin im Namen des Ministerpräsidenten ausgeführt hat, sieht. Da hieß es ja, man habe Sorge vor einer zu großen AKP-Nähe, man wolle sehen, wie sich Milli Görüs und Schura vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Türkei entwickeln und wie sie sich dazu positionieren.

Erstens. Wie sehen Sie das konkret? - Diese Äußerung seitens der Regierungssprecherin wurde ja in der Zeitung wiedergegeben.

Zweitens. Wo ist eigentlich der qualitative Unterschied zu dem, was wir bei DITIB beobachten? - Wenn das das Kriterium ist, frage ich: Warum haben Sie gegenüber DITIB bisher anders agiert? - Diese Unterscheidung kriege ich bisher nicht zusammen. Es bleibt am Ende dabei, dass Sie hier nicht mit offenen Karten spielen. Frau Modder, ich muss auch deutlich sagen: Angesichts dieses widersprüchlichen Verhaltens, das der Ministerpräsident in den letzten zwei Wochen hier an den Tag

gelegt hat, entsteht natürlich der Eindruck, dass dort nach einer versteckten Agenda gespielt wird.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Birkner, nein! Das wissen Sie doch! Das ist doch nicht Ihre Art, Politik zu machen!
- Weitere Zurufe)

Ich verstehe auch nicht, warum Sie so eine Angst vor dem Wähler haben. Sie müssen Ihre Politik doch erklären können. Offensichtlich aber können Sie das nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Birkner, ich habe gerade ausgeführt, dass wir ein sehr großes Interesse daran haben, zu einem zügigen Abschluss der Verträge zu kommen. Wir haben die Vertragsentwürfe sehr transparent auf den Tisch gelegt, und wir haben Sie zu einem sehr frühen Zeitpunkt gebeten, entsprechende Vorschläge bzw. Hinweise zu geben. Sie sind weiterhin aufgefordert. Ich habe mehrfach Dialogbereitschaft signalisiert.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir haben mehrfach gesagt, was wir wollen! Lesen Sie die Protokolle nach! - Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Wir warten gern darauf, dass konkrete Änderungsvorschläge eingereicht werden. Wir werden natürlich die Zwischenzeit nutzen - - -

(Zurufe von der FDP)

- Wollen Sie, dass ich Ihre Frage beantworte? Ich mache das gern. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß gar nicht, warum Sie momentan so aufgeregt sind.

Wir reden auf der einen Seite mit den Fraktionen. Wir haben aber auf der anderen Seite die Vertragspartner auf gleicher Augenhöhe. Das sind die Alevitische Gemeinde Deutschland, die DITIB und die Schura Niedersachsen. Natürlich müssen wir die Änderungen, die die Fraktionen vorschlagen, mit den Vertragspartnern erörtern.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist ja selbstverständlich!)

Wir haben die Ergebnisse der Anhörung ausgewertet und mit den Vertragspartnern erörtert. Ich denke, das ist eine gute Grundlage, auf der wir möglicherweise weitere Erörterungen vornehmen.

Ich habe ausgeführt, dass es nicht so einfach ist, wenn kurz vor dem Abschluss eines Vertragsprozesses ein doch großer Teil eines Vorstandsgremiums ausgetauscht wird. Dann muss man erst einmal miteinander reden und sich gegenseitig darüber versichern, ob es irgendwelche inhaltlichen Gründe gibt, und man muss diese Vertragsentwürfe besprechen.

(Zuruf von Dr. Stefan Birkner [FDP])

Wir werden in der nächsten Woche ein Gespräch führen. Ich habe die Fraktionen so verstanden, dass auch sie Gespräche mit dem neuen Vorstand führen werden und entsprechende Signale senden werden.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD] - Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Insofern ist das ein relativ normaler Vorgang, der weitere Gespräche erforderlich gemacht hat. Wir sind weiterhin daran interessiert, sehr zügig zu einem Abschluss zu kommen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das war doch keine Antwort auf die Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es hat sich der Ministerpräsident gemeldet. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor wir hier die praktische Übung am Phantom fortsetzen,

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist kein Phantom!)

- will ich einfach klarstellend darauf hinweisen, dass Frau Pörksen gegenüber der *dpa* in aller Form die entsprechende Äußerung dementiert hat.

(Christian Grascha [FDP]: Ihre eigene Äußerung?)

Es ist schade, dass das erkennbar nicht herumgesandt worden ist.

Lassen Sie mich der guten Ordnung halber noch sagen: Für uns sind bei der Frage, wie wir zu einem Vertrag gelangen, nicht die Verhältnisse in der Türkei maßgeblich, sondern die Verhältnisse in Niedersachsen. Uns kommt es darauf an, dass wir miteinander Vertragsverhandlungen führen und Vertragspartner haben, die innerhalb Niedersachsens die entsprechenden Interessen vertreten und insbesondere in diesem Sinne als Niedersachsen vereinbarungsbefugt sind. Das ist der entscheidende Punkt des Ganzen. Darüber haben wir auch im Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden gesprochen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir auf den sachlichen Kern zurückkommen könnten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Zu Wort gemeldet hat sich jetzt der Herr Fraktionsvorsitzende Björn Thümler, CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Thümler!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Weil, das Problem ist, dass die Muster, in die Sie verfallen, immer wieder die gleichen sind.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Frau Pörksen erzählt irgendjemandem irgendetwas, von dem anschließend behauptet wird, das sei zurückgenommen worden

(Christian Grascha [FDP]: Oder nicht gesagt worden!)

- oder nie gesagt worden, und die, die es gehört haben, hätten es nicht gehört, weil sie es falsch gehört hätten. Damit diskreditieren Sie die Vertragspartner, die von demokratischen Rechten Gebrauch gemacht haben. Ich finde, Sie hätten sich hier für das entschuldigen können, was gerade von Frau Pörksen gesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Übrigen geht es in der Frage nicht um parteitaktische Spielchen, sondern um ernsthafte Fragen, die sich aus einem Vertrag ergeben. Nachdem Sie nun auch immerhin schon quasi drei Jahre verhandeln und etwas vorgelegt haben, können Sie doch nicht die Erwartung hegen, dass das Parla-

ment innerhalb von wenigen Wochen über das Stöckchen springt, nur weil das gerade so in Ihren Kram passt. Das wird hier nicht passieren, nur dass das einmal klar ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es bleibt dabei, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht und dass auf dem Weg auch Befindlichkeiten Dritter mitzunehmen sind. Dabei geht es nicht um die Kirchen. Wir sollten im Übrigen aufhören, so zu tun, als handele es sich bei den Verträgen mit den muslimischen Verbänden um staatskirchenähnliche Verträge. Das sind sie nicht. Das werden sie auch nicht. Das weiß auch jeder. Deswegen sollten wir erst gar nicht so tun.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

- Frau Modder, das machen Sie fortwährend, immer wieder,

(Johanne Modder [SPD]: Nein! Das hat doch keiner gemacht!)

- weil Sie von Staatsverträgen reden. Die gibt es überhaupt nicht.

(Anja Piel [GRÜNE]: Das haben Sie doch mit dem Konkordat verglichen! - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, lassen Sie es doch einfach so laufen, wie es läuft. Das wird ein vernünftiges Verfahren sein und nicht so ein verquasteter Kram, den Sie hier anrichten. Das ist das Problem, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thümler. - Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließen wir diesen Punkt. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Einsetzung eines 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - „Mögliche Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen“ - Antrag der Abgeordneten Jens Nacke (CDU) und Christian Grascha (FDP) und 48 weiterer Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5502 - Änderungsantrag der Fraktion der

CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5562 - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 17/5639 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5682

Der Ältestenrat hat, wie der Beschlussempfehlung zu entnehmen ist, den Antrag in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/5562 beraten. Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP empfiehlt er dem Landtag, den Antrag in der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung anzunehmen. Diese Fassung entspricht dem von der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ältestenrat vorgelegten Änderungsvorschlag.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

In der Drucksache 17/5682 wurde heute nun ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP vorgelegt, der auf eine Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit einem anderen Untersuchungszeitraum zielt. Während die Beschlussempfehlung des Ältestenrates den Beginn des Untersuchungszeitraums ab Anfang 2011 vorsieht, sieht der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP als Beginn den 19. Februar 2013 vor.

Bereits an dieser Stelle weise ich zur Erläuterung darauf hin, dass der Landtag nach Artikel 27 der Verfassung das Recht und auf Antrag von mindestens einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht hat, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

Zu dem Antrag in der Drucksache 17/5502 liegen 50 Unterschriften vor. Das nach unserer Verfassung erforderliche Quorum von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Landtages ist damit erreicht. Der Landtag hat also die Pflicht, den beantragten Untersuchungsausschuss einzusetzen. - Das vorab.

Jetzt kommen wir zur Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Jens Nacke, CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Nacke!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, warnt davor, die Gefahr durch den internationalen Terrorismus zu unterschätzen. So oder so ähnlich konn-

te man es am Montag in allen Tageszeitungen nachlesen, und zwar in einem Bericht über ein Symposium vom Wochenende.

Beispielhaft habe ich *Die Welt* vom vergangenen Montag herausgesucht. Dort heißt es als Zitat von Präsident Maaßen:

„Wir müssen künftig multiple Anschlagszenarien einkalkulieren, durch mehrere Zellen, gegen verschiedene Ziele und möglicherweise über mehrere Tage.“ „Neben im Auftrag des IS handelnden Mordkommandos ... kämen auch Dschihad-Rückkehrer ... als Täter in Frage.“

Und weiter:

„Eine hohe Gefahr gehe zudem von Einzelpersonen und Kleingruppen aus, die zwar keinen Auftrag hätten, aber etwa über das Internet radikalisiert und von der Ideologie des IS inspiriert seien. Maaßen verwies auf die stark steigende Zahl von Salafisten in Deutschland.“

So weit das Zitat aus der *Welt* vom Montag.

Maaßen weist also noch einmal darauf hin, dass die Sachverhalte, wie wir sie in Niedersachsen erleben, ganz konkrete Gefahren für die Menschen in diesem Land sind.

Leider mussten wir erleben, dass einer der schwersten Anschläge, die auf das Konto des Salafismus gehen, in unserem Bundesland - auf dem Hauptbahnhof in Hannover - stattgefunden hat; eine 15-jährige Attentäterin hat einen Polizisten attackiert.

Leider müssen wir erleben, dass es in Niedersachsen eine Hochburg von Personen gibt, die in Richtung der Kriegsgebiete ausreisen wollen, um sich dem IS anzuschließen und für den IS zu kämpfen.

Wir wissen, dass bei der Bekämpfung dieser Phänomene Fehler gemacht worden sind. Das ist offenkundig geworden. Das ist auch von den Fraktionen von SPD und Grünen eingeräumt worden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen eben nicht, warum das so ist. Da gilt es, auch aus Sicht des Parlamentes Aufklärung zu betreiben.

Ich nenne Safia S. als Beispiel. Wir wissen natürlich, dass es Hinweise auf die Attentäterin gegeben hat; aber unklar ist, warum diesen Hinweisen nicht im gebotenen Maße nachgegangen wurde. Wir wissen inzwischen, dass es - offensichtlich in

der Türkei - Kontakt zum IS gegeben hat; wir wissen aber nicht, warum das an den niedersächsischen Sicherheitsbehörden vorbeigegangen ist und warum es dem Niedersächsischen Landtag bei dem Bericht im Ausschuss vorenthalten wurde.

Ich nenne die ausreisewilligen Personen aus Niedersachsen. Warum kann man die Ausreise nicht verhindern? Warum kann im Bereich der Gefahrenabwehr nicht so intensiv Vorsorge betrieben werden, dass die Ausreise, so irgend möglich, verhindert werden kann?

Gleiches gilt für die Überwachung als salafistisch erkannter Moscheen.

Darum, meine Damen und Herren, geht es uns, wenn wir heute darüber reden, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Wir wollen, dass die Schwachstellen und Versäumnisse aufgeklärt werden, um für mehr Sicherheit für die Menschen zu sorgen. Wir wollen die Sachverhalte nachvollziehen können, damit wir Verbesserungsvorschläge unterbreiten können, und zwar so schnell wie möglich, im Interesse der Menschen im Lande Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Warum haben wir uns entschieden, dafür das parlamentarische Mittel eines Untersuchungsausschusses zu wählen? - Weil wir erkannt haben, dass es keine andere Möglichkeit für uns gibt. Fragen, die wir zum Thema Salafismus gestellt haben, werden viel zu spät und unvollständig beantwortet.

Es ist kein Zufall, dass es das Innenministerium war, das in zwei von drei Fällen vor dem Staatsgerichtshof ausdrücklich verklagt wurde, weil es Fragen nicht korrekt beantwortet hat; Verfassungsverstoß ist festgestellt worden.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Wir stellen fest, dass zu den Ausschussunterrichtungen zum Thema Salafismus nicht etwa der Minister oder ein Staatssekretär kommt, sondern Vertreter nachgeordneter Behörden geschickt werden. Zum Vergleich: Wenn es um das Thema Wolf geht, dann kommt eine Staatssekretärin. Aber wenn es um eine der größten Gefahren, die wir derzeit in unserem Lande sehen, geht, dann kommt niemand mehr, dann traut sich kein Minister in den Ausschuss, dann kommt kein Staatssekretär. Das ist für uns unbefriedigend.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: Unfasslich! Unmöglich!)

Auf die Frage, wann der Minister beteiligt worden ist, bekommen wir keine Antwort.

Entscheidend ist an dieser Stelle, dass man am Ende feststellen muss, dass die Arbeit der Sicherheitsbehörden - darum geht es bei einem solchen Untersuchungsausschuss - eingeschränkt wird. Sie bleibt hinter den Möglichkeiten zurück, die wir als Gesetzgeber hier einmal gemeinsam festgelegt haben, damit kein politischer Ärger entsteht. Das ist der Vorwurf, den wir dieser Landesregierung machen. Das ist die Behinderung der Sicherheitsbehörden in diesem Lande. Das ist die Gefährdung der Sicherheit der Menschen in diesem Lande, die es in diesem Untersuchungsausschuss aufzuklären gilt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen ist die Ausweitung des Untersuchungsauftrages an dieser Stelle völlig unlogisch. Es geht uns nicht um die Sachverhalte von irgendwann, um das Phänomen Salafismus. Darüber können Sie sich gerne unterhalten. Uns geht es derzeit darum, wie die Sicherheitsbehörden bei den konkreten Gefährdungslagen, die wir jetzt haben, und bei den Sachverhalten, die ich Ihnen gerade beschrieben habe, arbeiten. Uns geht es darum, dass sie ihre Arbeit verbessern können. Das Phänomen Salafismus können Sie von mir aus in Ihren Fraktionssitzungen besprechen. Darum geht es hier nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Janssen-Kucz schlägt heute plötzlich vor, einen Sonderausschuss einzusetzen; das sei das geeignetste Gremium. Frau Kollegin, es hat dazu keinen Antrag von Ihnen gegeben, keine Initiative. Sie möchten hier Nebelkerzen werfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich höre jetzt: Der Umfang der jetzt vorzulegenden Akten ist viel zu groß; das kann man nicht bewältigen. - Es gibt aber keine Initiative des Ministers zur Frage der Aktenvorlage. Anders ist beispielsweise Minister Lies vorgegangen. Er ist, als es um Akten zum JadeWeserPort und um Akten zu VW ging, direkt auf die Opposition zugegangen. Er hat gesagt: Tauschen wir uns darüber aus, wie wir es hinkriegen, dass euer berechtigter Informationsanspruch erfüllt wird und gleichwohl mein Ministerium das leisten kann. - Dieser Minister kann das nicht.

Dieser Minister will das nicht. Er meckert nur an falscher Stelle herum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister Pistorius, Sie sind offenkundig überfordert. Unterhalten Sie sich einmal mit Ihrem Kollegen Wenzel! Er wird sich daran erinnern können, in welchem Umfang und welchem Ausmaß hier das Privatleben eines ehemaligen Ministerpräsidenten hinterfragt wurde. Im Vergleich dazu sind die Fragen zum Salafismus, die wir bisher gestellt haben, aber Kindergeburtstag!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie die Aktenvorlage ausgerechnet in diesem Raum kritisieren, darf ich Sie bitten, den Blick nach oben zu werfen. Alle Schränke, die Sie hier sehen, hat dieser Minister mit Akten zum PUA gefüllt. Im Vergleich dazu sind die Akten, die Sie vorlegen müssen, Kindergeburtstag! Es ist lächerlich, hier zu sagen, die heutigen Oppositionsfraktionen hätten ein deutlich weiteres Auskunftsbedürfnis als die früheren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist zu Recht ein Minderheitenrecht. Das werden wir uns von Ihnen ganz sicher nicht nehmen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zurufe von den GRÜNEN: Das will doch auch keiner!)

Für einen Untersuchungsausschuss gilt: Thema und Umfang der Untersuchung richten sich nach dem Antrag. Ansonsten wird ein solches Minderheitenrecht obsolet. Deswegen haben wir den Änderungsantrag, den wir nach Hinweisen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu unserem Ursprungsantrag gestellt hatten, heute noch einmal eingebracht.

Es geht uns um die Arbeit dieser Landesregierung. Denn es ist eine der Aufgaben der Opposition, die Arbeit der Landesregierung wirksam zu kontrollieren, ihre Fehler aufzudecken, wirksam zu hinterfragen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Sie haben in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben, dass Sie die Arbeit der Sicherheitsbehörden inhaltlich und strukturell anders ausrichten wollen. Wir wollen jetzt wissen, ob diese inhaltlich und strukturell andere Ausrichtung dazu geführt hat, dass die Sicherheit der Menschen im Lande gefährdet ist, weil Sie dem Salafismus nicht mehr ordnungsgemäß begegnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darum geht es in diesem Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Weil das in diesem Haus gute Sitte ist und weil wir es immer so kennengelernt haben - auch in den zehn Jahren, in denen wir eine Mehrheit hatten und Regierungsverantwortung trugen -, sind wir davon ausgegangen, dass hinsichtlich eines Untersuchungsausschusses ein Kompromiss erzielt werden kann - aber natürlich nur so, wie es die Verfassung vorsieht, nämlich dass der Kern des Auftrags erhalten bleibt.

Das der Grund, warum wir Ihnen im letzten Plenum den Kompromissvorschlag gemacht haben, über unser eigentliches Aufklärungsbedürfnis hinaus auch das Jahr 2012 einzubeziehen. Sie wollen 2011, wir wollten 2013. 2012 wäre der klassische Kompromiss gewesen. Sie sind dazu nicht bereit gewesen. Wir fühlen uns an diesen Kompromissvorschlag nicht mehr gebunden. Er entsprach ohnehin nicht unserer Intention, sondern ging deutlich darüber hinaus. Dass Sie das ausgeschlagen haben, spricht für Sie.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ja, das spricht für uns! Das finde ich auch!)

Sie haben offenkundig die Absicht, die Fehler der Regierung zu vertuschen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

So schließt sich das hier nun an. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Das müssen auch Sie selbst einmal hinterfragen.

Die Aktenvorlage ist das erste Recht der Opposition, das von dieser Landesregierung mit Füßen getreten wurde - verfassungswidrig, wie der Staatsgerichtshof festgestellt hat.

Das Fragerecht ist das zweite Kontrollrecht der Opposition, das von dieser Regierung mit Füßen getreten wurde - verfassungswidrig, wie der Staatsgerichtshof festgestellt hat.

Nun geht es um das Recht auf einen Untersuchungsausschuss, das schärfste Schwert, das Königsrecht der Opposition. Auch das wollen Sie mit Füßen treten. Erneut zwingen Sie uns dazu, den Staatsgerichtshof zu einer Entscheidung zu bringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist nicht hinnehmbar. Was Sie hier machen, entspricht überhaupt nicht dem, was Sie vorher einmal verkündigt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich zumindest den Anspruch: Wenn Sie sich heute schon entscheiden, in dieser Art und Weise unseren Antrag zu verwerfen, dann machen Sie das bitte auch deutlich. Deswegen beantrage ich - der Antrag ist heute extra noch einmal eingereicht worden; ich habe ihn vorhin angesprochen -, dass heute in der Sitzung - anders, als es üblicherweise nach der Geschäftsordnung geplant ist -, von mir aus auch unter Zuhilfenahme von § 99, wenn es erforderlich ist - ich glaube, dass das gar nicht zwingend ist -, über den Ursprungsantrag von CDU und FDP in der von uns geänderten und gewünschten Form abgestimmt wird, bevor Sie Ihren verfassungswidrigen Beschluss fassen, dem wir natürlich nicht mehr zustimmen können - das ist doch völlig klar -, wenngleich wir uns einen Untersuchungsausschuss natürlich dringend wünschen.

Das, was Sie hier heute machen, ist in einer parlamentarischen Demokratie nicht hinnehmbar. Sie sollten sich schämen, dass Sie heute erneut die Verfassung brechen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Jetzt hat sich zu Wort gemeldet: Grant Hendrik Tonne, SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Tonne!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden am heutigen Tag den 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Niedersachsen einsetzen.

(Jörg Bode [FDP]: Ja, Ihren!)

Ich glaube, es ist einmalig in der Geschichte von Untersuchungsausschüssen, dass die beantragenden Fraktionen - in diesem Fall die Opposition - bereits vor Einsetzung des Ausschusses so, wie hier eben gerade geschehen, erste Absetzbewegungen machen.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es! -
Christian Grascha [FDP]: Zu Ihrem Antrag!)

Herr Nacke, Ihre Rede war eine einzige Absetzbewegung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine großspurige Ankündigung im März. Dann dauerte es wochenlang, bis Sie in der Lage waren, uns überhaupt einen Antrag vorzulegen.

(Christian Grascha [FDP]: Sie können doch keinem Verfassungsbruch zustimmen, Herr Kollege!)

Dann wurde dieser Antrag willkürlich und wild verändert; fast täglich eine neue Jahreszahl.

(Christian Grascha [FDP]: So ein Quatsch!)

Dann folgte vermutlich die Erkenntnis, wie viel Arbeit damit verbunden ist, und heute eine Rede von Ihnen zu dem, was Sie vermeintlich möchten, die mit dem vorgelegten Text maximal noch partiell in Einklang zu bringen ist. Das sind Absetzbewegungen, Herr Nacke.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen sich mit möglichen Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen beschäftigen. Bereits der Titel wurde im Ältestenrat verändert. Das Wörtchen „möglich“ fehlte ursprünglich, und das macht Ihr eigentliches Problem sehr offensichtlich: Für Sie steht das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses längst fest.

(Johanne Modder [SPD]: Darum geht es!)

Der Untersuchungsausschuss ist eine reine Alibiveranstaltung. Es fehlt Ihnen der Wille zur Aufklärung, zur Recherche und zum sachlichen Auseinandersetzen. Sie wollen einzig und alleine skandalisieren. Das ist eine billige Masche. Da machen wir nicht mit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Islamismus und Salafismus sind keine völlig neuen Erscheinungsformen, weder in Deutschland noch in Niedersachsen. Niedersachsen ist auch nicht weniger sicher im Vergleich zu Bayern, Hessen, Berlin und sonst einem Bundesland oder Deutschland. Entsprechend den Veränderungen auf der politischen Weltkarte allerdings verändern sich auch Ausmaß und Schwerpunkt des Terrorismus.

Ihr durchschaubarer Ansatz hingegen, zu behaupten, die Themen seien alle erst mit dem 19. Februar 2013, mit der Regierungsverantwortung von Rot-Grün, aktuell geworden,

(Johanne Modder [SPD]: Lächerlich!)

ist doch nun wirklich so dermaßen abwegig, dass nicht einmal Ihre eigenen Leute Ihnen das glauben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das hat keiner gesagt!)

Für meine Fraktion sage ich in aller Deutlichkeit: Wir halten die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses für überflüssig.

(Christian Dürr [FDP]: Und warum richten Sie ihn dann ein? - Christian Grascha [FDP]: Warum weiten Sie ihn dann aus?)

Alles, was es an Informationen bedarf, ist auf dem Wege von Unterrichtungen, auf dem Wege von Anfragen und mit den üblichen parlamentarischen Möglichkeiten erreichbar. Möglicherweise kann man durch die genauere Betrachtung der vorliegenden Fälle Erkenntnisse erlangen und auch Empfehlungen abgeben. Das aber geht gerade nicht mit einem Untersuchungsausschuss, da hier andere Regeln gelten.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Tonne, der Kollege Dürr möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Nein, keine Fragen!

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Okay. - Bitte schön!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Wir werden hier über einen Untersuchungsausschuss reden, für den zu Recht sehr hohe Geheimhaltungsmaßstäbe gelten werden. Wir reden über einen Ausschuss, der häufig mindestens vertraulich und damit unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen wird. Wir reden möglicherweise über Zeugen, deren Namen wir nicht einmal benennen dürfen, weil es eben um hochsensible Daten geht. Deshalb erwarten wir von Ihnen einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Thema.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Trotzdem haben Sie sich von der Opposition für den Weg eines Untersuchungsausschusses entschieden. Das ist Ihr gutes Recht, auch wenn das Ergebnis dieser Ausübung nach meiner Einschätzung falsch ist. Was wir aber nicht mitmachen werden, ist, dass Sie mit den Sorgen und Ängsten der Menschen in Niedersachsen spielen, dass Sie, wie auch eben gerade wieder, den Eindruck vermitteln, man müsse in Niedersachsen in Angst leben, könne sich nicht mehr ganz frei entscheiden und müsse sich einschränken. Das, meine Damen und Herren, sind politische Spielchen. Ich empfinde sie als empörend. Genau deshalb werden wir Sie zur Sacharbeit zwingen!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genau deshalb werden wir auch den Änderungsantrag stellen, den wir vorgelegt haben,

(Christian Grascha [FDP]: Den haben Sie schon gestellt!)

und genau deshalb werden wir Sie zwingen, sich mit dem Phänomen Islamismus/Salafismus in einem sinnvoll abgerundeten sachlichen Kontext auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Wollen Sie eine Gruppentherapie machen?)

Dieser sachliche Kontext besteht vom Beginn des Syrienkrieges bis heute und ist eben nicht abhängig von dem Datum der Wahl eines Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn wir den Zusammenhang zwischen Salafismus, Ausreisen in dschihadistische Gebiete, Wiedereinreisen, Anwerbeversuchen und einer vermeintlichen Radikalisierung untersuchen wollen, dann müssen wir beim Beginn des Syrienkrieges ansetzen.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es!)

Wenn wir Phänomenen, Auswüchsen und Gefahren des radikalen Islamismus auf den Grund gehen wollen, müssen wir beim Beginn des Syrienkrieges ansetzen.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist doch Quatsch! - Björn Thümler [CDU]: Warum muss man in Syrien anfangen?)

Ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit, dass man hier in Niedersachsen sicher ist und dass man hier auch sicher leben kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Warum in Syrien anfangen? Fangen Sie doch im Irak an!)

Die Ereignisse um die Absage des Schoduvelds in Braunschweig und die Absage des Länderspiels haben im Übrigen auch gezeigt, dass die Frühwarnsysteme funktionieren.

(Volker Meyer [CDU]: Nichts funktioniert! Gar nichts!)

Ich danke an dieser Stelle deutlich und überzeugt unseren Sicherheitsbehörden für ihre gute, für ihre hochwertige Arbeit. Niemand von denen hat es verdient, dass ihre Arbeit von dieser Opposition in Niedersachsen permanent schlechtgeredet wird.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Ein solcher Quatsch!)

Zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass ebendiese Landesregierung es war, die den Verfassungsschutz modernisiert und technisch auf den Stand der Zeit gebracht hat.

(Widerspruch bei der FDP)

Es war diese Landesregierung, die mittels Vorrats-einstellung für mehr Polizistinnen und Polizisten gesorgt hat. Und es ist diese Landesregierung, es sind Innenminister Boris Pistorius und die Präsidentin des Verfassungsschutzes, Frau Brandenburger, die sich um eine fachlich versierte, um eine wissenschaftliche Begleitung der Extremismusbekämpfung kümmern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der vorliegende Fall von Safia S. ist ein zutiefst bedauerlicher Einzelfall. Und jeder Einzelfall ist selbstverständlich einer zu viel. Ich darf von dieser Stelle die besten Wünsche für eine vollständige Genesung an den verletzten Polizisten übersenden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Jeder Einzelfall muss sauber aufgearbeitet werden, ob es Möglichkeiten der verbesserten und noch schnelleren Zusammenarbeit gibt. Hieraus, wie von Ihnen immer wieder geschehen, ein systemisches Versagen machen zu wollen, hieraus eine politische Einflussnahme ableiten zu wollen, ist völlig abwegig. Ihr Versuch, dieses Land unsicher zu reden, wird scheitern!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was erleben wir auch heute wieder von der Opposition? - Ablenkungsmanöver! Man prüfe, nach Bückeburg zum Staatsgerichtshof zu gehen. - Herr Nacke, ich weiß nicht, was Sie dabei antreibt. Offensichtlich ist es die blanke Angst vor der eigenen Verantwortung vor 2013. Anders kann doch niemand mehr erklären, warum Sie sich dem einzig sinnvollen Datum, dem Beginn des Syrienkrieges, verweigern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben keine Ihrer Fragen verändert. Wir haben keine Zielrichtung auch nur einer Ihrer Fragen verändert. Sie selbst haben einige Fragekomplexe zeitlich völlig unbefristet eingereicht. Und jetzt wollen wir zur Abrundung des Gesamtbildes eben auf den Beginn des Syrienkrieges einlenken. Und deshalb wollen Sie vor den Staatsgerichtshof ziehen? - Das können Sie machen, aber damit legen Sie Ihre eigentliche Absicht dar: Sie wollen skandalisieren, Sie wollen nicht aufklären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie werfen uns vor, Herr Nacke, unsere Erweiterung würde zu einer Flut an unwichtigen Akten führen. Das ist übrigens derselbe Herr Nacke, der mitverantwortlich ist für ein zeitlich komplett uneingeschränktes Aktenvorlagebegehren an den Verfassungsschutz. Seit Wochen, meine Damen und Herren, werden Behörden in ganz Niedersachsen mit einem komplett unsinnigen Akteneinsichtsbegehren der Opposition lahmgelegt! Das ist doch der eigentliche Missbrauch von Parlamentsrechten, meine Damen und Herren!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Die GdP hat gestern in einer Pressemitteilung noch einmal eindringlich gewarnt und Sie darauf

hingewiesen, dass Ihre Forderung nach einem Untersuchungsausschuss die gerade erfolgte und notwendige Verstärkung des polizeilichen Staatsschutzes ad absurdum führen werde. Die DPoIG hat sich ebenfalls so geäußert.

Diese Opposition ist verantwortlich dafür, dass Polizei und Verfassungsschutz von ihrer eigentlichen Aufgabe abgelenkt sind. Auch das müssen wir festhalten!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Opposition hat tatsächlich behauptet, wir würden die Einsetzung verzögern. Meine Damen und Herren, es war diese Opposition, die erst einmal wochenlang überhaupt nichts zu Papier bekommen hat. Es war diese Opposition, die am Morgen der ersten Beratung einen vereinbarten Kompromiss aufgekündigt hat. Es ist diese Opposition, die verschweigt, welche komplizierten und langwierigen Sicherheitsüberprüfungen für die Mitarbeiter vorher stattfinden müssen, welche baulichen Maßnahmen im Landtag zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden müssen, welche Sicherheitsvorkehrungen für die Aktenlagerung getroffen werden müssen. Und es ist nur dieser Mehrheit zu verdanken, dass wir den schlampig geschriebenen Antrag auf Einsetzung so schnell, wie es ging, in einen sachlich und zeitlich vernünftigen Rahmen eingepackt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Untersuchungsausschuss einsetzen. Wir werden die Arbeit aufnehmen und die Fragen, die gestellt worden sind, angemessen und sachlich beantworten. Ich befürchte, dass die rechte Seite dieses Hauses daran kein Interesse hat.

Aber selbst daraus kann man etwas Gutes ableiten: Die Menschen können sich entscheiden: Bei Ihnen die stete Skandalisierung - hier die Sacharbeit. Bei Ihnen das unseriöse Geschrei - bei uns der angemessene Umgang mit dem Thema. Bei Ihnen das Schlechtreden der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz - bei uns die politische und technische Unterstützung der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie wollen ablenken - wir werden das nicht zulassen! Sie wollen sich vor der auf uns zukommenden Arbeit drücken - wir nicht! Es kann losgehen!

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Tonne. - Jetzt gibt es eine Kurzintervention der CDU-Fraktion. Herr Nacke, bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Tonne, die Art und Weise, wie Sie hier versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass die Anwendung von parlamentarischen Rechten, die einer Opposition zur Verfügung stehen, nunmehr die Arbeit der Landesregierung und die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden behindern würde,

(Johanne Modder [SPD]: Lesen Sie mal die Stellungnahmen!)

hat schon fast Bismarck'sche Züge.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Art und Weise, wie Sie das Parlament verachten, ist kaum noch hinzunehmen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber, Herr Kollege Tonne, das macht ja nur deutlich, dass bei der SPD dasselbe gilt wie beim Minister: Die Sorge vor Ärger und Stress mit Ihrem Koalitionspartner

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

ist längst der Sorge vor diesem Untersuchungsausschuss gewichen. Das ist heute noch einmal sehr deutlich geworden.

Aber eines, Herr Tonne - deswegen habe ich mich gemeldet -, lasse ich Ihnen nicht durchgehen: Sie können doch hier nicht allen Ernstes sagen, dass die Frühwarnsysteme funktionieren. Der Schoduvell ist abgesagt worden. Wir wissen bis heute nicht, warum! Wir wissen bis heute nicht, ob es dafür einen Grund gegeben hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Fußballspiel ist abgesagt worden. Bis heute konnte dieser Minister nicht erklären, warum und wodurch!

Wollen Sie allen Ernstes dem verletzten Polizisten, bei dem Sie sich zynischerweise auch noch gemeldet haben, sagen: Das Frühwarnsystem hat funktioniert, als Sie mit Safia S. gesprochen haben?! - Das Frühwarnsystem hat bei Safia S. und bei den Ausreisen in die Reihen des IS völlig versagt! Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen! Da können Sie doch nicht so tun, als gäbe es in diesem Land keine Probleme! Schämen Sie sich für diesen Beitrag!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Tonne, Sie möchten antworten. Bitte schön!

(Jörg Bode [FDP]: Entschuldigen?)

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich an dieser Stelle zu entschuldigen hat, dann höchstens für den Auftritt des Kollegen Nacke von eben gerade.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Nacke, Sie können ja mal in den Pressemitteilungen nachlesen, die auch Ihnen, vermute ich, zugegangen sind. Ich zitiere aus der Pressemitteilung der GdP:

„Zur Beantwortung der angekündigten Fragen, die an alle Polizeidirektionen gestellt werden, wird nach Auffassung der GdP über einen langen Zeitraum nahezu eine Hundertschaft Polizeibeschäftigter im ganzen Land benötigt.“

(Jörg Hillmer [CDU]: Deswegen brauchen wir zwei Jahre länger?)

Ich darf Ihnen die Pressemitteilung der DPoIG vorlesen:

„Neben den Problemen, die unsere Organisation ohnehin schon belasten, müssen wir leider immer wieder feststellen, dass auch die Politik die Situation vermeidbar zusätzlich verschärft. Nur ein kleines Beispiel ist die von CDU und FDP geforderte Einset-

zung des Untersuchungsausschusses über mögliche Sicherheitslücken.“

(Widerspruch von Mechthild Ross-Luttman [CDU])

Nehmen Sie sich das einmal zu Herzen, meine Damen und Herren, und gehen Sie nicht so leichtfertig darüber hinweg!

Wir haben überhaupt keine Sorge. Sie wollen nicht den Zeitraum, den wir vorschlagen. Sorge vor Ärger müssen *wir* ganz bestimmt nicht haben. Der treibt offensichtlich ausschließlich *Sie* an.

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage es Ihnen erneut. Sie haben sich mit keinem Wort beim Fall Safia S. in die Richtung des Polizisten gewendet. Ich lasse mir an dieser Stelle doch nicht Zynismus vorwerfen! Aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie diesen Fall missbrauchen, um systemisches Versagen daraus zu machen. Das ist ein Missbrauch eines Falles, anstatt ihn vernünftig aufzuklären, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Tonne. - Jetzt hat sich für die FDP-Fraktion Dr. Stefan Birkner zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tonne, Sie sprachen davon, dass das hier ein einmaliger Vorgang ist. Da haben Sie völlig recht! Das ist ein einmaliger Vorgang. Heute werden die Mehrheitsfraktionen einen Einsetzungsantrag der Oppositionsfraktionen mit Ihrer Mehrheit in einer Art und Weise abändern, die den Untersuchungsauftrag ändert und damit unser Ziel verwässert.

(Johanne Modder [SPD] und Petra Tiemann [SPD]: Nein! Genau das ist es nicht!)

Das ist ein Verfassungsbruch mit Ansage, meine Damen und Herren! Das ist eine Frechheit gegenüber der Opposition und gegenüber der Verfassung!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das parlamentarische Untersuchungsrecht ist das wesentliche Recht der Opposition. Der Kollege Nacke hat darauf schon hingewiesen. Und Sie gehen einfach mit der Arroganz der Macht, die Sie hier an den Tag legen, darüber hinweg, weil Sie offensichtlich Angst davor haben, dass bei diesem Minister Defizite aufgedeckt werden. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, da empfehle ich Ihnen, einmal die Verfassung zu lesen, und zwar den Artikel 27; ein Blick in das Gesetz erleichtert bekanntermaßen die Rechtsfindung. Das Ziel der Untersuchung bestimmt die Opposition - und niemand anders -, und zwar zur Wahrnehmung ihres verfassungsgemäßen Auftrags zur Kontrolle der Landesregierung.

(Zurufe von Ottmar von Holtz [GRÜNE] und Johanne Modder [SPD] -
Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Die verstehen doch sowieso nichts davon!
- Weiterer Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Keine Ahnung, aber rumblöken!)

Die Zielrichtung haben wir in unserem Einsetzungsantrag dargelegt. Uns geht es dabei ganz gezielt darum, die Verantwortung insbesondere der aktuellen Landesregierung zu untersuchen, und darum, welche Schlussfolgerungen für die Gegenwart und die Zukunft im Hinblick auf die Gefahren, die durch den islamistischen Terrorismus in Niedersachsen bestehen, zu ziehen sind.

Die Regierungsfractionen verwässern dies,

(Anja Piel [GRÜNE]: Verbessern, nicht verwässern!)

indem sie den Untersuchungszeitraum ausweiten, und zwar wesentlich.

Meine Damen und Herren, damit wird der Kern des Untersuchungsauftrages verletzt, und es sind wesentliche Verzögerungen zu erwarten. Es tritt genau der Fall ein, den die Verfassung beschreibt: Die Grenzen, wie ein Untersuchungsauftrag ausgeweitet werden darf, werden hier überschritten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Kern wird verletzt, weil durch die zeitliche Ausweitung eine andere Regierung in den Blick genommen wird. Meine Damen und Herren, ob Ihnen das passt oder nicht: Wir bestimmen die Zielrichtung. Sie weiten die Zielrichtung aus. Damit

wird der Kern verletzt. Die effektive Kontrollfunktion, die wir gegenüber der aktuellen Regierung wahrzunehmen haben, wird damit beeinträchtigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hinzu kommt - und da wird es dann noch spannend -, dass Sie so, wie Sie sich hier verhalten, mit der Ausweitung um zwei Jahre und den Mehrheitsrechten im Ausschuss natürlich historisch chronologisch anfangen werden. Nichts anderes ist zu erwarten. Damit rückt das, was wir untersuchen wollen, nach hinten. Somit werden unsere parlamentarischen Kontrollrechte weiter geschwächt.

(Beifall bei der FDP)

Eine wesentliche Verzögerung ist zu erwarten, weil wir von drei Jahren ausgehen und Sie das auf fünf Jahre ausweiten. Es sind zwei weitere Jahre mit Akten.

Herr Tonne, da verstehe ich Sie auch nicht mehr.

(Christian Grascha [FDP]: Ich habe ihn die ganze Zeit nicht verstanden!)

Sie führen hier wortreich aus - inhaltlich falsch, wie ich meine -, dass Sie das alles ablehnen, weil es alles völlig überflüssig sei. Aber Ihre Antwort darauf ist nicht, dass Sie das Ganze ablehnen. Das können Sie nach der Verfassung auch nicht. Sie weiten es dann aus. Welchen Sinn macht es denn, bitte schön, erstens alles zu verdammen und zweitens zu sagen, dann müssen wir noch zwei Jahre mehr untersuchen?

Das ist natürlich inkonsequent und zeigt genau, wo Sie hinwollen. Sie wollen uns nämlich in unserer parlamentarischen Oppositionsarbeit behindern und die Regierungskontrolle erschweren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Zeitraum: Sie behaupten, der Beginn des Bürgerkriegs in Syrien sei der richtige Zeitraum, um das Phänomen des Salafismus und Islamismus sowie die Auswirkungen auf Niedersachsen zu erkunden. Das ist nun wirklich total abwegig. Mit Verlaub! Das ist willkürlich gegriffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: So ist es!)

Wenn es Ihnen darum geht, das Phänomen des Salafismus und Islamismus zu erkunden, dann müssen Sie mindestens Mitte des 20. Jahrhunderts beginnen. Dann können Sie die Entwick-

lungslinien nachvollziehen und gucken, welche Auswirkungen das auf Niedersachsen hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wollen wir aber gerade nicht. Sie wollen diese historische Linie aufmachen und versuchen damit, uns in unseren Zielrichtungen zu schwächen. Sie gehen hier nicht nachvollziehbar und willkürlich vor.

Wir haben versucht, Ihnen entgegenzukommen. Sie aber kündigen die parlamentarische Praxis, die in Niedersachsen geübt ist, hier heute auf. Mir ist kein einziger Fall bekannt, wo der Untersuchungsauftrag mit einer Mehrheitsentscheidung gegen den Willen der beantragenden Opposition abgeändert worden wäre. Sie gehen heute diesen Weg. Damit werden Sie leider negative Parlamentsgeschichte schreiben.

Sie werden dem Anspruch, den Sie haben, und Ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag nicht gerecht. Wir haben versucht, das zu vermeiden, und sind Ihnen entgegengekommen. Sie haben dieses Kompromissangebot abgelehnt. Wir sind schon von unserer eigenen Position abgewichen und werden diese Kompromissbereitschaft nach Ihrem Verhalten hier natürlich nicht weiter zeigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen: Herr Minister, es ist schon bemerkenswert, was Herr Tonne hier alles erklärt. Hat die Landesregierung eigentlich einmal irgendeine Anstrengung unternommen, dem Recht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dem Recht des Parlaments und dem Recht der Opposition zur Geltung zu verhelfen? Und hat sie sich einmal darum gekümmert, wie denn sichergestellt wird, dass die öffentliche Sicherheit, die ja kurz vor dem Zusammenbruch zu sein scheint, nur weil wir hier heute darüber diskutieren, trotz eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gewährleistet ist? - Es ist doch Ihr Auftrag, die öffentliche Sicherheit sicherzustellen und dem Parlament zu seinem verfassungsmäßigen Recht zu verhelfen, anstatt nur die Gewerkschaften ins Feld zu führen, die dann als Zeugen herangezogen werden.

(Beifall von Björn Thümler [CDU])

Herr Minister, ich erwarte von Ihnen heute vor der Abstimmung eine Erklärung, wie es denn um diese Dinge tatsächlich bestellt ist, damit wir uns hier

nicht nur auf diese Gerüchte, die Herr Tonne in die Welt setzt, verlassen müssen.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Jetzt hat sich Helge Limburg, Bündnis 90/Die Grünen, zu Wort gemeldet. Herr Limburg, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Anlass für den heute vorliegenden Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses war in der Tat - das hat der Kollege Tonne richtig ausgeführt - der Messerangriff auf einen Bundespolizisten am Hauptbahnhof Hannover.

Die Grünen und ich schließen uns den Gesehungswünschen ausdrücklich an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In der Verurteilung dieser Tat sind wir uns sicher alle einig. Wir sind uns auch darin einig, dass wir alles rechtsstaatlich Mögliche tun müssen, um solche Taten nach Möglichkeit zu verhindern. Eine vollständige Sicherheit aber - auch das muss uns allen klar sein - kann es nicht geben, schon gar nicht in einem freien demokratischen Rechtsstaat. Sicherheit und Freiheit müssen dabei auf einer Stufe stehen.

Meine Damen und Herren, die Opposition vermutet wegen dieses Vorfalles und weiterer Vorfälle Versäumnisse der zuständigen Behörden und der rot-grünen Landesregierung. Dieser Vermutung wollen Sie nachgehen. Das ist ausdrücklich Ihr Recht.

Ich bezweifle aber, dass ein Untersuchungsausschuss das geeignete Mittel ist, um zu prüfen, wie die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden verbessert werden kann. Herr Kollege Nacke, in der Tat wäre ein Sonderausschuss besser geeignet gewesen, in die Zukunft gerichtete Vorschläge zu entwickeln. Wir haben nur deshalb keinen entsprechenden Antrag vorgelegt, weil Sie bereits deutlich gemacht hatten, dass Sie um jeden Preis an diesem Untersuchungsausschuss festhalten würden. Dann macht es doch keinen Sinn, parallel noch einen Sonderausschuss einzurichten.

Meine Damen und Herren, Sie haben die parlamentarischen Möglichkeiten wie Akteneinsichten, Anfragen und Unterrichtungen nicht ausgeschöpft. Ich hatte es bereits erwähnt: Die Sitzung des Verfassungsschutzausschusses am Tag vor Ihrer Verkündung, dass der Untersuchungsausschuss kommen wird, dauerte gerade einmal eine Stunde. Die Verfassungsschutzpräsidentin war persönlich da. Sie hatten aber kaum Fragen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Die beantwortet sie ja nie! Und wenn sie sie beantwortet, werden sie falsch beantwortet!)

Denn das wollten Sie nicht. Sie wollten den Untersuchungsausschuss um jeden Preis.

(Angelika Jahns [CDU]: Das ist unser gutes Recht!)

Diese Einsetzung eines Untersuchungsausschuss - genau, Frau Kollegin Jahns - ist Ihr Recht. Mit seinen Rechten muss man aber auch verantwortungsvoll umgehen.

(Zuruf von der CDU: Sie treten unsere Rechte mit Füßen!)

Es war und ist viel über den erheblichen finanziellen und organisatorischen Aufwand zu lesen. Ja, Demokratie kostet Geld. Das ist auch richtig so. Das muss auch so sein. Gleichwohl sind wir alle gehalten, meine Damen und Herren, bei der Ausübung unserer Rechte stets das Landeswohl als Ganzes nicht aus dem Blick zu verlieren und immer zu prüfen, ob das gewählte Mittel der Kontrolle verhältnismäßig ist.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wie bei der Asse!)

Dieser Untersuchungsausschuss wird - das hat die Gewerkschaft der Polizei ja eindeutig erklärt - unabhängig davon, für welchen konkreten Zeitraum wir ihn beschließen, erhebliche Kräfte innerhalb der Polizei und des Verfassungsschutzes binden. Diese Arbeit ist dann Mehrarbeit, oder sie fällt an anderer Stelle weg.

Meine lieben Kollegen der Opposition, für diesen Arbeitsaufwand und diese Belastung tragen dann auch Sie Verantwortung mit Ihrem Einsetzungsantrag.

Herr Kollege Götz, Herr Schiesgeries, Herr Kollege Krumfuß, Herr Kollege Adasch und Herr Kollege Ahlers, ich kann kaum glauben, dass Sie fünf mit Ihren Erfahrungen aus dem Polizeidienst, die Sie

mir in der Tat auch voraushaben, tatsächlich hinter diesem Untersuchungsausschuss stehen und dem heute hier zustimmen. Ich kann nur an Sie appellieren: Gehen Sie in sich, und erwägen Sie, welche Mittel angemessener sind.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist doch peinlich!)

Sie wollen die politische Ebene treffen - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Limburg, Herr Kollege Bode würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Helge Limburg (GRÜNE):

Ja, selbstverständlich. Gerne.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön, Herr Bode!

Jörg Bode (FDP):

Herr Kollege Limburg, vielen Dank für die Möglichkeit der Zwischenfrage.

Auch ich habe heute - in der HAZ war es, glaube ich - erstmals davon gelesen, dass durch die Einsetzung dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Gefährdungen für die innere Sicherheit durch die Überlastung der Sicherheitsbehörden ausgehen könnten. Sie und Herr Tonne haben das ebenfalls eingeführt. Von der Landesregierung ist das bisher in den Beratungen und auch im Ältestenrat niemals thematisiert worden.

Deshalb meine Frage: Liegen Ihnen konkrete Hinweise vor, dass durch die Einsetzung dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses die innere Sicherheit, die Arbeit der Sicherheitsbehörden, gefährdet wäre? Und, wenn ja: Von wem haben Sie diese Erkenntnisse, und wie konkret sind sie?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön, Herr Kollege Limburg!

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und der Minister schweigt!)

Helge Limburg (GRÜNE):

Herr Kollege Bode, Ihre Frage überrascht mich doppelt. Zum Ersten überrascht sie mich, weil es in der Tat Pressemitteilungen von sowohl Deutscher Polizeigewerkschaft als auch Gewerkschaft der

Polizei gab - und das sind die Leute, die doch wissen müssen, was unten an der Basis ankommt, was die Auswirkungen sind, Herr Bode. Das können Sie doch nicht ernsthaft bestreiten.

(Christian Grascha [FDP]: Der Minister müsste sich mal äußern!)

Zum Zweiten: Herr Bode, wenn ich mich recht erinnere, waren Sie selber eine Zeitlang Minister in diesem Land. Sie haben selbst Verantwortung getragen und wissen ganz genau, dass bei jedem Versuch, über Aktenvorlagen und Untersuchungsausschüsse die politische Ebene und den Minister zu treffen, natürlich ganz erhebliche Arbeit an den unter- und nachgeordneten Behörden hängen bleibt. Das können Sie doch nicht alles schon wieder vergessen haben, Herr Bode.

(Christian Dürr [FDP]: Haben wir Ihnen dieses Recht jemals verwehrt?)

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne werden im Rahmen des Untersuchungsausschusses jedenfalls - - -

(Jörg Bode [FDP]: Also habt ihr das Instrument erfunden? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Eine Sekunde! - Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind erlaubt - das sage ich immer -, aber wir müssen dem Redner die Möglichkeit geben, dass er gehört wird. Und ich habe aus Ihren Reihen gehört, dass er nicht mehr gehört wird. Dann funktioniert das hier nicht.

Jetzt hat alleine der Kollege Limburg das Wort. Bitte schön!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! SPD und Grüne werden jedenfalls alles in unserer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass Sie diesen Ausschuss missbrauchen, um einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes in die Öffentlichkeit zu zerrren und mit Kritik zu überschütten.

Herr Kollege Nacke, Sie haben gerade behauptet, SPD und Grüne hätten bereits eingeräumt, dass es Verfehlungen von Mitarbeitern gegeben hat. Ich kann mich an so etwas nicht erinnern. An diesem Punkt sind wir nicht. Ich weise das im Namen unserer Fraktion zurück, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Präsident! Wir streiten uns über den zu untersuchenden Zeitraum. Wir sind der Auffassung, dass eine Ausweitung notwendig ist.

(Angelika Jahns [CDU]: Das verursacht mehr Arbeit, Ihre Ausweitung!)

Wir sind der Auffassung, dass man weiter zurückschauen muss als nur bis zum Regierungswechsel. In diesem Punkt ist Ihr Antrag lebensfremd. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass sich die Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes schlagartig ab dem 19. Februar 2013 fundamental geändert hat,

(Volker Meyer [CDU]: Ja!)

dass sich die zu untersuchenden Sachverhalte schlagartig mit einem Regierungswechsel verändert haben? - Das ist mehr als unwahrscheinlich, und das haben Sie selbst im Jahr 2003 erlebt. Aber Ihnen geht es offensichtlich nicht um Sachaufklärung.

(Christian Dürr [FDP]: Sie sprechen doch immer vom Politikwechsel!)

Herr Kollege Dürr, würden Sie mit dem Untersuchungsauftrag allein auf die Arbeit der Landesregierung abzielen, dann wäre das sogar nachvollziehbar. Aber Ihnen geht es ausdrücklich darum, auch die Arbeit der nachgeordneten Sicherheitsbehörden zu hinterfragen.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Dann aber ist das von Ihnen gewählte Datum völlig willkürlich. Wegen der Vollständigkeit der Zusammenhänge ist eine Ausweitung nach vorne geboten.

Ich möchte das an einem konkreten Beispiel festmachen. Sie wollen untersuchen, inwieweit - das formulieren Sie ausdrücklich in Ihrem Änderungsantrag - ehemalige Studierende der 2012 verbotenen Islamschule Braunschweig heute im Umfeld von deutschsprachigen Islamkreisen aktiv sind. Sobald ein Beamter aus der Zeit vor dem Verbot berichten wollen würde, müssten wir sofort sagen: Halt! Das ist nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckt! Das darfst du uns nicht erzählen!

(Petra Tiemann [SPD]: Das ist überhaupt nicht durchdacht! - Volker Meyer [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein weiteres Beispiel: Bei Safia und dem Berufsschüler aus Hannover gehen sogar Sie selbst ausdrücklich unbegrenzt in der Zeit zurück - bis 2008 oder auch weiter. Das heißt, wenn wir Beamte zu Safia befragen, dürfen sie ab 2008 berichten. Wenn sie aber im nächsten Atemzug über islamistische Ausreisen berichten wollten, dann müssten wir sagen: Nein, jetzt bitte nur noch ab Februar 2013! - Das ist doch mehr als lebensfremd. Sie können nicht ernsthaft erwarten, dass wir so etwas zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Limburg. - Es liegen zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen vor, einmal von der FDP-Fraktion und einmal von der CDU-Fraktion. Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Birkner das Wort. Dann kommt Herr Nacke für die CDU-Fraktion.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Limburg, Sie haben noch einmal ausgeführt, dass die Sicherheitsbehörden durch die für den Untersuchungsausschuss erforderlichen Zuarbeiten in einem hohen Maße beansprucht seien.

Ich will hier noch einmal feststellen: Der Innenminister, der das ja wissen müsste oder sollte und es sicherlich auch weiß, macht keinerlei Anstalten, sich in diese Diskussion einzumischen, um klarzustellen, wie es eigentlich steht.

(Johanne Modder [SPD]: Es geht hier um die Einsetzung! - Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb gehe ich sicher davon aus - denn der Minister würde das Parlament sicherlich darüber unterrichten, wenn eine ernsthafte Gefährdung bestände -, dass dieses Argument nicht zutrifft und es deshalb keinerlei Sorgen in dieser Hinsicht geben muss. Ansonsten, Herr Minister, bitte ich Sie, das hier heute richtigzustellen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Sie verursachen Arbeit und wollen die Verantwortung dafür abladen!)

Der zweite Punkt, Herr Limburg: Dass Ihnen das Argument des Arbeitsaufwands einfällt, nachdem Herr Wenzel und die Fraktion der Grünen damals beim Asse-Untersuchungsausschuss die Schränke mit Unterlagen gefüllt haben, ist sehr bemerkenswert. Das Argument habe ich jetzt zum ersten Mal aus Ihrem Mund gehört; es hat Sie bisher noch nie interessiert, ob Sie die Landesregierung mit Arbeit belastet haben.

Uns interessiert das sehr wohl; deshalb haben wir den Untersuchungszeitraum auch auf 2013 begrenzt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Ach deshalb!)

Sie hingegen sagen, der Arbeitsaufwand sei zu hoch, aber weiten den Zeitraum dann auch noch um zwei Jahre aus. Das, meine Damen und Herren, ist nun überhaupt nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bleibe dabei: Am Ende haben wir ein verfassungsmäßiges Recht, das uns zusteht. Und es ist Ihre Aufgabe und Ihre Verpflichtung, uns zu diesem Recht zu verhelfen, indem Sie unserem Antrag zustimmen und ihn nicht verfassungswidrig abändern, was Sie offensichtlich beabsichtigen.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist nicht verfassungswidrig! Das werden wir ja klären!)

- Das werden wir alles feststellen lassen.

Ein weiterer Punkt ist: Es ist Aufgabe der Landesregierung, sicherzustellen, dass unseren Informationsansprüchen gemäß der Verfassung - durch Untersuchungsausschuss oder Aktenvorlagebegehren - genügt wird. Wenn die Landesregierung meint, dass sie dafür organisatorische oder personelle Verstärkung braucht, dann möge sie das bitte vortragen. Ich bin mir sicher, dass das Parlament hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen würde. Aber bisher ist außer Nebelkerzen von Ihnen und wilden Behauptungen von der Landesregierung in dieser Hinsicht nicht ein einziges Wort geäußert worden. Deshalb ist das alles hinfällig.

Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Nacke, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Limburg, ich danke Ihnen ausdrücklich für den eher sachlichen Vortrag, den Sie hier gewählt haben. Allerdings muss ich Ihnen gleichwohl an zwei Punkten widersprechen.

Erstens. Sie haben gerade angesprochen, ich hätte gesagt, dass Herr Kollege Tonne und Sie gesagt hätten, dass Mitarbeitern Fehler passiert seien. Von Mitarbeitern habe ich nicht gesprochen; Sie haben aber von Fehlern gesprochen. Sie haben nämlich ausdrücklich gesagt, dass es ja absurd sei, sich vorzustellen, dass die Fehler und Versäumnisse bei der Bekämpfung des Salafismus erst unter dieser Landesregierung angefangen hätten. Damit haben Sie die Fehler und Versäumnisse aus meiner Sicht eindeutig eingeräumt, die diese Landesregierung an den Tag gelegt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wissen lediglich nicht, warum und vor welchem Hintergrund sie entstanden sind.

Zweitens. Sie haben uns vorgehalten, dass wir die bisherigen Möglichkeiten, die die Opposition hat, nicht ausgenutzt hätten, weil wir in der Sitzung des Verfassungsschutzausschusses die notwendigen Fragen gar nicht gestellt hätten, obwohl die Präsidentin des Verfassungsschutzes anwesend gewesen ist.

Ich darf deswegen klarmachen: Das betraf eine reguläre Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und nicht die zusätzliche Sitzung des Ausschusses, die wir zur Unterrichtung über den Fall Safia S. durchgeführt haben. Sie fand am Freitag nach der Plenarsitzung im März statt - ich habe das Datum gerade nicht mehr präsent. An diesem Tag haben wir eine vierstündige Unterrichtung durchgeführt - u. a. mit der Präsidentin des Verfassungsschutzes. Es waren genau die Ausführungen dieser Präsidentin, die Ausführungen von Frau Brandenburger, die zum Teil fehlerhaft, zum Teil auch bewusst unwahr waren. Sie wurden in der Sitzung noch korrigiert -

(Widerspruch bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Das ist eine Unterstellung!)

- Frau Kollegin Modder, Sie waren nicht dabei! - von den neben ihr sitzenden Polizeibeamten. Wir alle haben das miterlebt. Gucken Sie mal, wie leise Herr Limburg ist; er hat das nämlich genauso miterlebt wie wir.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: Das kann man im Protokoll nachlesen!)

Diese Äußerungen waren es - das will ich gerne an dieser Stelle ausführen -, bzw. es war ausdrücklich das Verhalten von Frau Präsidentin Brandenburger, das deutlich gemacht hat: Es hilft nichts, mit dieser vertuschenden Präsidentin zu sprechen. Es ist ausschließlich und zwingend erforderlich, mit den Mitarbeitern zu sprechen, die tatsächlich die Verantwortung getragen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Jetzt reicht es! Das ist eine Unverschämtheit! Nur darum geht es Ihnen! - Petra Tiemann [SPD]: Jetzt haben Sie sich entlarvt! - Björn Thümler [CDU]: Ich würde das Protokoll mal lesen! - Johanne Modder [SPD]: Ihr habt nichts mehr im Köcher! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Limburg, bitte schön!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Nacke, ich bedanke mich ausdrücklich für den Dank, aber noch lieber wäre mir gewesen, wenn Sie mit einem sachlichen Vortrag geantwortet hätten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Sondersitzungen haben in der Tat - übrigens auf Angebot der Landesregierung hin - zunächst am 8. März und dann ein weiteres Mal am 11. März stattgefunden. Fragen wurden umfangreich beantwortet. Hier zu unterstellen, die Landesregierung hätte bewusst falsch informiert, Herr Nacke, ist, gelinge gesagt, starker Tobak; das ist eine Unverschämtheit, für die Sie sich eigentlich entschuldigen müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Ihr könnt das nachlesen!)

Richtig ist auch: Danach gab es die Sitzung am 16. März; die Präsidentin ist extra persönlich gekommen und hat gerade zu dem Sachverhalt rund um Safia noch einmal Stellung genommen.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Die Sitzung war nach etwas mehr als einer Stunde vorbei, weil auch Sie keine Fragen mehr hatten, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Dr. Birkner, in der Tat ist die Beantragung eines Untersuchungsausschusses Ihr gutes Recht. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Abrundung des Untersuchungsauftrages unser Recht ist.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist keine Abrundung mehr! Das ist eine Ausweitung!)

Diese Abrundung, Herr Dr. Birkner, nehmen wir hier vor. Noch einmal: Auch Sie gehen mit Ihrem Antrag in die letzte Wahlperiode, nämlich bei den Punkten zu Safia und zu dem Berufsschüler. Bei den anderen Punkten wollen Sie in dieser Wahlperiode bleiben; das ist wenig stringent und wenig sinnvoll.

Wir runden das ab, indem wir einen einheitlichen zu untersuchenden Zeitraum ansetzen, indem wir zum Beginn des Syrien-Krieges zurückgehen und indem wir in die Zeit zurückgehen, in der Ihr damaliger Innenminister Schönemann eine Arbeitsgruppe Antiradikalisierung eingesetzt hat, die Ende 2010 ihre Arbeit aufgenommen hat. Auch deshalb ist 2011 doch ein angemessener Beginn, um zu untersuchen, wie diese Arbeit gewirkt hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Limburg. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wie wir gerade gehört haben, hat Herr Kollege Nacke den Antrag gestellt, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/5682 abzustimmen. Dies entspräche nicht dem in unserer Geschäftsordnung festgelegten Verfahren. Ich erkläre das Verfahren: Gemäß § 39 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 31 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO LT ist beim Vorliegen mehrerer, sich gegenseitig ausschließender Anträge über einen Antrag, der sich vom Ursprungsantrag weiter entfernt, vor dem weniger weit entfernten Antrag abzustimmen.

Im vorliegenden Fall entfernt sich die Beschlussempfehlung des Ältestenrats angesichts des früher angesetzten Beginns des Untersuchungszeitraums weiter von dem ursprünglichen Antrag als der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Demnach wäre zunächst über die Beschlussempfehlung abzustimmen. Nur dann, falls die Beschlussempfehlung abgelehnte würde, kämen wir noch zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Um zu dem von dem Kollegen Nacke beantragten, davon abweichendem Verfahren zu kommen, bedürfte es somit zunächst eines Beschlusses über die Abweichung von der Geschäftsordnung gemäß § 99. Nach § 99 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag im Einzelfall von Vorschriften der Geschäftsordnung abweichen, wenn nicht zehn anwesende Mitglieder des Landtags widersprechen. Der Kollege Tonne hat für die SPD-Fraktion schon widersprochen. Damit ist der Geschäftsordnung Genüge getan.

(Christian Grascha [FDP]: Unglaublich! - Jens Nacke [CDU]: Organisierter Verfassungsbruch! - Christian Grascha [FDP]: Nicht einmal das! Peinlich!)

Ich stelle das Ergebnis fest: Eine Abweichung von der Geschäftsordnung ist nicht beschlossen worden.

Wir kommen daher zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ältestenrats seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt. Damit ist der Parlamentarische Untersuchungsausschuss entsprechend der Beschlussempfehlung des Ältestenrates, also mit den Daten, eingesetzt.

Damit ist zugleich der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 17/5682 nach § 39 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 31 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 unserer Geschäftsordnung abgelehnt.

Über weitere Anträge stimmen wir jetzt also nicht mehr ab.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 4:

Dringliche Anfragen

Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor. Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus.

Ich weise, wie üblich, besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage haben.

Wir kommen zu dem Punkt

a) **Unterrichtsversorgung: Reichen die angekündigten Lehrereinstellungen aus?** - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 17/5664

Die Frage stellt der Kollege Kai Seefried von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Seefried!

(Unruhe)

- Herr Seefried, eine Minute noch! Denn wir sehen im Moment noch ein bisschen Bewegung im Parlament.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen kleinen Moment noch, Herr Kollege Seefried! - Die Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht an der Behandlung der Anfrage beteiligen wollen, bitte ich, den Plenarsaal zügig zu verlassen, so dass wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(Anhaltende Unruhe)

- Ich darf noch einmal um Ruhe bitten.

Herr Kollege Seefried, bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Unterrichtsversorgung: Reichen die angekündigten Lehrereinstellungen aus?“

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat am 21. April 2016 in einer Pressemitteilung mit Blick auf steigende Schülerzahlen und erforderliche Lehrereinstellungen mitgeteilt, ihr Haus stelle „für das laufende Einstellungsverfahren zum ersten Schulhalbjahr 2016/2017 an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen rund 930 Stellen zusätzlich zur Verfügung“. Der Mitteilung zufolge seien vom 15. März 2015 bis 15. März 2016 insgesamt 27 594 Schülerinnen und Schüler ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen neu an die öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen gekommen. Damit befinden sich nunmehr rund 43 000 Schülerinnen und Schüler ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen an den Schulen, wie das Kultusministerium am 29. April 2016 im Kultusausschuss erläuterte.

Am 15. April 2016 hat das Kultusministerium in der Antwort auf eine Mündliche Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion dargestellt, sie gehe für das Schuljahr 2016/2017 von einer Gesamtzahl von rund 836 000 Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen aus, allerdings könnten „Abweichungen von dieser Prognose auftreten“. Wie genau diese Abweichungen bei der Prognose aussehen, konnte das Kultusministerium auch auf konkrete Nachfrage im Kultusausschuss am 29. April 2016 nicht sagen.

Im sogenannten Einstellungserlass, der das Verfahren zur Lehrereinstellung im ersten Schulhalbjahr 2016/2017 regelt, ist kein Zielwert für die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr angegeben. Dort heißt es: „Ziel ist es, eine landesweit ausgewogene bedarfsgerechte Versorgung mit Lehrkräften an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zu erreichen.“ Vor einem Jahr lag das Ziel laut damaligem Einstellungserlass beim konkreten Wert von 100 %.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Prognosewert für die Unterrichtsversorgung - in Prozent - insgesamt sowie für die verschiedenen allgemeinbildenden Schulformen für das erste Schulhalbjahr 2016/2017 ohne die bzw. mit den 930 weiteren Lehrerstellen?

2. Von welchen Schülerzahlen und welchem Bedarf an Lehrerstellen geht die Landesregierung für die Schuljahre 2016/2017 bis 2020/2021 derzeit aus? Ich bitte, die Lehrerstellen in Vollzeitseinheiten und Schuljahren aufgeschlüsselt anzugeben.

3. Welche Ressourcen - in Stellen bzw. Stunden - sind für das Schuljahr 2016/2017 für die weitere Umsetzung der inklusiven Schule vorgesehen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte, Frau Heiligenstadt!

(Unruhe)

- Alle anderen Kolleginnen und Kollegen darf ich noch einmal um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten.

Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das Ziel der Landesregierung, die Versorgung unserer Schulen mit Lehrkräften landesweit nachhaltig zu sichern und gleichzeitig die Bildungsqualität zu erhöhen. Dies war unser Ziel in der Vergangenheit, und ich bekräftige dieses Ziel auch heute.

Unser Land steht allerdings derzeit mit Blick auf die Beschulung der Flüchtlingskinder und der jugendlichen Flüchtlinge vor ganz großen Herausforderungen. Aufgrund der hohen Anzahl an neu zugewanderten Kindern sind flexible Maßnahmen und Handlungsspielräume auf allen Ebenen der Schulverwaltung gefordert, um die besonderen Herausforderungen bewältigen zu können. Diese Flexibilität ist auch im Einstellungserlass zum Einstellungstermin 1. August 2016 sowie bereits im Einstellungserlass zum Einstellungstermin 1. Februar 2016 abgebildet. Die Erlassvorgaben sind dahin gehend angepasst worden, dass die Fokussierung auf einer ausgeglichenen und bedarfsgerechten Versorgung der Schulen liegt, ohne einen starren Unterrichtsversorgungswert vorzugeben.

Unbeschadet dessen ist es selbstverständlich weiterhin mein Ziel, eine möglichst hohe Unterrichtsversorgung von rund 100 % im landesweiten Durchschnitt zu erreichen. Ob dies gelingen wird, hängt nicht zuletzt von der weiterhin unsicheren Entwicklung bei den Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen sowie von der Bewerbersituation bei den Lehrkräften zu den Einstellungsterminen ab.

Meine Damen und Herren, bezüglich der Flüchtlingsentwicklung haben wir es mit einer Herausforderung zu tun, die in ihrer Tragweite niemand hat kommen sehen. Das gilt für Europa. Das gilt für

Deutschland, für Niedersachsen. Das ist eine Herausforderung, die im Übrigen keine andere Kultusministerin und kein anderer Kultusminister zu schultern hatte. Unsere aktuell im Rahmen der Webabfrage von den Schulen gemeldeten Zahlen unterstreichen diese besondere Herausforderung für uns.

Die erfolgreiche Integration der zu uns gekommenen und der auch weiterhin zu uns kommenden Kinder und Jugendlichen ist eine Aufgabe von wirklich historischer Dimension. Das Land hat sehr umfangreiche kreative und flexible Maßnahmen erlassen, damit die Sprachförderung und die Integration in Schule und über Schule gelingen können. Dabei investieren wir ebenfalls viele zusätzliche Mittel. Wir setzen alle Hebel in Bewegung, um die Herausforderungen zu stemmen.

Wir haben gute Rahmenbedingungen geschaffen, damit die Schulen diesen Herausforderungen gewachsen sind, und die Schulen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Herausragendes geleistet.

Für die vielen Flüchtlingskinder ist das Ankommen und Aufgenommenwerden in den Schulen auch ein Ankommen in Sicherheit nach Flucht und Vertreibung. Es ist ein Zurück zu oder auch ein erstmaliges Erleben von fester Struktur und festem Tagesablauf. Es ist eine große Chance, die deutsche Sprache zu erlernen und Freunde zu finden.

Im Kern ist diese Leistung unserer Schulen, diese Leistung unserer Lehrkräfte und aller an den Schulen Tätigen ein Akt der Menschlichkeit und der gelebten Willkommenskultur. Darauf können wir alle ein Stück weit stolz sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und natürlich: In einer Situation, in der sich unser System streckt, um 30 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler beim Ankommen in unserem Land zu unterstützen, kann nicht alles perfekt funktionieren. Ich habe immer gesagt, dass wir auf Sicht fahren müssen und nicht alles in gewohnten Bahnen verlaufen wird.

In dieser Situation geht es nicht darum, lediglich eine blanke statistische Zahl in den Mittelpunkt zu stellen. Wichtiger ist, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, damit die Schulen auch in Zukunft so gute Rahmenbedingungen haben wie derzeit, damit der Unterricht nach Stundentafel erteilt werden kann, aber damit auch jedes Kind angemessen

gefördert werden kann. Das ist verantwortungsvolle und weitsichtige Politik.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist Politik dieser Landesregierung. Deswegen sind die Schulen, die Schülerinnen und Schüler bei uns in guten Händen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Ziel einer möglichst hohen Unterrichtsversorgung, die den Pflichtunterricht in jedem Fall gewährleistet, strebe ich auch weiterhin an. Dies unterstreicht die hohe Priorität, die Bildung für diese Landesregierung hat. Die Landesregierung ist selbstverständlich bestrebt, so viele Lehrkräfte wie möglich zum Einstellungstermin 1. August 2016 für den niedersächsischen Schuldienst zu gewinnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Kinder und Jugendlichen, die neu an die niedersächsischen öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen kommen oder auch schon gekommen sind, sind Schülerinnen und Schüler. Sie gelten für uns nicht als Flüchtlingskinder, Migrantinnen oder Migranten, nein, sie sind Schülerinnen und Schüler in öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen Niedersachsens.

Für das niedersächsische Kultusministerium ist die Maßgabe zur Erfassung und Förderung der Schülerinnen und Schüler deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache der beobachtbare und beschreibbare Sprachförderbedarf, also der bildungspolitische Auftrag, der sich aus dieser Zuwanderung ergibt.

Genau aus diesem Grund haben wir mit den bislang durchgeführten Webabfragen alle Schülerinnen und Schüler erfasst, die über geringe oder keine Deutschkenntnisse verfügen, und zusätzlich diejenigen, die im Zeitraum vom 15. März 2015 bis 15. März 2016 neu an die niedersächsischen Schulen gekommen sind.

Insgesamt sind in diesem Zeitraum 27 594 Schülerinnen und Schüler ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen neu an die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen gekommen.

Zum Stichtag der Webabfrage vom 15. September 2015 haben wir 32 716 Schülerinnen und Schüler ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen regis-

triert; zum Stichtag der jüngsten Webabfrage zum 15. März 2016 nun 42 991 Schülerinnen und Schüler.

Fest steht, meine Damen und Herren: Erstens. Diese Anzahl an neu hinzukommenden Schülerinnen und Schülern wird sich weiter verändern. Zweitens. Alle Schülerinnen und Schüler deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache sollen ihr Recht auf Bildung und auf schulische Sprachförderung verwirklichen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies vorausgeschickt, beantworte ich für die Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt.

Zu 1.: Zunächst ist deutlich zu machen, dass der Aussagewert der Prognosewerte zum Prognosestermin 1. August 2016 sehr begrenzt ist. So kann es sein, dass von der Niedersächsischen Landesschulbehörde beispielsweise Personalveränderungen bei Lehrkräften, schulorganisatorische Maßnahmen wie Errichtung, Zusammenlegung und Aufhebung von Schulen, Einrichtung neuer Ganztagschulen sowie Veränderungen der Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler am Ganztagsbetrieb nicht oder zumindest nicht vollständig in das Programm eingepflegt worden sind bzw. aktuell noch gar nicht abschließend bekannt sind. Die Datengrundlage ist in laufender Anpassung und daher ständig im Fluss.

Dem Bezugswert für die Personalplanung - BPP - ist daher keine Aussage über den Wert der Unterrichtsversorgung zu entnehmen. Der BPP unterliegt in Bezug auf den landesweiten Durchschnitt, auf Schulformen, Regionen und einzelnen Schulen noch stärkeren Veränderungen.

Viele Daten - wie z. B. die schülerbezogenen Daten - lassen sich erst zu Beginn des Schuljahres verifizieren. Mit dem BPP kann daher allenfalls eine ganz aktuelle Momentaufnahme wiedergegeben werden.

Wenn insofern der Aussagewert des BPP sehr begrenzt ist, werde ich dennoch, weil das explizit angefragt wurde, die Werte an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen - ohne Schulen im Geschäftsbereich des MS - zum Prognosestermin 1. August, erstes Schulhalbjahr 2016/2017, sowie der einzelnen Schulformen mit Stand 2. Mai 2016 mitteilen.

Ich weise allerdings deutlich darauf hin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass bei den Wer-

ten, die ich Ihnen mitteile, die 930 zusätzlichen Stellen, die wir in dieser Woche an die Landes-schulbehörde herausgegeben haben, noch nicht enthalten sind. Also noch einmal: Diese Stellen sind noch nicht enthalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Werte lauten wie folgt: bei den Grundschulen 98,8, bei den Hauptschulen 103,3, bei den Realschulen 100,0, bei den Förderschulen 94,9, bei den Oberschulen 90,9, bei den Gesamtschulen 94,6, bei den Gymnasien 96,9; Summe über alle Schulformen 96,9.

Ich weise nochmals darauf hin, dass der Prognosewert nicht dem Wert der Unterrichtsversorgung entspricht. Der Prognosewert ist ein Einstellungshilfsinstrument.

Um die Unterrichtsversorgung vor dem Hintergrund des hohen Zuwachses bei den Schülerzahlen der vergangenen Monate zu gewährleisten, hat die Landesregierung reagiert und für das laufende Einstellungsverfahren zum ersten Schulhalbjahr 2016/2017 an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen rund 930 Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Nach dem aktuellen Stand würde der landesweit durchschnittliche BPP mit den weiteren 930 Stellen um rund 2 % steigen. Auch dies stellt allenfalls eine Momentaufnahme dar.

Die Landesschulbehörde nimmt momentan die Aufteilung der Einstellungsermächtigung auf die einzelnen Schulformen vor. Daher sind schulformgenaue Aussagen hinsichtlich der Verteilung augenblicklich noch verfrüht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen an dieser Stelle ein Beispiel dafür geben, dass die Bezugswerte für die Personalplanung „gesamt“ und für die einzelnen Schulformen nur bedingt aussagekräftig sind. Das wird etwa deutlich anhand der Schülerzahlen in der Qualifikationsphase des Gymnasiums und der Gesamtschule. Hier hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass die von den Schulen in der Prognose gemeldeten Zahlen regelmäßig im landesweiten Durchschnitt deutlich über den dann tatsächlich zum Stichtag in der Statistik gemeldeten Zahlen lagen.

So wurden im Schuljahr 2015/2016 zum Prognosestermin 1. August 2015 landesweit insgesamt 60 147 Schülerinnen und Schüler für die Qualifikationsphase eingetragen, tatsächlich aber zum

Stichtag 15. September 2015 in der Statistik nur 57 522 Schülerinnen und Schüler gemeldet.

Die Sollbedarfe werden in der Qualifikationsphase schülerbezogen ermittelt. Daher ergibt sich eine entsprechende Differenz zwischen prognostizierten Lehrkräftesollstunden im Verhältnis zu den laut Statistik ermittelten Lehrkräftesollstunden von 4 463 Stunden. Dies entspricht einer landesweit durchschnittlichen Steigerung um 0,3 Prozentpunkte im Vergleich des BPP zum 1. August 2015 zur Unterrichtsversorgung vom 15. September 2015. Diese Zahl macht vielleicht auch noch einmal deutlich, wie unkonkret dieser Wert im Moment ist und wie er auch ständig schwankt.

Zu 2.: Die Landesregierung geht auf der Basis einer Modellberechnung unter Verwendung der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Schuljahre 2016/2017 bis 2020/2021 derzeit von folgenden Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen aus:

- Schuljahr 2016/2017: rund 836 000 Schülerinnen und Schüler,
- Schuljahr 2017/2018: rund 825 000 Schülerinnen und Schüler,
- Schuljahr 2018/2019: rund 815 000 Schülerinnen und Schüler,
- Schuljahr 2019/2020: rund 809 000 Schülerinnen und Schüler,
- Schuljahr 2020/2021: rund 828 000 Schülerinnen und Schüler.

Hierzu ist deutlich darauf hinzuweisen, dass insbesondere aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation Abweichungen von dieser Prognose auftreten können.

Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung, der Mipla 2015 bis 2019, sind für allgemeinbildende Schulen nachstehende Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten veranschlagt - das Haushaltsjahr ist gemäß Landeshaushaltsordnung das Kalenderjahr -:

- 2016: 60 186,33 Vollzeitlehrereinheiten,
- 2017: 59 736,59 Vollzeitlehrereinheiten,
- 2018: 59 736,83 Vollzeitlehrereinheiten,
- 2019: 60 104,66 Vollzeitlehrereinheiten.

Die Mipla für den kommenden Haushalt muss noch erstellt werden.

Zu 3.: Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens für das Haushaltsjahr 2016 wurden für die Umsetzung der inklusiven Schule für das Schuljahr 2016/2017 zusätzlich 360 Planstellen für Förderschullehrkräfte veranschlagt. Entsprechend der Unterrichtsverpflichtung von Förderschullehrkräften entspricht dies 9 540 Stunden zusätzlich.

Für 1 015 zusätzliche Lehrerstellen und Stellen für Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind rund 370 Millionen Euro im Kultusetat bis 2020 vorgesehen. Außerdem wurde der Ansatz für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen um 60 % erhöht. Seit 2014 werden jährlich 1,6 Millionen Euro im Haushalt eingeplant. Es stehen gegenwärtig und in Zukunft 1,6 Millionen Euro jährlich zur Verfügung; 8,0 Millionen Euro für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Zusammengerechnet fließen damit insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro von 2016 bis 2020 in die inklusive Schule.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Försterling. Bitte!

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einer einfachen Frage an die Landesregierung beginnen: Wie viele Schülerinnen und Schüler sind zum heutigen Tag an Niedersachsens allgemeinbildenden Schulen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

(Unruhe)

- Einen kleinen Moment, bitte! - Bitte, Frau Ministerin Heiligenstadt!

(Zurufe von der CDU)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nein, Herr Toepffer, das ist keine schwierige Frage. Ich wollte sie aber gern so umfassend beantworten, dass Ihnen klar wird, warum ich die Frage von Herrn Försterling, die sich auf den Stichtag von heute bezieht, nicht beantworten kann.

Es gibt nämlich keine stichtagsbezogene Zählung der Schülerinnen und Schüler.

(Kai Seefried [CDU]: Dann gestern oder vorgestern! - Björn Försterling [FDP]: Ich kann doch keine Prognose machen, wenn ich gar nicht weiß, wie viele Schüler aktuell da sind!)

Es gibt keine stichtagsbezogene Erfassung von Schülerinnen und Schülern. Schülerinnen und Schüler werden im Rahmen der Erhebung der Statistik zur allgemeinen Unterrichtsversorgung erfasst. Am 15. September 2015 hatten wir da rund 792 000 Schülerinnen und Schüler. Das ist die allgemeine Statistik. Das ist im Übrigen auch keine Erfindung von Rot-Grün, sondern das hat es auch in den Jahren davor schon immer gegeben.

(Björn Försterling [FDP]: Die Rahmenbedingungen sind heute aber wohl andere!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die SPD-Fraktion stellt der Kollege Strümpel. Bitte!

Uwe Strümpel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Statistiken zur Unterrichtsversorgung - ich weiß, wovon ich rede - nie vergleichbar sind, weil sich die Bedingungen immer wieder ändern, frage ich die Landesregierung: Wie hat sich in Niedersachsen in den letzten Jahren die Zahl der Lehrersollstunden insgesamt entwickelt?

(Uwe Santjer [SPD]: Eine schöne Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Strümpel, in der Tat ist es wichtig, bei der Betrachtung der Unterrichtsversorgung auch die Entwicklung der Lehrersollstunden mit im Blick zu haben; denn 100 % von 1 000 ist nicht so viel wie 100 % von 10 000.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

- Absolut! Genau! Manch einem scheint sich das nicht ganz so schnell zu erklären; deshalb erwähne ich das hier noch einmal extra.

Wie sich die Zahl der Lehrersollstunden seit 2010 entwickelt hat, kann ich jetzt vielleicht einmal ganz kurz darlegen: Im Jahr 2010 hatten wir 1 288 909 Lehrersollstunden, im Jahr 2013 hatten wir 1 284 470 Lehrersollstunden, im Jahr 2014 hatten wir 1 298 579 Lehrersollstunden, und im Jahr 2015 hatten wir 1 310 260 Lehrersollstunden. Das heißt, die Zahl der Lehrersollstunden hat sich sehr positiv entwickelt. Das liegt u. a. an den deutlich höheren Zuweisungen etwa im Bereich der Ganztagschulen und im Bereich der Inklusion.

(Beifall bei der SPD - Björn Försterling [FDP]: Das hilft Ihnen auch nichts, wenn die Lehreriststunden nicht da sind!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Kollege Försterling, Sie haben nachher die Möglichkeit, eine weitere Zusatzfrage zu stellen. - Nun hat das Wort der Kollege Seefried zur ersten Zusatzfrage der CDU-Fraktion. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meines Erachtens reicht es nicht aus, die Zahl der Lehrersollstunden zu erhöhen, sondern es kommt darauf an, an den Schulen eine ausreichende Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern entsprechend der Zahl der Schülerinnen und Schüler zu haben. Im Kultusausschuss ist uns erklärt worden, dass diese 930 Lehrerstellen mehr oder weniger komplett aus den bestehenden Mitteln des Kultusetats finanziert werden, ohne dass es große weitere Zuströme aus dem Finanzministerium gibt. Von daher fragen wir uns, warum diese Maßnahme erst heute getroffen wird und warum die Landesregierung nicht schon viel früher auf den starken Zustrom von Flüchtlingen und damit auf die steigende Schülerzahl reagiert hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Seefried, im Kultusausschuss ist im Rahmen einer Unterrichtung dargestellt worden, wie diese zusätzlichen 930 Stellen finanziert werden. Dazu muss

ich allerdings sagen - vielleicht waren Sie ja nicht anwesend, als sich der Mitarbeiter meines Ministeriums geäußert hat -: Ein Teil der zusätzlichen Stellen ist natürlich aus dem Etat des Finanzministeriums mit finanziert worden. Das Land fährt in der Flüchtlingspolitik auf Sicht. Wir haben im Einzelplan 13 entsprechende Vorsorge getroffen. Aufgrund des Bedarfs an Sprachfördermaßnahmen für Flüchtlinge erhält das Kultusministerium für dieses Jahr aus dem Haushaltsansatz zusätzliche Verstärkungsmittel. Das allein bedeutet ungefähr 330 Einstellungsmöglichkeiten.

Aufgrund des seit 2015 geltenden Altersteilzeitmodells „Block für Lehrkräfte“ wurden in der Ansparphase Stellen, Beschäftigungsvolumen und Mittel gesperrt. Auch diese Ressourcen werden entsperrt. Wir sind dankbar dafür, dass wir mit dem Finanzminister in sehr guten Verhandlungen erreichen konnten, dass weitere 230 Einstellungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Wie schon in der Vergangenheit ist es auch jetzt so, dass man die Stellen vom vorherigen Einstellungstermin, die nicht besetzt werden konnten, für den nächsten Einstellungstermin verwendet. Das sind weitere 225 Einstellungsmöglichkeiten. Das hat damit zu tun, dass eine Einstellungsmöglichkeit nicht für das ganze Jahr genutzt werden kann, sondern nur für die letzten vier oder fünf Monate eines Jahres. Damit können wir zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Das sind ein paar der Maßnahmen, die zeigen, wie wir alles umgedreht haben, damit wir so viele Stellen wie möglich ausschreiben können, um zum einen der großen Herausforderung der Aufnahme der Flüchtlingskinder in unseren Schulen und zum anderen der großen steigenden Zahl von Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Denn 30 000 Schülerinnen und Schüler sind, selbst wenn sie keine Sprachförderung bräuchten, nicht mal eben so im Schulsystem abzubilden.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die SPD-Fraktion stellt Herr Kollege Politze. Bitte!

Stefan Politze (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass die Prognosewerte bei den Lehrersollstunden wenig aussagekräftig sind und von der Opposition häufig Äpfel mit Birnen verglichen werden, frage ich Sie: Wie haben sich

die Zusatzbedarfe seit Einführung der Inklusion entwickelt?

(Johanne Modder [SPD]: Interessante Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Politze, die Zusatzbedarfe haben sich seit der Einführung der Inklusion sehr stark nach oben entwickelt. Wir haben ja unterschiedliche Zusatzbedarfe: ein besonderes Kontingent und die schülerbezogenen Zusatzbedarfe. Wir haben auch die sonderpädagogische Grundversorgung an den Grundschulen.

Im Moment wächst jedes Jahr - wir sind im dritten Jahr der Inklusion - ein Jahrgang zusätzlich z. B. im Bereich der sonderpädagogischen Grundversorgung auf.

Wir sind im Jahr 2013 mit insgesamt rund 28 200 Lehrersollstunden gestartet. Im Jahr 2014 waren es rund 44 200 Lehrersollstunden. Im Jahr 2015 waren wir bei rund 61 900 Lehrersollstunden. Allein das zeigt, wie stark zusätzliche Bedarfe an den Schulen ausgewiesen werden und wie stark wir auch in dem Bereich der Inklusion zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen wollen und zur Verfügung stellen können.

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Wenn man im Bereich der sonderpädagogischen Grundversorgung eine Stunde zuweist und diese Stunde möglicherweise nicht im Ist erteilt werden kann, dann heißt das nicht automatisch, dass dann Unterricht ausfällt. Denn in der Regel ist das immer eine Stunde für eine Doppelbesetzung oder für eine Beratungseinheit. Es wird in der Diskussion leider sehr häufig vermischt, dass, wenn eine solche Stunde nicht zugewiesen wird, angeblich Unterricht ausfällt. Aber wie gesagt: Das ist nicht der Fall.

Wir haben die sonderpädagogischen Zusatzbedarfe in einer Größenordnung von jetzt über 61 000 Stunden. Das ist eine riesengroße Leistung im System.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Landesregierung eben nicht darstellen konnte, wie viele Schülerinnen und Schüler sich aktuell in den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen befinden, frage ich die Landesregierung: Wie sicher ist ihre Prognose von 836 000 Schülerinnen und Schülern im nächsten Schuljahr in den allgemeinbildenden Schulen, wenn im Haushalt 2016 ursprünglich noch von 825 000 Schülerinnen und Schülern ausgegangen worden ist, aber nach den Ausführungen der Ministerin eben in den letzten zwölf Monaten ca. 30 000 Schülerinnen und Schüler dazugekommen sind? Ich wäre dann bei 855 000 Schülerinnen und Schülern.

(Jörg Bode [FDP]: Das passt doch gar nicht!)

Oder geht die Landesregierung davon aus, dass 19 000 Schülerinnen und Schüler zum Ende dieses Schuljahrs die Schulen verlassen?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Försterling, man muss in diesem Zusammenhang drei Aspekte betrachten:

Der erste Aspekt ist: Niemand weiß heute, wie viele Schülerinnen und Schüler mit Flüchtlingshintergrund in unsere Schulen kommen. Es weiß auch niemand, wie viele der in den Schulen vorhandenen Flüchtlingskinder möglicherweise durch freiwillige Ausreise oder durch Umzüge innerhalb Deutschlands oder innerhalb Europas oder aber auch durch Abschiebungen nicht mehr im System sind. Diese Zahl wissen wir momentan nicht. Daher ist das etwas schwierig vorherzuberechnen.

Der zweite Aspekt ist: Wir haben gleichzeitig die Situation, dass die 30 000 Schülerinnen und Schüler, die ich erwähnt habe, nicht 30 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler sind, sondern: Sie sind seit dem 15. März 2015 bis 15. März 2016 neu in unserem System.

Der dritte Aspekt ist: Dieses System lebt davon, dass es insgesamt eine Fluktuation hat. Das heißt: Wir haben Schülerinnen und Schüler, die eingeschult werden, die aus anderen Bundesländern kommen, die aufgrund von Umzügen und anderen

Wanderungsbewegungen kommen. Und wir haben Schülerinnen und Schüler, die unser Schulsystem verlassen.

(Björn Försterling [FDP]: Die sind schon einkalkuliert!)

In den letzten zehn Jahren war es so, dass wir im Durchschnitt rund 18 000 bis 20 000 Schülerinnen und Schüler weniger pro Jahr hatten. Deshalb mussten wir jetzt aufgrund der Flüchtlingskinder unsere Prognose leicht anpassen. Wir haben also rund 10 000 oder 11 000 Schülerinnen und Schüler mehr, weil die neu zu uns gekommenen Flüchtlingskinder nicht vollständig die demografische Entwicklung auffüllen, aber schon zu einem entsprechenden Teil.

Man kann das nicht einfach zusammenaddieren, wie Sie es gemacht haben, sondern man muss immer berücksichtigen, dass ein Schuljahr neu hinzugekommene Kinder ganz normal durch Einschulungen hat und auch Schülerinnen und Schüler hat, die unser Schulsystem verlassen. Die Gesamtzahl setzt sich aus unterschiedlichen Kriterien zusammen.

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Die waren auch schon früher eingerechnet!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Frau Kollegin Menge. Bitte!

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! In Anlehnung an die Frage des Kollegen Strümpel bezüglich der Lehrkräfte frage ich, wie hoch die Schülersollstundenzahlen sind bzw. in Relation.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Ich gehe davon aus, dass Sie die Schülersollstundenrelation meinen.

(Christian Grascha [FDP]: So war es zumindest abgesprochen! - Zuruf von Jens Nacke [CDU] - Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es schön, dass wir heute Nachmittag auch

einmal gemeinsam lachen, nach der durchaus intensiven Debatte, die wir vorher geführt haben. Vor allem bei einem bildungspolitischen Thema ist das immer etwas ganz Hervorragendes.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Was ist diese Schülersollstundenrelation überhaupt?)

Sehr geehrte Frau Kollegin Menge, ich will das einmal in den Zeitabständen deutlich machen. Im Jahr 2005 hatten wir eine Schülersollstundenrelation von 1,412. Das heißt, an den niedersächsischen Schulen gab es 1,412 Stunden pro Schüler. Das war noch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung. Im Jahr 2010 sind wir auf 1,477 Schülersollstunden hochgegangen. Im Jahr 2013 sind wir auf 1,576 Schülersollstunden und im Jahr 2014 auf 1,619 Schülersollstunden gestiegen. Momentan sind wir bei 1,653 Schülersollstunden.

Nun mag der Abstand zwischen 1,477 und 1,653 nicht so groß erscheinen. Wenn man diesen Abstand allerdings insgesamt in Relation stellt, kann man feststellen, dass es seit 2005 eine Steigerung der Schülersollstunden um knapp 5 % gegeben hat. Das macht deutlich, welche Sollstundensteigerung insgesamt an unsere Schulen gekommen ist und damit jedem einzelnen Schüler und jeder einzelnen Schülerin zur Verfügung steht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Seefried. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, Sie haben hier dargestellt, dass Sie nicht wissen, wie sich die Schülerzahlen im Detail in der nächsten Zeit entwickeln werden. Sie wissen auch nicht, wie viele Schülerinnen und Schüler derzeit überhaupt bei uns in den Schulen sind. Sie wissen anscheinend aber auch nicht - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Und Sie kommen jetzt zur Frage!

Kai Seefried (CDU):

Sie wissen anscheinend aber auch nicht - das resultiert aus den Fragen, die wir Ihnen konkret gestellt haben -, welche Konsequenzen bei den

Lehrereinstellungen aus den politischen Beschlüssen, die hier im Landtag gefasst und durch Ihre Regierungsverantwortung auf den Weg gebracht worden sind, notwendig sind. Wir wissen, dass durch die Einführung des G 9 -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Jetzt die konkrete Frage, Herr Kollege!

Kai Seefried (CDU):

- sie kommt sofort, Frau Präsidentin - zusätzliche Lehrerstellen in Niedersachsen notwendig sind. Wir wissen nach allem, was bisher diskutiert worden ist, dass wir im Jahr 2020

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- ich muss die Zahl nennen, damit ich die Frage stellen kann - zusätzlich 1 295 Lehrerstellen für das Abitur benötigen.

Daher möchte ich jetzt von der Ministerin - die Berechnung, die sie vorhin hier dargestellt hat, hat ausgerechnet im Jahr vorher aufgehört; sie ist nicht in der Lage, uns heute hier die Schülerzahl für das nächste Jahr zu nennen; sie muss aber dazu in der Lage sein, hier und heute die Zahl zu nennen - die Schülerzahl wissen, von der im Schuljahr 2020/2021 auszugehen ist, wenn das neue G 9 voll greift, die Zahl, die wir nach dem Regierungswechsel wieder ausbaden müssen, weil Sie keine Vorsorge getroffen haben.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Seefried, bei der nächsten Frage direkt auf den Punkt kommen! Das geht. - Bitte, Frau Ministerin.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Seefried, ich hoffe, dass ich in etwa das treffe, was Sie meinen.

Ich habe ausgeführt, wie sich das Beschäftigungsvolumen bzw. die Zahl der Vollzeiteinheiten entwickeln wird: 60 186 Vollzeiteinheiten im Jahr 2016 - ich lasse jetzt einmal die Nachkommastellen weg -, 59 736 Vollzeiteinheiten im Jahr 2017, 59 736 Vollzeiteinheiten im Jahr 2018, 60 104 Vollzeiteinheiten im Jahr 2019.

Welche Positionen tragen zu den Veränderungen des Beschäftigungsvolumens bei?

(Kai Seefried [CDU]: Bis 2020/2021! Sie haben die Zahl nicht genannt!)

- Herr Seefried, ich will jetzt gerne noch weiter ausführen.

Von 2016 auf 2017 fallen 200 Vollzeiteinheiten beim Abbau der zur Rückführung der Arbeitszeitkonten befristet zugewiesenen Lehrerstellen weg. Rund 360 Vollzeiteinheiten kommen für die Fortführung des Ausbaus der inklusiven Schule hinzu. Rund 330 Vollzeiteinheiten fallen zum Abbau von Personalzuwächsen und zur Minderung von Risiken aus Tarifabschlüssen weg; das ist eine Vorgabe des Finanzministeriums im Rahmen der Kabinettsbeschlüsse zum Haushalt. Rund 150 Vollzeiteinheiten dienen der vorübergehenden Finanzierung der Konnexitätskosten der Inklusion aus G-9-Lehrerstellen.

Von 2017 auf 2018 gibt es lediglich interne Verschiebungen, die nicht zu einer Veränderung des Beschäftigungsvolumens führen, z. B. rund 330 zusätzliche Vollzeiteinheiten für den Ausbau der inklusiven Schulen und eine entsprechende Lehrerstellenreduktion zur Finanzierung der Konnexitätskosten der Inklusion. Rund 140 Vollzeiteinheiten sind von der Rückführung der vorübergehend eingesetzten Mittel betroffen. Rund 110 Vollzeiteinheiten kommen für die Fortführung des Ausbaus der Gesamtschulen hinzu.

Zum 1. Januar 2019 kommen rund 170 Vollzeiteinheiten für die Fortführung des Ausbaus der inklusiven Schule und rund 107 Vollzeiteinheiten für die Fortführung des Ausbaus der Gesamtschulen hinzu. 635 Vollzeiteinheiten fallen als Konsolidierungsbeitrag weg. Rund 510 Vollzeiteinheiten sind von der Rückführung der vorübergehend für inklusionsbedingte Kosten eingesetzten Mittel betroffen; in den ersten Jahren nehmen wir eine Finanzierung vor, in den folgenden Jahren stellen wir wieder zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung.

Wir haben also eine ganze Menge Bewegung im Bereich des Beschäftigungsvolumens.

Zu der weiteren Prognose kann ich nur ausführen, dass wir natürlich zum einen den zusätzlichen Abiturjahrgang haben. Er ist in den Berechnungen berücksichtigt. Das habe ich auch anhand der Schülerzahlen deutlich gemacht, die ich in der Antwort auf eine der Fragen vorgestellt habe. Zum anderen aber haben wir insgesamt eine negative

demografische Entwicklung. Das muss man immer gemeinsam betrachten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die dritte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Frau Kultusministerin eben sehr ausführlich die Lehrersollstunden darstellen konnte, frage ich: Wie haben sich seit dem Schuljahr 2012/2013 die Lehreriststunden und die Schüleriststundenrelation ohne die Zusatzbedarfe entwickelt?

(Jörg Bode [FDP]: Endlich fragt einmal einer nach dem Ist!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine sehr umfangreiche Statistik. Bis man die richtige Seite gefunden hat, dauert es einen Moment.

(Jörg Bode [FDP]: Das Problem kenne ich!)

Sehr geehrter Herr Kollege Försterling, Sie können das in der Tabelle 15.2 der aktuellen Statistik

(Björn Försterling [FDP]: Ist das schon 2015/2016? Die haben wir gedruckt noch nicht bekommen!)

2013/2014 nachlesen. Ich kann Ihnen das auch gerne jetzt hier vortragen. Mit Ihrem Einverständnis beginne ich wieder bei 2005, weil ich das bei den Sollstunden auch gemacht habe.

2005 waren es 1 320 348 Lehreriststunden. 2010 war es 1 296 809. 2011 waren es 1 281 438. 2012 waren es 1 287 988. 2013 waren es 1 296 789. Da steigt die Zahl also wieder an, nachdem sie vorher etwas gesunken ist.

(Björn Försterling [FDP]: Das ist die falsche Zeile! Sie wird ja wohl die richtige Zeile herausuchen können! Ich habe „ohne die Zusatzbedarfe“ gefragt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Herr Kollege Onay. - Moment, bitte! Frau Ministerin, wollen Sie noch ergänzen?

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte noch das Jahr 2014 ergänzen, da uns auch diese Zahl vorliegt. Da waren es insgesamt 1 311 599 Lehreriststunden.

(Björn Försterling [FDP]: Danach habe ich nicht gefragt! Ich habe „ohne die Zusatzbedarfe“ gefragt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Jetzt, Herr Onay, haben Sie das Wort.

(Björn Försterling [FDP] - auf eine Tabelle deutend -: Das ist die erste Zeile, nicht die Zeile da unten!)

- Offenbar gibt es hier Unklarheiten. Herr Kollege Försterling, vielleicht nutzen Sie die Möglichkeit, noch einmal nachzufragen. Aber nun hat sich Herr Kollege Onay zur Frage gemeldet. - Bitte!

Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe eine Frage zum Bereich der Flüchtlinge. Frau Ministerin, mich treibt vor allem die Frage um: Wie geht es nun mit den Sprachlernklassen weiter?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Onay, die Beantragung von Sprachlernklassen ist natürlich weiterhin möglich. Zur Einrichtung einer Sprachlernklasse ist die Mindestzahl von zehn Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache notwendig, die ohne zusätzliche Hilfen zum Teil noch nicht am Regelunterricht teilnehmen können. Darüber hinaus müssen natürlich auch sächliche und räumliche Voraussetzungen erfüllt werden. Es ist schon auch notwendig, dass eine Räumlichkeit zur Verfügung gestellt werden kann. In der Vergangenheit konnten wir einige Anträge auf Sprachlernklassen nicht bewilligen,

weil keine zusätzlichen Räume zur Verfügung standen.

Ich möchte betonen, dass Sprachlernklassen weiterhin nur *ein* Format unserer Sprachförderung sind. Wir haben weitere schulische Sprachförderung im Runderlass „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache“ vom Juli 2014 geregelt. Das Kultusministerium plädiert für eine Weiterentwicklung im Sinne eines integrativ-additiven Ansatzes. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler stärker in den Regelunterricht integrieren und sie nicht so lange in exklusiven Sprachlernklassen unterrichten. In den weniger sprachintensiven Fächern, in den Fächern, in denen es nicht so stark auf Sprache ankommt, wollen wir sie von Anfang an in den Regelunterricht einbeziehen, z. B. in Musik und Sport.

Herr Försterling, nun zu Ihrer Frage nach den Zusatzbedarfen bei den Lehreriststunden. Mir wurde gesagt, Lehreriststunden gibt es in der statistischen Auswertung immer nur in den tatsächlich erteilten Stunden. Die Zusatzbedarfe werden nicht über Lehreriststunden erfasst. - So jedenfalls die Auskunft. Das scheint auch keine neue Erfindung zu sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die dritte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Seefried. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich stelle meine Frage jetzt zum dritten Mal, da sie bisher nicht beantwortet ist. Wir haben ganz bewusst nach der im Jahr 2020/2021 notwendigen Zahl von Vollzeitlehrereinheiten gefragt: weil wir dann den kompletten Durchlauf des Abiturs nach G 9 haben. Ich wiederhole die Frage: Wie viele Vollzeitlehrereinheiten sind im Jahr 2020/2021 notwendig, um diesen zusätzlichen Bedarf abzubilden? Oder muss ich den Antworten der Ministerin entnehmen, dass es keinen zusätzlichen Bedarf mehr gibt und alle Lehrerstellen vorher aufgebaut sein sollen?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt hier ein übliches Verfahren: Das ist das Haushaltsaufstellungsverfahren. Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens wird die mittelfristige Finanzplanung aufgelegt, und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung gibt es die Planungen zu den notwendigen Beschäftigungsvolumina für Lehrer. Die Werte der mittelfristigen Finanzplanung für 2020/2021 liegen dann vor, wenn sie im Haushalt entsprechend abgebildet sind. Das sind sie momentan noch nicht.

(Kai Seefried [CDU]: Wow!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Offenbar scheint es in den letzten Reihen sehr lustig zuzugehen. Herr Kollege Lechner, Herr Kollege Mohr!

(Minister Boris Pistorius geht zu seinem Platz auf der Regierungsbank - Jörg Bode [FDP]: Es war der Innenminister, der die Witze gemacht hat! - Heiterkeit)

Wir fahren jetzt fort. Die dritte Zusatzfrage für die SPD-Fraktion stellt Frau Kollegin Logemann.

Karin Logemann (SPD):

Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund, dass wir wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler im Schulsystem haben, frage ich die Landesregierung: Wie beschulen Sie diese große Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne oder mit geringen Sprachkenntnissen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegin Logemann, ich hatte in meiner Antwort auf die Frage von Herrn Onay schon darauf hingewiesen, dass wir unterschiedliche Sprachförderangebote haben. Ein Instrument sind die Sprachlernklassen, ein anderes sind die Sprachkurse. Ein weiteres Instrument ist der Sprachförderunterricht. Ein viertes Instrument ist die Sprachförderung nach Konzept.

Wir haben in Niedersachsen mit Stand Anfang März 2016 insgesamt rund 607 Sprachlernklassen an den allgemeinbildenden Schulen eingerichtet. Hinzu kommen die Sprachlernklassen an den berufsbildenden Schulen. Das ist schon eine große Anzahl. Damit werden ungefähr 8 500 Schülerinnen und Schüler im allgemeinbildenden System erreicht. Mit der Genehmigung einer solchen Sprachlernklasse steht eine entsprechende Lehrkraft zur Verfügung. Leider haben wir nicht ausreichend Lehrkräfte mit der entsprechenden Qualifikation. Aber wir haben auch ein umfangreiches entsprechendes Fortbildungsangebot aufgelegt.

Die weitaus größere Zahl der Schülerinnen und Schüler - das sieht man an den 8 500 - wird bereits im Regelunterricht mit Sprachförderangeboten, über Sprachförderkurse oder Sprachförderunterricht, erreicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die vierte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt jetzt Herr Kollege Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie prognostiziert sie in den nächsten drei Schuljahren die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Försterling, wir haben in etwa 15 500 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf in der inklusiven Schule. Damit ist die Zahl im dritten Jahr nicht verdreifacht gegenüber dem ersten Jahrgang, sondern in etwa fast verfünffacht. Deshalb müssen wir natürlich eine etwas größere Planung für die weiter aufwachsenden Jahre vornehmen.

Man kann wohl davon ausgehen, dass man im kommenden Schuljahrgang in der inklusiven Schule an die 20 000 Schülerinnen und Schüler mit

sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf erreicht. Es ist abzuwarten, wie es sich bei den weiteren Schuljahrgängen entwickelt. Das hängt auch davon ab, wie die Inanspruchnahme bei den weiterführenden Schulen ausfällt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die fünfte und letzte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Försterling.

(Unruhe)

- Ich darf noch einmal um etwas Ruhe und Aufmerksamkeit bitten!

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie viele zusätzliche Vollzeitlehreinheiten werden für den Aufwuchs der Inklusion im Schuljahr 2016/17 benötigt?

(Björn Thümler [CDU]: Oh, oh! - Jörg Bode [FDP]: Das sieht man noch nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Försterling, wir haben für das Schuljahr 360 zusätzliche Vollzeiteinheiten vorgesehen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die vierte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Seefried. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Noch einmal zum Thema „notwendige Voraussetzung für das Abitur“. Frau Ministerin, auch wenn die Anzahl der Vollzeitlehreinheiten im Jahre 2020/2021 derzeit noch nicht entsprechend in der Mipla fortgeschrieben sind, so müssen Sie doch im Ministerium in der Lage sein, anhand von Modellberechnungen auszurechnen, wie viele Lehrerstellen notwendig sind. Bei der Einführung des G 9 lagen diese Modellberechnungen vor.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Jetzt bitte die Frage, Herr Kollege!

Kai Seefried (CDU):

Bei der Einführung des G 9 lagen diese Modellberechnungen vor: mit 1 295 Lehrerstellen. Es wurde damals gesagt, das sei gar nicht so schlimm, weil über die Jahre hinweg die Vorbereitungen getroffen würden.

Daher noch einmal konkret die Frage: Sind die Vorbereitungen dann schon getroffen, oder wie viele Lehrerstellen fehlen uns in diesem Schuljahr?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Kollege Seefried, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens und des dazugehörigen Beratungsverfahrens hier im Niedersächsischen Landtag ist über die Auswirkungen des Abiturjahrgangs in dem entsprechenden Schuljahrgang diskutiert worden. Wir gehen davon aus, dass für diesen Jahrgang zwischen 1 250 und 1 300 zusätzliche Lehrerstellen notwendig sind. Wir befinden uns natürlich in der Situation, dass wir nicht so viele Lehrerstellen in einem Jahrgang zusätzlich einstellen können. Deswegen haben wir in den verschiedenen Einstellungsrunden in den Vorjahren im Rahmen der Finanzplanung versucht, weitere Lehrerstellen sozusagen vorsorgend dafür vorzusehen.

Ich erinnere mich daran, dass Sie mir in einem der letzten Plenarabschnitte vorgeworfen haben, dass ich Gymnasiallehrer u. a. an andere Schulformen abordne. Auch das ist z. B. eine Möglichkeit - Gymnasiallehrkräfte im System zu haben, die ich im Moment noch nicht an den Gymnasien benötige, die ich aber an anderen Schulen einsetzen kann, weil ich dort andere Lehrerstellen nicht besetzen kann. Diese Stellen können dann in den nächsten Jahren für das Schulwesen in Niedersachsen und insbesondere für einen solchen entsprechenden Abiturjahrgang wieder zur Verfügung stehen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die dritte Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Frau Kollegin Hamburg.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund der Fragen von Herrn Försterling und von

Herrn Politze und des Wissens, dass es keine ausreichende Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern für Förderschulen gibt, frage ich die Landesregierung, welche Qualifizierungsmaßnahmen sie für andere Lehrkräfte im Bereich der Inklusion auf den Weg bringt bzw. welche Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der inklusiven Schule und ihrer Einführung seitens der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie haben der Antwort auf die Frage des Kollegen Försterling entnehmen können, dass wir eine durchaus steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf in der inklusiven Schule haben. Es ist in der Tat eine Herausforderung, Sonderpädagogen und Förderschullehrkräfte in den Schuldienst einzustellen. Ich bin froh über jeden angehenden Studierenden in diesem Bereich.

Leider sind sie in der Vergangenheit nicht so ausgebildet worden, wie das hätte geschehen müssen. Wir haben aber weitere Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg gegeben. So sind z. B. im Primarbereich ca. 4 000 Lehrkräfte in modularen Fortbildungen qualifiziert worden. Seit dem 1. September 2015 werden an rund 600 Grundschulen mit ca. 7 500 Lehrkräften jeweils drei schulinterne Fortbildungen in drei aufeinander folgenden Jahren durchgeführt.

Im Sekundarbereich I werden über die Kompetenzzentren für regionale Lehrerfortbildung modulare Fortbildungen angeboten. Bis Ende des Schuljahrs 2015/16 werden allein dort, im Sekundarbereich I, ca. 2 400 Lehrkräfte fortgebildet sein.

In weiteren, für die Lehrkräfte kostenfreien begleitenden Fortbildungen haben sich bis zum Jahresende 2015 ca. 8 500 Lehrkräfte in inklusive Themenschwerpunkte eingearbeitet. Außerdem sind ca. 2 000 Schulleiterinnen und Schulleiter bis zum Jahresende 2014 erfolgreich für die inklusive Schule fortgebildet worden. - So viel, um nur ein paar Maßnahmen zu nennen. Weitere haben wir auf den Weg gegeben.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist das zusammen mit dem MWK - mit meiner Kollegin Frau Ministerin Heinen-Kljajić - ausgeweitete Angebot an

Studienplätzen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die fünfte und damit letzte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt der Kollege Seefried. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Frau Ministerin, wie viele Lehrkräfte an den Gymnasien leisten derzeit noch Mehrarbeit aufgrund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts? Wie soll diese Mehrarbeit ausgeglichen werden?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Seefried, diese Zahl liegt mit gerade nicht vor. Aber sie ist, denke ich, zu recherchieren. Wir werden sie nachliefern.

Wir haben mit den Verbänden eine Vereinbarung abgeschlossen, dass Lehrkräfte, die im Zusammenhang mit den Auswirkungen aus dem OVG-Urteil zusätzliche Unterrichtsstunden ableisten, diese im Rahmen des normalen Dienstes abgleiten können, wobei sie den Zeitpunkt selbst wählen können. Dazu gibt es also entsprechende Vorschriften im Rahmen der Arbeitszeitverordnung.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die vierte Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt der Kollege von Holtz.

(Unruhe)

Ich darf noch einmal um etwas mehr Ruhe bitten.

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin, wird es Vorgaben hinsichtlich der Verteilung der zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten auf die Schulformen bzw. auf die Lehrämter geben? Wird es Vorgaben durch die Landesschulbehörde geben, was diese Verteilung betrifft?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Kollege von Holtz, ich habe Anfang dieser Woche der Landesschulbehörde diese zusätzlichen Stellen zur Verfügung gestellt. Eine Aufteilung auf die verschiedenen Schulformen ist noch nicht möglich. Es handelt sich hierbei um einen Erlass mit sehr umfangreichen Regelungen zu den personalwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Zum Beispiel soll die Landesschulbehörde auch die Möglichkeit haben, sogenannte Bezirksstellen auszuschreiben. Dabei geht es zum einen um eine Entlastung der Schulen. Zum anderen beschleunigt diese Möglichkeit das Einstellungsverfahren. Dann können wir versuchen, besondere Regionen zu berücksichtigen.

Ausschreibungen an Schulen mit einem entsprechenden Bedarf an Sprachfördermaßnahmen sowie veränderte Vorgaben für auszuschreibende Fächerkombinationen darf die Landesschulbehörde auch vornehmen. Dann wird die Landesschulbehörde die Einstellungsermächtigungen auf die einzelnen Schulformen verteilen können.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor, sodass die Behandlung der Dringlichen Anfrage der CDU-Fraktion damit beendet ist.

Ich rufe auf

b) VW-Vorstandsvergütungen: Wie hätte das „erforderliche Demutszeichen“ (Fraktionsvorsitzende Anja Piel Bündnis 90/Die Grünen, „Hallo Niedersachsen“ vom 27. April 2016) wirklich ausfallen müssen? - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 17/5661

Zur Einbringung erteile ich Herrn Kollegen Bode das Wort. Bitte, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

- Alle übrigen Kolleginnen und Kollegen bitte ich um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal. Vielleicht warten wir noch einen kleinen Moment, Herr Bode. - Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! VW-Vorstandsvergütungen: Wie hätte das „erforderliche Demutszeichen“ (Fraktionsvorsitzende Anja Piel, Bündnis 90/Die Grünen, „Hallo Niedersachsen“ vom 27. April 2016) wirklich ausfallen müssen?

Die Diskussion um die Vergütungen des VW-Konzernvorstands beschäftigt seit einiger Zeit die Medien und die Öffentlichkeit. Auch in der 94. Sitzung des Landtages wurde das Thema im Rahmen einer Unterrichtung durch Ministerpräsident und VW-Aufsichtsratsmitglied Weil angesprochen.

Ministerpräsident Weil führte am 13. April 2016 im Landtag Nachfolgendes aus:

„Bereits im November des vergangenen Jahres hat der Vorsitzende des Vorstandes, Matthias Müller, seiner Erwartung Ausdruck gegeben, dass auch in dieser Hinsicht der Gürtel enger geschnallt werden müsse. Das entspricht der Auffassung der Landesregierung. Wir halten in dieser Frage ein deutliches Signal für notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darüber besteht innerhalb des Unternehmens auch Einvernehmen, wie in einer Verlautbarung aus Wolfsburg von gestern Abend zum Ausdruck kommt. Wörtlich heißt es darin:“

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Bode! Sie müssen noch einen längeren Text vortragen. Von daher werden wir erst fortfahren, wenn hier Ruhe herrscht. Das betrifft vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion. Herr Hilbers, auch Ihre Beratungen stören. - Vielen Dank. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

„Wörtlich heißt es darin: ‚Aufsichtsrat und Vorstand sind sich einig, dass angesichts der aktuellen Lage des Unternehmens ein Zeichen auch beim Thema Vorstandsvergütung gesetzt werden muss.‘ Derzeit werden verschiedene Modelle diskutiert und abgestimmt, die für alle Beteiligten eine angemessene und faire Lösung darstellen. In der Konsequenz würde dies zu einer deutlichen Absenkung der variablen Vergütung führen.“

Das Zitat stammt aus dem Plenarprotokoll vom 13. April 2016, Seite 9431.

Am 22. April 2016 fand dann die Aufsichtsratssitzung statt, in der der Vergütungsbericht erörtert wurde. Dieser wurde nach der Einschätzung von Beobachtern nach deutlichen Signalen und Erwartungen der Öffentlichkeit, dass die Vorstandsgürtel „enger geschnallt“ werden sollten, vom Aufsichtsrat, dem auch Ministerpräsident Weil und Wirtschaftsminister Lies angehören, beschlossen.

Am 23. April 2016 hieß es dann, dass sich der Aufsichtsrat und der Vorstand in einem intensiven Entscheidungsprozess auf die Kürzung der die variablen Vergütungen verständigt hätten. Es soll ein Kompromiss sein, der den öffentlichen Erwartungen und den vertraglichen Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Den Medien war anschließend zu entnehmen, dass sich die Gesamtbezüge der Vorstände auf 63,2 Millionen Euro belaufen und von den variablen Vergütungen rund 5,6 Millionen Euro vorerst zwar einbehalten, aber 2019 ausbezahlt werden.

Am 27. April 2016 äußerte sich Fraktionsvorsitzende Piel zum Thema Vorstandsvergütungen wie folgt:

„Ich erwarte natürlich vom Ministerpräsidenten Stephan Weil wie auch vom Wirtschaftsminister Olaf Lies, dass über die Bonuszahlungen da an der Stelle noch einmal geredet wird.“

Das Zitat stammt aus der Sendung „Hallo Niedersachsen“.

In den Morgenstunden des 28. April 2016 - ca. 7.18 bis 7.29 Uhr - gab Wirtschaftsminister Lies dem Deutschlandfunk ein Radiointerview. Dort führte er Folgendes aus:

„Alle warten darauf, dass jetzt zunächst auch mal endgültig dargestellt wird, wie ist es überhaupt dazu gekommen und wer ist verantwortlich.“

Frage:

„Warten muss allerdings im VW-Vorstand niemand auf die weiterhin dicken Bonuszahlungen. Die gibt es nach wie vor. Wie erklären Sie das eigentlich einem Arbeiter bei VW im Blaumann?“

Antwort von Minister und Aufsichtsrat Lies:

„Ich glaube, das kann man insgesamt in der Gesellschaft nicht erklären.“

Und weiter:

„Ich will ganz offen sagen: Ich hätte mir ein klareres, ein deutlicheres Signal des Vorstandes vorstellen können“.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Am 2. Mai 2016 ist der HAZ Folgendes zu entnehmen:

„Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) betonte, der VW-Aufsichtsrat habe bei den Boni rechtlich keine Möglichkeit gehabt, die Zusatzleistungen zu senken“.

Bereits am 22. April 2016 werden Teile des Aufsichtsrats wie folgt zitiert:

„Im Grunde dürfte es diesmal keinerlei Sonderzahlungen an Vorstandsmitglieder geben.“

Quelle: *Die Welt* vom 22. April 2016. - Weiter heißt es dort, der Aufsichtsrat sei

„in dieser Frage nicht so machtlos, wie es den Anschein hat. Die Vertreter von Arbeitnehmern und des Landes Niedersachsen als Großaktionär hätten mit zwölf zu acht Stimmen die Mehrheit in dem Kontrollgremium. Sie könnten also einen Vorschlag des Vorstandes für Abstriche bei den Boni, der ihnen nicht weit genug geht, problemlos in der Sitzung am Freitag durchfallen lassen. ‚Auch rein rechtlich wäre es möglich, die Vorstände zu einem weitgehenden Verzicht bei den Sonderzahlungen zu zwingen‘, sagt ein Aufsichtsratsmitglied.“

VW-Chef Müller kritisierte die Ausführungen von Aufsichtsratsmitglied Lies mit den Worten, dass er zwar die öffentliche Diskussion verstehen könne, aber nicht, „dass die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen wurde“ (*Süddeutsche Zeitung* und *FAZ* vom 29. April 2016).

Darüber hinaus kritisieren auch Verbraucherschützer, dass Volkswagen zwar in den USA ein „Kulanzpaket“ für seine Kunden in Eckpunkten akzeptieren will, aber in Deutschland keinerlei ähnliche Regelungen beabsichtigt sind.

In der Pressemitteilung des Volkswagen-Konzerns „Volkswagen erzielt Grundsatzvereinbarung mit

US-Behörden“ vom 21. April 2016 heißt dann auch:

„Die sich nun abzeichnenden Regelungen in den USA werden in Verfahren außerhalb der USA keine rechtlichen Wirkungen entfalten.“

Das derzeitige deutsche Haftungsrecht ist für geschädigte VW-Kunden im Verhältnis zum amerikanischen Haftungsrecht eher eingeschränkt. Dem Kunden steht das Recht der Mängelbeseitigung in Form einer Nachbesserung zu. Das Verfahren zur Gewährleistung von Rechten bis zu einer Minderung des Kaufpreises oder einem Rücktritt vom Kaufvertrag ist schwierig. Inzwischen mehreren sich die Stimmen in Deutschland, die eine Gleichbehandlung der deutschen Kunden fordern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Vorschläge zur Reduzierung der Vorstandsvergütungen sind durch die Vertreter des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat vorgeschlagen oder beantragt worden?

2. Was haben die VW-Aufsichtsratsmitglieder Weil und Lies nach der Aufforderung von Frau Piel unternommen, bzw. was gedenken sie in naher Zukunft noch zu tun, damit noch Änderungen bei den Bonuszahlungen für die VW-Vorstandsmitglieder für die Öffentlichkeit und Gesellschaft erreicht werden?

3. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Politiker, z. B. Nordrhein-Westfalens Justizminister Thomas Kutschatj (SPD), auch eine Kompensation für deutsche VW-Kunden und ein Recht auf Sammelklagen fordern: Wie steht die Landesregierung zu Schadensersatz und Rückkaufoptionen für deutsche VW-Kunden und der Möglichkeit von Sammelklagen für deutsche Autofahrer?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Für die Landesregierung antwortet Herr Wirtschaftsminister Lies. Bitte!

(Unruhe)

- Ich darf noch einmal um etwas Ruhe bitten.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Volkswagen ist ein wichtiges Unter-

nehmen mit 610 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit. Das Unternehmen nimmt nicht nur in Niedersachsen eine besondere Position ein, sondern befindet sich auch inmitten einer besonderen Situation. Deshalb wird über Volkswagen sehr viel geredet. Das war bereits beim letzten Plenum so: Der Ministerpräsident und ich haben Sie unterrichtet; Volkswagen war Thema in der Aktuellen Stunde und Thema einer Dringlichen Anfrage.

Seitdem ist wieder einiges passiert. Ich habe den Wirtschaftsausschuss bereits in der letzten Woche unterrichtet. Die Geschäftszahlen 2015 wurden am letzten Donnerstag vorgestellt.

Meine Damen und Herren, eigentlich hätte Volkswagen ein gutes Jahr gehabt. Zwar wurden mit 9,9 Millionen ca. 2 % weniger Fahrzeuge an Kunden ausgeliefert als 2014. Aber das operative Ergebnis hat sich sogar leicht gesteigert. Es beträgt 12,8 Milliarden Euro - allerdings ohne die Berücksichtigung der sogenannten Sondereinflüsse.

Vor allem die 16,2 Milliarden Euro Rückstellungen für die Auswirkungen des Abgasskandals - die gesamten Rückstellungen betragen 16,9 Milliarden Euro - sind dafür verantwortlich, dass das operative Ergebnis bei minus 4,1 Milliarden Euro für das Jahr 2015 liegt.

Die Aussichten für das Jahr 2016 werden als weitgehend stabil eingeschätzt, ebenso die Absatzzahlen.

Inzwischen konnte eine Grundsatzvereinbarung mit der United States Environmental Protection Agency (EPA) und dem California Air Resources Board (CARB) erzielt werden, die nun unter Beteiligung der Federal Trade Commission (FTC) fixiert wird.

Außerdem hat man sich auf Grundzüge eines Vergleichs mit den privaten Class-Action-Klägern, den Sammelklägern, verständigt. Details der Einigung werden gerade festgelegt.

Wegen der laufenden Verhandlungen und Ermittlungen entfällt aber auch die geplante Vorstellung von Zwischenergebnissen der Untersuchungen von Jones Day. Dies ist notwendig, um die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden nicht zu gefährden und dortige Untersuchungsergebnisse nicht zu beeinträchtigen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich etwas zu der häufig angesprochenen Übertragung der noch nicht fixierten Modalitäten der Einigung

in den USA auf Deutschland sagen. Dies ist aus meiner Sicht nicht nahe liegend. In beiden Ländern existieren nicht nur unterschiedliche Vorgaben zu den Abgaswerten NO_x und CO₂, sondern es handelt sich auch um zwei völlig unterschiedliche Rechtssysteme. Das eine arbeitet mit der Einzelfallentscheidung zu Präzedenzfällen; das andere basiert auf schriftlichen Normen.

Nebenbei bemerkt, hat die Nachbesserung in Deutschland auch bereits begonnen. Sie verläuft nach Genehmigung des Kraftfahrt-Bundesamtes mit wenig Aufwand und ohne Kosten für die Kunden sowie ohne eine Leistungs- und Verbrauchsverschlechterung bei den Fahrzeugen.

Meine Damen und Herren, außerdem ist eine Entscheidung über die Höhe der Vorstandsboni gefallen. Da die Vorstandsvergütung zu großen Teilen vertraglich geregelt ist, gab es nur einen Spielraum für Kompromisse. Eine Reduzierung der Gehälter gemäß § 87 Abs. 2 des Aktiengesetzes kam nach Prüfung nicht infrage. So wurde letztendlich ein Kompromiss gefunden.

Die variablen Vergütungen reduzieren sich bereits aufgrund der verschlechterten aktuellen Erfolgswerte. Das gilt für die mehrjährige Sondervergütung und die individuelle Leistungskomponente wie auch für den Long Term Incentive (LTI). Dies ist eine variable Vergütung, die auf einer vierjährigen Betrachtung beruht und sich gegenüber dem Vorjahr um 25 % reduziert - von 2 Millionen Euro in 2014 auf 1,5 Millionen Euro in 2015 für ein Vorstandsmitglied.

Zu dieser rechnerischen Reduzierung kommt ein freiwilliger Verzicht der Vorstandsmitglieder.

Erstens wurde für die Zwecke der Ermittlung der Sondervergütung für das Geschäftsjahr 2015 das operative Ergebnis einschließlich des anteiligen operativen Ergebnisses in China auf null reduziert. Insgesamt reduziert sich die Sondervergütung eines Vorstandsmitglieds von 2,3 Millionen Euro in 2014 auf 1,2 Millionen Euro in 2015.

Zweitens wird auf Vorschlag des Vorstandes außerdem ein Anteil von 30 % der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 einbehalten. Dieser Anteil wird unter den Vorbehalt der zukünftigen Aktienkursentwicklung gestellt - Zielreferenzkurs: 125 % des Anfangsreferenzkurses. Der zurückbehaltenen Betrag kommt nur dann zu 100 % zur Auszahlung, wenn der Anfangsreferenzkurs der Vorzugsaktie um mindestens 25 % gestiegen ist. Ansonsten reduziert sich der Betrag entsprechend

anteilig bis auf null. Positiv ist hierbei anzumerken, dass auf diese Weise eine weitere Kopplung an den Unternehmenserfolg erreicht wird.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass die variable Vergütung eines ordentlichen Vorstandsmitgliedes um 39 % sinkt - von 5,3 Millionen Euro in 2014 auf 3,2 Millionen Euro in 2015. Der tatsächliche Auszahlungsbetrag der variablen Vergütung für 2015 liegt damit 57 % unter der des Vorjahres, d. h. noch einmal um rund 1 Million Euro niedriger.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident und ich haben uns bekanntlich für ein deutliches Zeichen starkgemacht, und wir haben uns als Landesregierung deutlich positioniert. Die getroffene Regelung ist als Kompromiss zu bewerten, mit dem die unterschiedlichen Sichtweisen zusammengeführt worden sind.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Minister Lies! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, die Zeit ist fortgeschritten. Aber je öfter ich hier unterbrechen muss, desto länger dauert es. Es gibt wirklich einige, die sich in einer solchen Lautstärke austauschen, dass wir uns ohne Weiteres in die Debatte einschalten könnten. Ich bitte nochmals um Ruhe, sodass wir die Debatte konzentriert zu Ende bringen können. - Ich fahre erst fort, wenn auch die Kollegen sich angesprochen fühlen, die mir den Rücken zuwenden. - Bitte, Herr Minister!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist: Wir müssen jetzt in die Zukunft schauen. Das Unternehmen muss wieder in ruhiges Fahrwasser geführt werden. Das habe ich schon beim letzten Mal klargestellt. Volkswagen muss nicht nur die Rückrufe und die Aufklärung abschließen, sondern auch den Konzern zukunftsfähig machen. Was dazu gehört, habe ich auch bereits beim letzten Plenum dargestellt: Eine neue Strategie, es müssen Perspektiven für die Standorte geschaffen werden, und es müssen Investitionen in neue Technologien erfolgen.

Um dies erfolgreich zu meistern, benötigen wir ein funktionierendes Unternehmen mit einer gut arbeitenden und motivierten Mannschaft. Ich weiß, mei-

ne Damen und Herren, dass Volkswagen diese Eigenschaften innehat.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Details der Verhandlungen sind Aufsichtsratsangelegenheit. Es gelten die Verschwiegenheitsbestimmungen des Aktienrechts.

Zu Frage 2: Wie oben beschrieben, wurde hier ein Kompromiss gefunden, über den bereits entschieden wurde. Die Verhandlungen hierüber sind abgeschlossen.

Zu Frage 3: Eine Kompensation für deutsche Volkswagen-Kunden, wie sie in der Vorbemerkung angesprochen wird, kann dazu dienen, gegebenenfalls bestehende Ansprüche der Betroffenen pauschal abzugelten, ohne eine Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Durchsetzung eines Anspruchs vornehmen zu müssen. Eine solche Kompensation muss zwischen den Betroffenen ausgehandelt werden. Nach dem deutschen Schadensrecht erhält jeder denjenigen Schaden ersetzt, der ihm aufgrund eines vorwerfbaren Verhaltens des Schädigers entstanden ist.

Die Niedersächsische Landesregierung sieht keinen Anlass, in diesem Punkt gegenüber dem Bund eine Änderung der zivilrechtlichen Vorschriften vorzuschlagen - auch deshalb nicht, weil entsprechende Regelungen über Schadenersatz im US-amerikanischen und deutschen Recht auf einer vollkommen unterschiedlichen Systematik beruhen.

Die Landesregierung prüft, ob die bestehenden Möglichkeiten des kollektiven Rechtsschutzes im Sinne eines effektiven Verbraucherschutzes ausreichend sind. Im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie im Rahmen der Verbraucherschutz- und der Justizministerkonferenz gibt es bereits Überlegungen, hierfür geeignete Klageverfahren zu schaffen.

Aus Sicht der Landesregierung kommt es darauf an, ein Instrument zu schaffen, das einerseits den Verbraucherinnen und Verbrauchern die risikolose, chancenorientierte und zugleich passive Teilnahme an einem Klageverfahren ermöglicht, andererseits den Unternehmen den Vorteil der Systematisierung und Konzentration des Prozessstoffs auch zur Senkung von Transaktionskosten eröffnet.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Toepffer.

(Unruhe)

Wir warten noch etwas, bis Ruhe eingekehrt ist. - Bitte!

Dirk Toepffer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Fragen des Aktienrechts und des Vorstandsvergütungsrechts sehr komplex sind, frage ich die Landesregierung, ob sie sich bei der Frage der Rechtmäßigkeit einer möglichen weiteren Reduzierung der Vorstandsboni, wie bei anderen Fragen im Rahmen der Wahrnehmung der Aufsichtsratsstätigkeit bei VW, extern anwaltlich hat beraten lassen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet der Wirtschaftsminister. Bitte, Herr Lies!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Toepffer, zum einen gibt es natürlich von Fall zu Fall anwaltliche Beratung, die notwendig ist, um eine Entscheidung zu treffen. Zum anderen haben wir als Aufsichtsrat natürlich die Unterstützung durch anwaltliche Beratung im gesamten Fall, aber auch in diesen Fragen und somit natürlich auch in der Frage der Möglichkeit der Herabsetzung von Vergütungen. Das ist genau die Frage, die ich vorhin beschrieben habe - § 87 Abs. 2 -; es ist auch rechtlich geklärt worden, ob ein Eingriff in bestehende Vertragsstrukturen möglich ist. Das ist - nach Prüfung - ausgeschlossen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Bode. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Herr Minister Lies, aufgrund der Tatsache, dass Sie eben geantwortet haben, dass Sie der Forderung von Frau Piel nach einer weiteren Reduzierung nicht nachkommen können, weil der Vorgang abgeschlossen ist, und dass Sie auf die erste Frage, welche Initia-

tiven oder Vorschläge Sie selber als Vertreter des Landes bzw. des Landesanteils im Aufsichtsrat angeregt bzw. gemacht haben, gesagt haben, die Verhandlungen unterlägen der Geheimhaltung, Sie könnten hier nichts sagen, möchte ich gerne von Ihnen, die Sie sich sowohl vor dem Beschluss als auch nach dem Beschluss als nicht zufrieden mit dem Ergebnis geäußert haben, wissen, ob Sie selbst überhaupt irgendeinen Vorstoß in der Sitzung des Aufsichtsrats gemacht haben, um ein anderes Votum des Aufsichtsrates zu erreichen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Bode. - Bitte, Herr Minister Lies!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bode, genau diese Beratungen im Aufsichtsrat unterliegen der Geheimhaltung; das wissen Sie. Das war in der Vergangenheit so und ist auch in Zukunft so.

(Jörg Bode [FDP]: Nicht im Detail, nur ob! „Ob“ unterliegt ja wohl nicht der Geheimhaltung! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Lies. - Die zweite Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt nun Herr Kollege Toepffer. - Ich bitte alle noch einmal um ihre Aufmerksamkeit.

Bitte, Herr Kollege!

Dirk Toepffer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Lies, vor dem Hintergrund der Beantwortung meiner letzten Frage bitte ich noch einmal um Klarstellung: Haben Sie anwaltliche Beratung in der Weise erhalten, dass ein Mandatsverhältnis zwischen dem Land Niedersachsen und den betreffenden Rechtsanwälten zustande gekommen ist, oder waren das Konzernanwälte, die Sie in dieser Frage beraten haben?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Toepffer. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Herr Toepffer, die rechtliche Beratung in dieser Angelegenheit ist durch eine unabhängige Anwaltskanzlei für das Organ Aufsichtsrat insgesamt erfolgt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die zweite Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Bode. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Herr Minister Lies, ich wiederhole meine Fragen von eben, weil sie aus meiner Sicht durchaus beantwortet werden kann und auch muss.

Es geht nicht um die Frage, welche Vorschläge zu Regelungen in die Beratung eingebracht worden sind, sondern ich möchte nur wissen, ob die Vertreter des Landes Niedersachsen für das Aktienpaket im Aufsichtsrat überhaupt eine Initiative gestartet haben, die dann auch zur Abstimmung gekommen ist, um zu einer anderen Regelung zu kommen. Der Inhalt ist mir an der Stelle völlig egal - darüber können Sie gerne auch vertraulich unterrichten.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Die Frage ist angekommen.

Jörg Bode (FDP):

Hat es überhaupt eine Initiative gegeben, die zur Abstimmung gekommen ist?

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Danke. - Es antwortet Herr Wirtschaftsminister Lies. Bitte!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Bode, ich glaube, es ist deutlich geworden: Wir haben uns intensiv eingebracht. Ich glaube, die Schlüsse, die Sie daraus ziehen können, sind ziemlich eindeutig.

(Jörg Bode [FDP]: Was ist das für eine Antwort? Also nein? Keine Initiative, nur Gelaber hier im Landtag? -

Björn Thümler [CDU]: Fürs Protokoll: Also nein!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister.

Herr Kollege Bode, die Mitglieder der Landesregierung entscheiden über den Inhalt der Antwort.

(Björn Thümler [CDU]: Sie muss der Verfassung entsprechen! - Reinhold Hilbers [CDU]: Wahrheitsgemäß und vollständig!)

Jetzt stellt die dritte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion Herr Kollege Toepffer. Bitte!

Dirk Toepffer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem ich eben erfahren habe, dass die fraglichen Rechtsanwälte den Aufsichtsrat in Gänze beraten haben, möchte ich jetzt gerne wissen, ob diese Rechtsanwälte nur in dieser speziellen Frage für den Aufsichtsrat tätig waren oder ob sie auch sonst regelmäßig für das Unternehmen VW tätig sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil. Bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Kollege Toepffer, ich bitte um Verständnis: Auch das sind Details aus Aufsichtsratskenntnissen, die ich hier in öffentlicher Sitzung nicht vermitteln darf.

(Jörg Bode [FDP]: Was? Das ist doch Unsinn! - Björn Thümler [CDU]: Das ist doch unsinnig!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die dritte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt nun Herr Kollege Bode. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich will die Frage von Herrn Kollegen Toepffer gerne aufgreifen und noch etwas konkretisieren. Ist die Rechtsanwaltskanzlei, die Sie - wahrscheinlich auch Minister Lies und andere Aufsichtsratsmitglieder - in dieser Frage und in anderen Fragen berät, derzeit oder war sie

früher - unabhängig von der Aufsichtsratsmandatierung - auch für den Volkswagen-Konzern tätig?

(Björn Thümler [CDU]: Eine sehr gute Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das ist zum einen, wenn ich es recht verstanden habe, mit anderen Worten dieselbe Frage, die Herr Toepffer bereits gestellt hat, auf deren Beantwortung ich mich wiederum beziehen muss.

Vielleicht kann ich aber etwas in der Sache sagen. Wenn ich Sie recht verstanden habe, vermuten Sie möglicherweise, dass an dieser Stelle irgendein undurchsichtiger Sachverhalt die Entscheidung des Aufsichtsrats beeinflusst habe. Soweit Sie auf § 87 Abs. 2 des Aktiengesetzes abstellen, wissen jedenfalls diejenigen, die sich mit dieser Thematik befassen, dass z. B. eine eigenständige Herabsetzung von Vorstandsgehältern durch den Aufsichtsrat voraussetzt, dass ein Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, Gewinne auszuschütten. Das ist, bezogen auf Volkswagen, offenkundig nicht der Fall, sondern das ist möglich. Schon deswegen war eine Vorgehensweise nach § 87 Abs. 2 des Aktiengesetzes nicht geboten.

(Christian Dürr [FDP]: „Wir können nichts machen, weil wir selbst die Dividende beschlossen haben gegen den Rat von allen!“)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die vierte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Toepffer. Bitte!

Dirk Toepffer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass eigentlich nur dasjenige Aufsichtsratsmitglied unabhängig, unparteiisch und objektiv sein Aufsichtsratsmandat in einer solchen Frage der Herabsetzung von Vorstandsboni wahrnehmen kann, das nicht von denselben beraten wird, die indirekt durch den Vorstand bezahlt werden?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer. - Für die Landesregierung antwortet Herr Wirtschaftsminister Lies.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will das noch einmal zusammenfassen: Wir lassen uns vor unseren Entscheidungen unabhängig beraten. Ich glaube, das ist der Kern der Botschaft, den Sie auch bekommen wollen. Darüber können Sie sicher sein. Insofern verstehe ich nicht, warum diese Frage mehrfach kommt. Das ist der entscheidende Punkt für die objektive, unabhängige Bewertung eines Sachverhaltes.

(Beifall bei der SPD - Dr. Stefan Birkenner [FDP]: Ohne Angabe von Gründen nicht beantwortet!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Lies. - Die vierte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Bode.

(Präsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt keine weitere Frage dazu verschenken, inwieweit Ihre Berater auch weiter für Volkswagen tätig sind und ob das unabhängig ist oder nicht.

Ich möchte auf die Frage der Einbehalte der Vorstandsboni und der rechtlichen Möglichkeiten zu sprechen kommen. Herr Ministerpräsident und Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass heute in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Mitglied des Corporate Government Kodex und das Leitungsglied am Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Bonn dargelegt haben, dass nach §§ 76 und 93 des Aktiengesetzes die Pflicht für den Aufsichtsrat bestünde, den nachgewiesenen Schadensersatz in Gänze von allen Vorstandsmitgliedern einzufordern und dadurch einzubehalten, dass man schlicht und ergreifend nicht nur die Boni, sondern auch die normalen Vergütungen nicht mehr auszahlt, und das Gesetz hier auch von einer Beweislastumkehr ausgeht - also der Vorstand muss seine Unschuld beweisen und nicht anders herum -, frage ich Sie: Inwieweit wer-

den Sie, genauso wie es bereits die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat angekündigt haben, den Schadensersatz bei den Vorstandsmitgliedern geltend machen und dabei auch auf den Einbehalt von Bezügen zurückgreifen?

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Herr Wirtschaftsminister. Bitte!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bode, vielleicht vorweg: Ohne eine Sachverhaltsermittlung lässt sich weder ein Kündigungsgrund noch eine Pflichtverletzung feststellen. Das ist ja genau das, was gerade passiert. Beide Möglichkeiten setzen damit voraus, dass vorher der Sachverhalt bekannt ist. Genau diese Sachverhaltsermittlung wird gerade von Jones Day durchgeführt. Sie läuft zurzeit. Ich glaube, das ist auch die Voraussetzung, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Eine weitere Zusatzfrage stellt in der Reihenfolge der Anmeldungen Herr Toepffer. Er stellt die fünfte und damit letzte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion.

Dirk Toepffer (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will die letzte Frage durchaus noch einmal im Rahmen der Unabhängigkeit stellen. Ich frage die Landesregierung: Sind Sie wirklich so gutgläubig, dass Sie glauben, dass ein Rechtsanwalt, der regelmäßig Aufträge von einem Konzernvorstand bekommt und sie auch weiterhin bekommen möchte, Sie in einer Frage seiner Vorstandsvergütung unabhängig berät?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Toepffer. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Toepffer, ich nehme ein weiteres Mal an, dass Sie davon ausgehen, wir hätten die Möglichkeit gehabt, jenseits der immanenten Faktoren auf der Basis des Vergütungssystems als Auf-

sichtsrat tätig zu werden. Dafür bietet das Gesetz mit § 87 Abs. 2 des Aktiengesetzes unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit.

Wenn ich von einem Rechtsanwalt höre, dass es dafür die Voraussetzung ist,

(Zuruf von Dirk Toepffer [CDU])

- Moment, jetzt darf ich einmal ein bisschen ausführen! -, dass ein Unternehmen nicht ausschüttungsfähig ist, dann bin ich erstens auf der Basis dieser Beratung in der Lage, mich im Gesetz dessen zu vergewissern, und zweitens aufgrund meiner persönlichen Ausbildung auch zu der Überzeugung gelangt, dass die anwaltliche Rechtsauffassung zutreffend ist, ergo der Aufsichtsrat in dieser Hinsicht keinen Spielraum hat. Das ist, glaube ich, relativ einfach.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Eine weitere Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Bode. Das ist die fünfte Zusatzfrage der FDP-Fraktion. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident und Herr Minister Lies, aufgrund der Tatsache, dass Sie nach Ihrer unabhängigen juristischen Beratung eben auf meine Frage mit § 87 des Aktiengesetzes geantwortet haben, ich allerdings gar nicht nach § 87, sondern nach § 76 im Zusammenhang mit § 93 Abs. 2 gefragt habe, in denen es darum geht, dass eine Aufgabe des Vorstands die Sicherung der Legalität ist und diese offenkundig versagt hat, weil es zu Rechtsverstößen gekommen ist, und sie über Jahre versagt hat und es damit natürlich evident ist, dass die Kontrollmechanismen, die eventuell eingeführt worden waren, ebenfalls versagt haben und hiermit der Vorstand seinen Pflichten nicht nachgekommen ist, und § 93 Abs. 2 von einer Beweislastumkehr ausgeht - also nicht Sie als Aufsichtsrat dem Vorstand nachweisen müssen, dass ein Sachverhalt zu ermitteln ist, sondern der Vorstand aufgrund dieses Sachverhaltes Ihnen darlegen müsste, dass er sich trotzdem rechtskonform verhalten hat -, würde ich gerne wissen: Sind Sie auf die Pflichten, dass Sie hier Schadensersatz hätten einfordern können und wahrscheinlich sogar Schadensersatz hätten einfordern müssen, bei Ihrer unabhängigen rechtlichen Beratung von Konzernanwälten hingewiesen worden?

(Beifall bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Bode. - Für die Landesregierung antwortet Herr Wirtschaftsminister Lies. Bitte!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bode, ob gegen den Vorstand gemäß § 93 Abs. 2 des Aktiengesetzes Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden müssen, wird ebenfalls zurzeit durch Gleiss Lutz auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse von Jones Day überprüft. Dabei wird selbstverständlich auch die Problematik der Verjährung von Ansprüchen im Auge behalten.

(Jörg Bode [FDP]: Hier wird eine Anwaltskanzlei genannt, und vorher wird gesagt, es darf nicht geantwortet werden! Möchten Sie die Antwort von vorhin noch korrigieren, nachdem der Wirtschaftsminister eine Kanzlei genannt hat? - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Was für Kriterien sind denn das?)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich den Tagesordnungspunkt „Dringliche Anfragen“ hiermit für beendet erkläre.

(Zuruf von Jörg Bode [FDP])

- Es ist Schluss!

Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine Wortmeldung der Abgeordneten Anja Piel zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 der Geschäftsordnung vor. Ich gehe davon aus, dass der Inhalt und Umfang des § 76 bekannt sind. Bitte sehr, Frau Piel!

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, insbesondere Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Nach der ausführlichen und sachlichen Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung möchte ich an dieser Stelle nur einmal kurz darauf hinweisen, dass ich zwar Fraktionsvorsitzende bin, aber Parlamentarierin und nicht Mitglied der Landesregierung. Wenn es erklärungsbedürftige Aussagen in meinen Interviews gibt, steht es Ihnen immer frei, mich danach zu fragen.

(Heiterkeit bei Miriam Staudte [GRÜNE] - Zuruf von Dr. Stefan Birkner [FDP])

Ich glaube, in meiner Eigenschaft als Parlamentarierin kann ich Ihnen auf Aussagen, die ich in Interviews mache, selber antworten. Ich stehe immer gern zur Verfügung, wenn Sie von mir selber wissen wollen, was ich mit einer Äußerung gemeint habe.

Danke schön.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Nein, das wollen wir gar nicht! - Zuruf von Christian Dürr [FDP] - Jörg Bode [FDP] meldet sich zu Wort)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege Bode, wir sind nicht in der Fragestunde, aber Sie wollen auch noch etwas nach § 76 der Geschäftsordnung sagen? Sind Sie angegriffen worden? - Dann legen Sie es bitte dar.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Frau Piel, ich habe Ihrer persönlichen Bemerkung eben entnommen, dass Sie sich durch die Fragestellung getroffen oder verletzt gefühlt haben,

(Johanne Modder [SPD]: Nein!)

und möchte mich dafür natürlich entschuldigen. Wir hatten auch keinen Fragebedarf an Sie, den wir indirekt über Dritte weitertragen wollten, sondern wir wollten eigentlich nur wissen, wie andere auf Ihre Aussage reagieren. Wenn Sie das verletzt hat, dass wir einfach fragen, was Ihre Aussagen bei Dritten auslösen, dann tut uns das Leid. Aber wir werden das als Parlamentarier trotzdem weiterhin tun.

(Zustimmung bei der FDP - Lachen bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. Geschäftsordnung hin oder her: Für Entschuldigungen finden wir immer einen Paragraphen.

(Thomas Schremmer [GRÜNE]: War das eine?)

- Ja, das ist dann auch noch interpretationsfähig.

Meine Damen und Herren, wir wollen weitermachen, und ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/5645

Wie Sie aus der Einladung zu dieser Sitzung wissen, haben sich die Fraktionen im Ältestenrat darauf verständigt, auf die Durchführung der Fragestunde zu verzichten. Die Antworten der Landesregierung auf sämtliche eingereichten Kleinen Anfragen zur mündlichen Beantwortung werden als Unterrichtung in der Drucksache 17/5675 veröffentlicht.

Mit Blick auf diese Vorgehensweise wurde im Ältestenrat ferner vereinbart, dass das Rotationsverfahren nach § 47 Absatz 2 Satz 7 unserer Geschäftsordnung für diesen Tagungsabschnitt ausgesetzt wird. Im Juni geht es also so weiter, wie es diesen Monat schon hätte weitergehen sollen.

Meine Damen und Herren, wir gehen über zu:

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

TTIP: Niedersachsens Chancen nutzen - Europäische Standards wahren - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5634

Eingebracht wird der Antrag für die CDU-Fraktion vom Abgeordneten Dirk Toepffer. Bitte sehr!

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem vorliegenden Antrag kann man in vielen Punkten unterschiedlicher Meinung sein. In einem Punkt sind wir uns sicherlich einig: Dieser Antrag ist nicht populistisch. Sein Anliegen ist auch nicht populär.

Bei Umfragen spricht sich seit Monaten eine deutliche Mehrheit der Befragten tatsächlich gegen TTIP aus. Auch unter den Anhängern der CDU gibt es viele, die TTIP für gefährlich halten. Und ich bin da ganz offen: Selbst innerhalb meiner Fraktion gab es Bedenken, ob man das Thema offensiv angehen soll. Ich selbst war mir da zeitweise nicht mehr ganz sicher.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Leider haben Sie falsch entschieden!)

Wir tun es dennoch. Es wäre aber auch traurig, wenn ausgerechnet wir bei einem so wichtigen Wirtschaftsthema schweigen würden, wenn ausgerechnet wir hinter Olaf Lies und Sigmar Gabriel zurückfallen würden, wohlwissend, dass der Einsatz des Bundeswirtschaftsministers für TTIP kaum dazu beigetragen hat, die Umfragewerte der SPD zu beflügeln.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: Hahaha!)

- Das ist so.

Was treibt uns also heute an, erneut für die TTIP-Verhandlungen zu werben? - Es sind aus meiner Sicht vor allem zwei Gründe:

Der erste ist naheliegend und bekannt: Richtig umgesetzt, kann TTIP den Wohlstand in diesem Land mehren. Und anders als für viele andere, ist der Wunsch nach einem Mehr an Wohlstand für uns ein durchaus positives Anliegen. Wir wollen den Abbau tarifärer Handelshemmnisse - insbesondere von Zöllen -, den Fortfall doppelter Produktzulassungen und Testverfahren, eine Angleichung von Regeln und Standards, und zwar auf höchstmöglichem und in der EU gewohntem Niveau. Und dies alles, ohne dass Verbraucherschutz und Arbeitsplatzsicherheit sowie soziale Standards in der EU gefährdet werden.

Ob das gelingen wird, ist durchaus fraglich. Ein wenig mehr Bewegung bei den amerikanischen Partnern würden wir uns durchaus wünschen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn ohne diese Bewegung wird es kein TTIP geben - wohl aber andere Handelsabkommen, beispielsweise zwischen den Vereinigten Staaten und asiatischen Partnern. Keine gute Aussicht! Deshalb lohnt es sich, um TTIP zu kämpfen.

Es gibt einen weiteren Grund, TTIP hier und heute zu thematisieren - der liegt mir im Moment fast noch näher am Herzen -: Wir sind es unserem Selbstverständnis als Demokraten und Parlamentarier schuldig. Wir sind verpflichtet, für demokratische Entscheidungsprozesse in unserer Gesellschaft und in der EU zu werben.

(Beifall bei CDU und bei der FDP)

Wir sind verpflichtet, diese Entscheidungsprozesse und -instrumente zu verteidigen. Wir sind verpflichtet, die Aushöhlung der Demokratie zu verhindern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und da ist es eben geradezu tragisch, dass die Verhandlungen gerade mit dem Hinweis auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekämpft werden.

Wie hat es der Landesvorsitzende der niedersächsischen Grünen formuliert? - Er sprach davon, dass die Verhandlungen über TTIP und CETA Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährden würden. Und dann fordert er allen Ernstes, die Verhandlungen über TTIP zu stoppen und auf Basis eines transparenten Verfahrens neu zu verhandeln.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr gut!)

Wie sagt es der Ministerpräsident ab und an in schwierigen Debatten? - Sine ira et studio, also ohne Zorn und Eifer.

Diskutieren wir einmal ganz ohne Zorn und Eifer, was an diesen Verhandlungen nicht transparent ist!

Uns allen ist bekannt, was da verhandelt wird. Wir kennen die Zielvorstellungen und auch die abweichenden Meinungen, und dies nicht erst seit letztem Montag. Wer die Website der EU-Kommission aufruft, kann sich über die Verhandlungsziele der Europäer bis in die allerletzten Einzelheiten informieren.

(Gudrun Pieper [CDU]: Ganz genau!)

Was dort nicht zu finden ist, sind Unterlagen, aus denen im Sinne eines Wortprotokolls detailliert hervorgeht, in welcher Weise unterschiedliche Standpunkte diskutiert werden. Wir finden keine Aufzeichnung des Für und Wider. Taktik und Strategie der Beteiligten bleiben so weitgehend im Dunkeln.

Aber jetzt einmal die Frage: Wollen wir tatsächlich einen anderen Standard fordern? Hat es so etwas jemals gegeben? Wollen wir künftig internationale Abkommen zur Lösung der Eurokrise, zu Abrüstungsfragen oder zur Bewältigung der weltweiten Flüchtlingsströme in allen Einzelheiten von Anfang an öffentlich verhandeln? Soll da tatsächlich aus jeder Gesprächsrunde live berichtet werden - mit Kamera und Mikro am Verhandlungstisch? Glaubt jemand ernsthaft bei ihnen, dass solche wichtigen, aber schwierigen Verhandlungen dann einfacher werden?

Wenn man diesen Standard nun bei TTIP ausnahmsweise und einmalig fordert: Was gibt es, das dieses neue einmalige Verfahren rechtfertigen soll? - Ist das tatsächlich Ihre Sorge um soziale Standards und Verbraucherschutz, oder ist das

vielleicht doch das ideologisch motivierte Misstrauen gegenüber Wirtschaft und Amerikanern?

Ich halte jedenfalls fest, dass der Transparenzstandard, den viele TTIP-Gegner fordern, so noch nie erreicht worden ist. Und ich frage, ob es aufrichtig ist, eine Transparenz zu fordern, die man in eigenen Angelegenheiten gern vermeidet. Ein transparenter Ablauf der Koalitionsverhandlungen ist mir beispielsweise weder aus dem Landtag in Baden-Württemberg noch aus Rheinland-Pfalz, noch aus Sachsen-Anhalt bekannt, und auch die Piraten haben zwischenzeitlich erkannt, dass man manches doch erst einmal vertraulich behandelt, bevor man die Ergebnisse in die Öffentlichkeit trägt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das darf zumindest dann gelten, wenn das, was da verhandelt wird, noch durch demokratisch legitimierte Vertreter beschlossen werden muss. Und genau das ist bei TTIP und CETA der Fall.

Wenn es den Beteiligten tatsächlich gelingen sollte, sich auf einen Vertragsentwurf zu einigen, muss dieser durch das EU-Parlament, durch alle Mitgliedstaaten, aber auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. In der Hälfte aller EU-Mitgliedstaaten wären sogar Volksabstimmungen möglich.

Und dann liest man im Internet bei Greenpeace, den aufrechten Enthüllern, Folgendes:

„Die Zivilgesellschaft aus rund 500 Millionen EU- und 300 Millionen US-Bürgern hat keinerlei demokratisches Mitspracherecht an einem Abkommen, das in alle Lebensbereiche eingreift.“

Meine Damen und Herren, keinerlei demokratisches Mitspracherecht trotz Parlamentsbeteiligung? - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer sich einer solchen Haltung anschließt, der hat ein Problem mit dem Parlamentarismus. Wer diese Haltung vertritt, der will eine andere Form von Demokratie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer das behauptet, der wendet sich gegen die Ausübung demokratischer Rechte durch gewählte Parlamentarier. Deswegen ist es unabhängig von allen anderen Fragen so wichtig, dass gerade wir als Parlamentarier Ja sagen zu dem Verfahren, in dem dieses Abkommen ausgehandelt wird.

Wer wie der Landesvorsitzende der Grünen fordert, die Verhandlungen zu stoppen, der bringt doch nur eines zum Ausdruck: Der zeigt ein abgrundtiefes Misstrauen gegenüber der Europäischen Union, gegenüber den EU-Parlamentariern, aber auch gegenüber allen anderen, die in diesem System Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU und von der FDP)

Und, meine Damen und Herren: Zu denjenigen, die in diesem System Verantwortung tragen, gehören eben auch wir, die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns hier und heute klar zu diesen Verhandlungen bekennen. Wir sind Teil des Systems. Wir können uns doch nicht selbst misstrauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Menge zu?

Dirk Toepffer (CDU):

Selbstverständlich.

Präsident Bernd Busemann:

Bitte sehr!

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Toepffer, ich erinnere mich gerade an eine Aufgabe für Oberstufenschülerinnen und -schüler im Politik- und Wirtschaftsunterricht. Die Schüler und Schülerinnen mussten sich mit der Frage auseinandersetzen, wie Konzerne in der globalisierten Wirtschaftswelt in die Lage versetzt werden sollten, sich an den von Regierungen gesetzten Maßstäben und Rahmenbedingungen zu orientieren. Das heißt, von Politikwissenschaftlern wird offenbar konstatiert, dass es dort ein Problem gibt. Sehen Sie das auch so, oder negieren Sie das völlig?

Dirk Toepffer (CDU):

Zunächst einmal, liebe Frau Kollegin Menge, habe ich ein gewisses Problem damit, mich von einer Kollegin mit Oberstufenaufgaben konfrontieren zu lassen. Gleichwohl will ich Ihre Frage aus meiner Sicht beantworten.

Selbstverständlich bin ich für eine Form von Marktregulierung; gar keine Frage. Aber wie dieser Markt reguliert wird - und das unterscheidet uns

vielleicht -, bestimmt eben nicht die Straße, sondern das bestimmt das demokratische System: Das bestimmen Parlamentarier, das bestimmen gewählte Abgeordnete, das bestimmen Repräsentanten des Staates. So haben wir das viele, viele Jahre lang in Deutschland gemacht. So ist die EU aufgebaut worden. So ist der Schuman-Vertrag verhandelt und beschlossen worden.

Ich glaube an dieses System, und ich glaube auch an seine erfolgreiche Fortsetzung. Ich traue den Kolleginnen im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und anderswo zu, dass sie vernünftige Entscheidungen treffen. Denn das ist ihre Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, auch Herr Bode möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Dirk Toepffer (CDU):

Gerne. - Kommt jetzt die Mittelstufe?

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer. Keine Sorge, ich werde auch keine Frage aus der Gesamtschule stellen.

Sie haben vorhin CETA, also das andere Freihandelsabkommen, erwähnt. Was CETA angeht, ist von Greenpeace und hier im Niedersächsischen Landtag gerade von den Grünen die gleiche Kritik gegen die Verhandlungsführung, gegen das Verhandlungskonstrukt und gegen die Verhandlungsebenen geäußert worden.

Nachdem nun die endgültigen Verträge - auch in ihrer Übersetzung - vorliegen, frage ich Sie: Ist Ihnen gegenüber seitdem jemals eine einzige Kritik vonseiten der Grünen oder von Greenpeace am Endergebnis von CETA kundgetan worden?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Aber hallo! Lesen Sie keine Zeitung?)

Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für TTIP? Wird das ein ähnlicher Sturm im Wasserglas sein?

Dirk Toepffer (CDU):

Wissen Sie, Herr Bode, diese Frage habe ich mir auch gestellt; denn die Aktuelle Stunde der Grünen heute Morgen war ja nicht nur mit Kritik an TTIP, sondern auch mit Kritik an CETA verbunden. Der Landwirtschaftsminister ist hier ans Podium getre-

ten und hat gesagt, er würde mit Blick auf TTIP die Gefahr sehen, dass Sozialstandards und landwirtschaftliche Standards abgesenkt werden. Er ist aber mit keinem Wort darauf eingegangen, dass dies bei CETA nicht passiert ist. Deshalb habe ich in meinem Redebeitrag heute Morgen auch gesagt: CETA ist das Beispiel dafür, dass TTIP funktionieren kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Vor- und Nachteile von TTIP werden in unserer Gesellschaft breit diskutiert, und das ist auch gut so. Die Vorgaben von Politik und Öffentlichkeit sind klar formuliert. Jetzt bleibt abzuwarten, ob es den Verhandlungsführern gelingt, sich auf einen gemeinsamen Entwurfstext zu einigen. Dieser Text muss dann öffentlich diskutiert werden, und seine Befürworter müssen dann um die Zustimmung der Parlamentarier kämpfen.

Zumindest zu diesem durch und durch demokratischen Verfahren sollte sich innerhalb der SPD nicht nur Minister Lies bekennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer. - Es folgt jetzt für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Petra Emmerich-Kopatsch. Bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte CDU, wir finden, dass Sie für Ihren Antrag einen schlechten Zeitpunkt gewählt haben, und zwar sowohl zeitlich als auch - - -

(Jörg Bode [FDP]: Er hätte auch früher drankommen können, vor zwei oder drei Stunden! - Weitere Zurufe)

- Im Moment reden alle über die Papiere von Greenpeace. Ich glaube schon, dass es besser gewesen wäre, wenn Sie Ihren Antrag direkt überwiesen bzw. Ihr Anliegen, nämlich Werbung für TTIP zu machen, rechtzeitig an Frau Merkel herangetragen hätten. Frau Merkel hat immer nur gesagt, das soll gemacht werden, aber sie hat es keinem erklärt. Das scheint ein größeres Problem zu sein. Aus unserer Sicht wäre sie die richtige Adresse gewesen.

Im Moment will es doch niemand hören, wenn man, wie es in dem Antrag steht, Werbung für TTIP machen und dabei gleichzeitig behaupten will - wie in Ihrem Antrag ebenfalls vermerkt -, TTIP erfülle die hohen EU-Standards im Verbraucherschutzrecht, und bei der Lebensmittelsicherheit sowie beim Umwelt- und Gesundheitsschutz sei nichts gefährdet. Das will, wie gesagt, im Moment niemand hören; denn die Leute sind jetzt wieder richtig verunsichert.

Gerade bei den Agrarfragen, die Sie in Ihrem Antrag auch aufführen, liegen die Verhandlungspositionen der USA und der EU noch meilenweit auseinander und erweisen sich derzeit als größtes Hemmnis für das gesamte Abkommen. Das hatten wir heute Morgen schon besprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss Ihnen zugutehalten, dass Sie den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Greenpeace-Papiere nicht kannten, auch wenn daraus nur hervorgeht, welche Verhandlungspositionen beide Seiten bislang einnehmen und in welchen Punkten man sich überhaupt noch nicht einig ist.

Gerade die für uns wichtigen Arbeitnehmerrechte, sämtliche angeführten Schutzstandards und die Frage rund um die Landwirtschaft sind überhaupt nicht abschließend geklärt. Es ist auch nicht erkennbar, wie seitens der EU weiterverfahren werden soll.

Auch der auf den Schutz der Investoren abzielende Punkt Ihrer Antrags, dass wir alle keine Schiedsgerichte wollen, ist leider überhaupt noch nicht geklärt und scheint auch nicht klärbar zu sein.

Das Anliegen der Landwirte werden wir weiterhin genau betrachten; denn sie haben recht: Wir sollten der Liste der Produkte, die hier nicht zulassungsfähig sind, nicht weitere hinzufügen. Wir müssen gerade in diesen für die Landwirtschaft schwierigen Zeiten die Belange der Landwirtschaft besonders offensiv vertreten.

Grundsätzlich wäre es schön, ein gutes Handelsabkommen hinzubekommen. Der Freihandel gerade mit den USA hätte, wenn er denn gelänge, viele Vorteile, auch geopolitisch. Immerhin entstünde der größte und wirtschaftsstärkste Handelsraum der Welt mit mehr als 50 % des gesamten Volumens. Niedersachsen als exportorientiertes Land könnte von einem solchen guten - das immer vorausgesetzt - Abkommen stark profitieren. Auch der Mittelstand hätte weniger Hürden zu überwinden.

Aber im Moment sieht es so aus, als wären die Verhandlungen festgefahren. Eben habe ich in der Zeitung gelesen, dass sich auch Frankreich auf dem Rückzug befindet. Es ist bedauerlich, dass die von uns bereits 2013 geforderten Bedingungen für ein Freihandelsabkommen - Wahrung der höchsten Standards - bislang nicht so verankert werden konnten, wie wir es uns wünschen, sodass das Abkommen überhaupt verhandelbar wäre.

Bis jetzt gibt es nur Fragmente. Die wichtigen Fragen sind noch nicht geklärt. Kaum jemand rechnet noch mit einem Abschluss vor dem Ende der Amtszeit von Präsident Obama.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die erreichten Standards nicht aufgeben. Das ist uns wichtig. Wir sehen im Moment viele offene Fragen und viel Wirbel in diesen Tagen, aber kaum Zeit für Werbung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Herr Kollege Toepffer möchte von der Möglichkeit einer Kurzintervention Gebrauch machen. Bitte sehr! Sie haben 90 Sekunden.

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Frau Kollegin, bei aller persönlichen Wertschätzung, die ich Ihnen gegenüber aufbringe - das, was Sie gerade gesagt haben, kann ich einfach nicht glauben. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Weil das Thema draußen gerade nicht so obsolet ist, sollten wir besser nicht darüber reden.

(Petra Tiemann [SPD]: Schade, dass Sie es nicht verstanden haben!)

- Die rechte Seite des Hauses hat es so verstanden. Sie können es in Ihrer Antwort gleich noch richtigstellen.

Ich zitiere noch einmal Ihren Minister: „Die Politik muss sich fragen, warum es nicht gelungen ist, mehr Menschen von dem Sinn von Verhandlungen zu überzeugen.“ - Ich weiß es: Wegen solch zögerlicher Politiker!

Ich will Ihnen eines sagen: Gerade wenn draußen der Sturm tobt, müssen wir nach draußen gehen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Emmerich-Kopatsch, bitte sehr! Sie haben ebenfalls 90 Sekunden.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werter Herr Toepffer, Sie kennen mich aus dem Ausschuss. Dass ich zögerlich bin, hat mir bisher noch niemand vorgeworfen.

Ich habe es wie folgt gemeint: Wenn die gesamte Öffentlichkeit im Moment der Meinung ist, das alles ist ganz gefährlich, dann wird man mit einem platten „Es wird alles ganz wunderbar“ nicht durchdringen können, zumal dann nicht, wenn man es selbst nicht weiß.

Wir haben keine Belege dafür, dass alles gut wird. Die Landwirte sind verunsichert und zum Teil auch Ihre eigenen Leute, Herr Toepffer. Insofern muss man denen zunächst einmal sagen: Wir bemühen uns, dass die Verhandlungen auf den richtigen Weg gebracht werden, aber eine Zusage dafür können wir nicht geben.

Bei CETA ist es auf öffentlichen Druck hin gelungen, so weit nachzuverhandeln, dass es ein vernünftiges Abkommen geworden ist. Auf Nachfrage im Bundestag konnte uns niemand bestätigen, dass das auch bei TTIP gelingt. Ich habe nur Ihre drei Punkte aufgezählt, die Sie genannt haben. „Sicherheit ist gewährleistet“, steht in Ihrem Antrag. Das können wir so nicht zusagen. Das, was Sie aufgeschrieben haben, können wir so nicht zusagen. Deswegen machen wir es auch nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. – Meine Damen und Herren, es folgt jetzt der Redebeitrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollegin Westphely, bitte!

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren, auch Herr Toepffer, von der CDU! Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass sich viele Menschen wegen

TTIP Sorgen machen und übrigens auch wegen der Abkommen CETA und TiSA.

Sie sprechen sich für eine ernsthafte, faktenbasierte und sachorientierte Debatte aus. Das ist erst einmal gut und richtig.

(Christian Dürr [FDP]: Warum beteiligen Sie sich nicht daran?)

Aber Sie sollten auch selber dazu beitragen. Stattdessen schreiben Sie in Ihrem Antrag: Wirtschaftsexperten erwarten, dass das BIP der EU insgesamt durch TTIP um 0,5 % wachsen wird. Das entspräche immerhin 120 Milliarden Euro jährlich.

Das ist eines der großen Missverständnisse. Das ist falsch. Es konterkariert den von Ihnen formulierten Anspruch einer ernsthafte Debatte. Denn es geht vielmehr um 0,05 % prognostiziertes Wachstum pro Jahr; und das auch nur bei einer maximalen Angleichung der Standards. Das heißt: Selbst wenn in Ihrem Antrag die richtigen Zahlen stünden, könnten Sie nicht einerseits mit Maximalzahlen argumentieren und andererseits Ausnahmen von Angleichungen einfordern.

Inzwischen haben übrigens auch verschiedene Wirtschaftsverbände - BDI, VDE, VDA, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft - und vorneweg die EU-Kommission diese fehlerhaften Angaben zugegeben und korrigiert. Nur Sie sind noch nicht so weit und versuchen, den Leuten mit Ihrem Antrag entweder Sand in die Augen zu streuen,

(Zuruf von der CDU: Oh! Oh!)

oder Sie haben in dieser Frage einfach keine Ahnung oder falsche Informationen. Beides trägt nicht zu einer sachlichen Debatte bei und ist inakzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine der zentralen Streitfragen, in der sich die USA wohl nicht bewegen werden, ist die Frage der Schiedsgerichte. Der Kommissionsvorschlag für supranationale ständige und öffentliche Gerichte wurde von der US-Seite rundweg abgelehnt.

Ich begrüße zwar, dass Sie sich in Ihrem Antrag auch kritischer mit diesem Instrument auseinandersetzen. Uns reicht das aber noch lange nicht. Wir halten uns da schon eher an das, was der Deutsche Richterbund im Rahmen der TTIP-Konsultationen der Kommission gesagt hat - ich zitiere -:

„Der DRB sieht weder eine Rechtsgrundlage noch eine Notwendigkeit für ein solches Gericht.“

Und weiter heißt es:

„Der DRB fordert den deutschen und den europäischen Gesetzgeber des Weiteren auf, den Rückgriff auf Schiedsverfahren im Bereich des internationalen Investorenschutzes weitgehend einzudämmen.“

In diesem Sinne hat der Bundesrat schon eine Position beschlossen - übrigens auf Antrag der Landesregierung -, auf Investitionsschutzmechanismen zu verzichten. Also sind Sie mit Ihrem Antrag auch in dieser Frage nicht auf dem aktuellen Stand.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Jetzt habe ich mich mit der Zeit verkalkuliert.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist schade!)

Einen Punkt will ich noch zur Akzeptanz sagen. Sie fordern Transparenz für Akzeptanz. Dabei wissen wir noch nicht, was im Ergebnis am Ende stehen wird. Wir aber wollen Transparenz der Sache wegen und nicht, um Akzeptanz zu erzeugen.

(Christian Dürr [FDP]: Das merken wir! - Jörg Bode [FDP]: Das eine kann ja das andere ergänzen!)

Wir müssen erst abwarten, was am Ende darin steht.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Können wir den Rest auch noch hören?)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Kollegin. – Es folgt für die Fraktion der FDP Kollege Dürr!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Westphely, man merkt an der Art und Weise, wie Sie die Debatte führen, dass Ihnen an der Akzeptanz im Zusammenhang den TTIP-Verhandlungen überhaupt nicht gelegen ist. Ganz im Gegenteil, Sie versuchen bewusst, die Menschen zu verunsichern. Das ist das Ziel grüner Politik. Das merken wir immer wieder.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP: Genau!)

Ich möchte das Thema Öffentlichkeit der Verhandlungen, weil das oft angesprochen wurde, noch einmal aufnehmen. Ein Beispiel aus der aktuellen niedersächsischen Landespolitik, das heute auch in der Aktuellen Stunde erhebliche Aufmerksamkeit - auch öffentliche - hervorgerufen hat, ist die Debatte über die Verhandlungen mit den muslimischen Verbänden in Niedersachsen zu öffentlich-rechtlichen Verträgen.

Hier würde sich doch niemand ernsthaft hinstellen und fordern, dass diese Verhandlungen, die natürlich hinter verschlossener Tür stattgefunden haben, jetzt öffentlich zu führen sind. Daran waren Sie sogar beteiligt. Sie waren sogar mit dabei. Das war hinter verschlossener Tür. Das war auch richtig in der Sache, um am Ende an ein Ziel zu kommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo steht das denn?)

Aber an dieser Stelle wird doch deutlich, wie Sie sich in Ihrer Argumentation widersprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ich mache etwas ganz Verrücktes. Nachdem mich die Kollegin Staudte schon mehrfach aufgefordert hat, die Punkte aus den geliebten Papieren zu zitieren, die ich dabei habe, die Sie aufregen, werde ich aus diesen geliebten Papieren, die seit zwei, drei Tagen im Internet zugänglich sind, einfach einmal zitieren, damit die niedersächsische Öffentlichkeit weiß, was alles Schlimmes darin steht. Ich werde aus dem Kapitel Agrarpolitik zitieren. Dort steht - Chapter 10, Seite 2 -:

„Die Parteien erkennen an, dass sich ihre jeweiligen gesellschaftlichen Standpunkte bezüglich der Agrarpolitik unterscheiden. In dieser Hinsicht wird nichts in dieser Vereinbarung die Parteien beschränken, notwendige Maßnahmen zur Erreichung legitimer Politikziele, wie den Schutz der öffentlichen Gesundheit, der Sicherheit und der Umwelt sowie des Verbraucherschutzes und der Förderung sowie den Schutz kultureller Vielfalt zu ergreifen, den die jeweilige Seite für angemessen hält.“

Die EU hat sich bisher voll durchgesetzt, um das sehr deutlich zu sagen. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie hier öffentlich behaupten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, der mir am Herzen liegt.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Für den Satz haben Sie lange geübt!)

- Der steht hierin. Ich bin in der Lage, diese Papiere zu zitieren. Ich behaupte, Sie haben sie nicht einmal gelesen, Frau Kollegin Staudte.

(Gudrun Pieper [CDU]: Richtig!)

Wenn das Politik würde, was die Grünen hier fordern, dann verpasste Europa eine historische Chance, um das deutlich zu sagen. Wir haben jetzt die Chance, auch über die Grenzen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union hinaus Standards für den Welthandel zu setzen. Wenn es uns nicht gelingt, dass die beiden größten Wirtschaftsräume der Welt ein Freihandelsabkommen unterzeichnen, werden wir erleben, dass es ein solches alsbald zwischen den Vereinigten Staaten und dem asiatischen Raum geben wird. Dann werden nicht wir die Standards setzen. Dann werden andere die Standards für uns setzen. Das ist das Ergebnis grüner Politik, meine Damen und Herren. Das kommt am Ende dabei raus.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

Ich komme zum Schluss. - Sehr verehrte Frau Kollegin, Sie haben vorhin in der Debatte gesagt, Sie seien skeptisch gegenüber TTIP, weil Ihre Erfahrung ist: „Politik, das ist doch immer die Umsetzung des kleinsten gemeinsamen Nenners.“ Wissen Sie was? - Sie sollten nicht von sich auf andere schließen. Wir haben das jetzt zweieinhalb Jahre in Niedersachsen bei rot-grüner Regierungspolitik erlebt. Das hat das Land nicht vorangebracht. Aber das macht die EU ganz sicherlich besser. Gut, dass Sie da nichts zu sagen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Aus dem Plenum liegen mir keine Wortmeldungen vor, aber von der Landesregierung möchte Herr Minister Lies sprechen. Bitte!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der Tatsache, dass wir uns in der ersten Beratung befinden und schon viel über Ziele, Chancen und Risiken gesagt wurde, möchte ich nur noch ein paar Punkte für die Diskussion aufgreifen, die vor uns liegt: sowohl im Ausschuss als auch in der öffentlichen Debatte als auch in den Verhandlungen mit den USA.

Ich glaube, Herr Dürr, dass das transpazifische Abkommen unabhängig von der Frage unseres Freihandelsabkommens kommen wird. Interessanterweise erleben die USA fast die gleiche Debatte über die Sorgen wegen des transpazifischen Abkommens, die wir hier in Deutschland in den Diskussionen über das transatlantische Abkommen erleben. Das ist eine ganz interessante Diskussion, die wir führen. Sie zeigt, wie sensibel die Bevölkerung insgesamt reagiert. Das zeigt, wie sensibel wir sein müssen. Trotzdem gehört eine Menge Sachlichkeit dazu. Wir müssen ganz klar dem Eindruck widersprechen, dass die jetzt veröffentlichten Ergebnisse und Papiere das Verhandlungsergebnis widerspiegeln. Das ist einfach falsch. Das muss man deutlich sagen. Es sind die konsolidierten Positionen, die gegeneinanderstehen.

Warum ist es überhaupt möglich? Die Frage müssen wir uns doch stellen. Es ist die entscheidende Frage für die nächsten Monate: Wie kann es sein, dass es der Politik nicht gelungen ist, einen sachlichen, einen an Beispielen und Sachverhalten orientierten Dialog zur Frage dieses Freihandelsabkommens zu führen? Warum ist es möglich, dass die mediale Diskussion so geführt wird, wie sie geführt wird? - Das ist die entscheidende Frage, vor der wir stehen. Deswegen habe ich gesagt: Wir als Politik müssen uns fragen, was wir falsch gemacht haben. Denn wir sind ein Stück weit mit in Verantwortung für die Diskussionen, die jetzt geführt werden. Das gehört einfach zur Wahrheit.

(Christian Dürr [FDP]: Absolut! Sehr richtig!)

Die Kernpunkte sind allen klar: der Verbraucherschutz, die Arbeitnehmerrechte, Investitionsschutz. Dafür haben wir Ergebnisse.

Jetzt ist die entscheidende Phase. Wenn es möglich sein soll, ein kluges Abkommen zu schließen, dann in den nächsten Monaten. Die weitere politische Entwicklung in den USA können wir nicht vorhersehen. Wir wissen also nicht, welche Part-

nerschaften für Verhandlungen wir dann haben werden.

Wenn wir das wollen, gilt trotzdem: Qualität ist wichtiger als Zeit. Qualität muss im Vordergrund stehen. Deswegen ist meine Vorstellung, dass es bis zum Jahresende Zeit für wirklich sachorientierte und transparente Verhandlungen gibt. Dann kann am Ende vielleicht doch ein Freihandelsabkommen herauskommen, das hohe Akzeptanz findet. Ein solches Abkommen würde - davon bin ich überzeugt - der Wirtschaft in Europa und damit auch der Wirtschaft in Niedersachsen helfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich kann die Beratung schließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates beantragt die einbringende Fraktion, den Antrag an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung zu überweisen. Wer für diese Ausschussüberweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, das war es für heute. Ich komme zur letzten Obliegenheit des Tages, der Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts.

Der nächste, 36. Tagungsabschnitt ist vom 7. bis zum 10. Juni 2016, d. h. von Dienstag bis Freitag, vorgesehen. Als Präsident werde ich den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen festlegen.

Ich schließe die Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimfahrt und denjenigen, die es angeht, morgen einen guten Vatertag.

Schluss der Sitzung: 19.11 Uhr.